Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Nr. 30 **München, den 29. Dezember** **1995**

Datum	Inhalt	Seite
23. 12. 1995	Gesetz über die Eingliederung der staatlichen Gesundheitsämter und der staatlichen Veterinärämter in die Landratsämter 2120-1-A, 2120-1-1-A, 605-1-F	843
23. 12. 1995	Gesetz zur Änderung des Bayerischen Abgeordnetengesetzes 1100-1-I	848
23. 12. 1995	Gesetz zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen 2230-1-1-K	850
23. 12. 1995	Gesetz zur Änderung des Stiftungsgesetzes 282-1-1-K	851
23. 12. 1995	Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (Finanzausgleichsänderungsgesetz 1996) 605-6-F, 605-14-F, 605-10-F	854
23. 12. 1995	Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 1995/1996 (Nachtragshaushaltsgesetz 1996) 630-9a-F, 2230-7-1-K	856
23. 12. 1995	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Bayern 922-1-W	863
12. 12. 1995	Wahlordnung zum Bayerischen Personalvertretungsgesetz (WO-BayPVG) 2035-2-F	868
19. 12. 1995	Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des Elften Buchs Sozialgesetzbuch (SGB XI) Soziale Pflegeversicherung 861-2-A	884
23. 12. 1995	Verordnung zur Änderung der Fürsorgeverordnung 2030-2-42-F	889
4. 12. 1995	Verordnung zur Änderung der Verordnung über eine Umlage für Milch 7842-6-E	890
13. 12. 1995	Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden 605-10-F	891
14. 12. 1995	Verordnung zur Rückübertragung von Aufgaben nach dem Gesundheitsdienstgesetz 2120-1-2-A	893

Dieser Ausgabe liegt die Inhaltsübersicht 1995 bei.

14. 12. 1995	Siebente Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Entschädigungsfonds nach dem Denkmalschutzgesetz	894
	2242-1-2-K	
15. 12. 1995	Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über besoldungsrechtliche Zuständigkeiten im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern	895
	2032-3-2-1-I	
15. 12. 1995	Verordnung zur Änderung der Schulordnung für die staatlichen Landwirtschaftsschulen	896
	7803-1-E	
18. 12. 1995	Verordnung über die Benutzungsgebühren der staatlichen Vermessungsämter (GebOVerm)	901
	2013-2-9-F	
18. 12. 1995	Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des Kirchensteuergesetzes	909
	2220-4-1-K	
18. 12. 1995	Zweite Verordnung zur Änderung der Kehr- und Überprüfungsgebührenordnung	911
	215-2-11-I	
19. 12. 1995	Verordnung zur Sicherstellung der Personalvertretung bei der Eingliederung der staatlichen Gesundheitsämter in die Landratsämter	912
	2035-16-I	
19. 12. 1995	Verordnung über die Verwendung des Tronc der Spielbanken in Bayern (TroncV)	913
	2187-1-1-1-I	
—	Berichtigung des Bayerischen Gesetzes über das Meldewesen vom 21. Oktober 1995	914
	210-3-I	

Gesetz über die Eingliederung der staatlichen Gesundheitsämter und der staatlichen Veterinärämter in die Landratsämter

Vom 23. Dezember 1995

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das nach Anhörung des Senats hiermit bekanntgemacht wird:

§ 1

Das **Gesetz über die Gesundheits- und Veterinärfachverwaltung in Bayern – Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst – GDG** – vom 12. Juli 1986 (GVBl S. 120, BayRS 2120-1-A), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 23. Juli 1993 (GVBl S. 511, 515), wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift des Gesetzes erhält folgende Fassung:

„Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (Gesundheitsdienstgesetz – GDG)“

2. Art. 2 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Allgemeine staatliche Behörden des öffentlichen Gesundheitsdienstes sind:

1. die Landratsämter als staatliche Gesundheitsämter und als staatliche Veterinärämter,
2. die Regierungen,
3. das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit als oberste Landesgesundheits- und Landesveterinärbehörde“.

b) Absatz 2 wird durch folgenden Satz 3 ergänzt:

„³Für Fragen der Beurteilung der Dienstfähigkeit und der Wiederherstellung der Dienstfähigkeit sind für Beamte und Richter des Freistaates Bayern die Regierungen zuständig.“

c) Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„ (3) ¹Den staatlichen Gesundheitsämtern müssen Ärzte des höheren öffentlichen Gesundheitsdienstes und den staatlichen Veterinärämtern Tierärzte des amtstierärztlichen Dienstes sowie jeweils das sonst erforderliche Fachpersonal in ausreichender Zahl angehören. ²Die Wahrnehmung der in Art. 6 Abs. 1 Satz 1 genannten Aufgaben ist ausschließlich diesem Personal zuzuweisen.“

3. Art. 3 wird wie folgt geändert:

a) In Art. 3 Abs. 1 Satz 2 und in Abs. 2 Satz 3 werden jeweils die Worte „Staatsministerium

des Innern“ durch die Worte „Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit“ ersetzt.

b) In Art. 3 Abs. 3 Satz 1 werden nach den Worten „der Gesundheitsämter“ die Worte „oder der Regierungen“ eingefügt.

4. Art. 4 erhält folgende Fassung:

„Art. 4

Kommunale Behörden
des öffentlichen Gesundheitsdienstes

(1) Für die Aufgaben, die von den Landratsämtern als allgemeine staatliche Behörden des öffentlichen Gesundheitsdienstes (Art. 2 Abs. 1 Nr. 1) wahrgenommen werden, ist Art. 9 Abs. 1 Satz 1 der Gemeindeordnung nicht anwendbar.

(2) ¹Kreisfreie Gemeinden, die schon bisher die Aufgaben und Befugnisse von Gesundheits- und Veterinärämtern sowie von Landesuntersuchungsämtern für das Gesundheitswesen wahrgenommen haben, nehmen diese als übertragene Aufgaben auch weiterhin wahr. ²Kreisfreien Gemeinden, die die Übertragung der Aufgaben und Befugnisse von Gesundheitsämtern oder Veterinärämtern bis 31. Dezember 1997 beantragen, sind diese Aufgaben durch Rechtsverordnung nach Art. 17 Abs. 1 Nr. 3 zu übertragen, wenn die Übertragung weder für die kreisfreie Gemeinde noch für den Staatshaushalt unwirtschaftlich ist; der betroffene Landkreis ist vorher anzuhören. ³Die Entscheidung über die Anträge ist spätestens sechs Monate nach Eingang des Antrags zu treffen; die Übertragung kann frühestens zum 1. Januar 1996 erfolgen. ⁴Zu den zu übertragenden Aufgaben gehören auch diejenigen, die durch Rechtsverordnung nach Art. 17 Abs. 1 Nr. 1 zugewiesen werden. ⁵Art. 2 Abs. 3 gilt für die kreisfreien Gemeinden entsprechend.

(3) ¹Die von den kreisfreien Gemeinden nach Absatz 2 wahrgenommenen Aufgaben können auf staatliche Gesundheits-, Veterinär- oder Landesuntersuchungsämter für das Gesundheitswesen rückübertragen werden, wenn die kreisfreie Gemeinde die Gewähr für eine ordnungsgemäße Aufgabenerfüllung nicht mehr bietet, insbesondere die dafür erforderliche Zahl geeigneter Ärzte oder Tierärzte (Art. 2 Abs. 3) sowie das sonst benötigte nichtärztliche Personal nicht mehr zur Verfügung steht. ²So weit von kreisfreien Gemeinden bisher Aufgaben der Gesundheits-, Veterinär- oder Landes-

untersuchungsämter für das Gesundheitswesen wahrgenommen werden, sind diese auf Antrag rückzuübertragen. ³Ende der Antragsfrist ist der 30. Juni 1996. ⁴Der betroffene Landkreis ist anzuhören. ⁵Die Rückübertragung erfolgt durch Rechtsverordnung, für die Gesundheits- oder Veterinärämter (Art. 17 Abs. 1 Nr. 3) frühestens zum 1. Januar 1998. ⁶Soweit Aufgaben und Befugnisse von Gesundheits- und Veterinärämtern nach Art. 4 Abs. 2 Satz 2 erstmals auf kreisfreie Gemeinden übertragen wurden, ist die Rückübertragung auf Antrag unbeschadet des Satzes 1 ausgeschlossen.

(4) Durch Rechtsverordnung (Art. 17 Abs. 1 Nr. 3) ist im übrigen das zuständige Landratsamt zu bestimmen, das für das Gebiet einer kreisfreien Gemeinde die Aufgaben des staatlichen Gesundheitsamtes oder des staatlichen Veterinäramtes wahrnimmt, wenn der Gemeinde auf Grund dieses Gesetzes oder auf Grund einer hiernach erlassenen Rechtsverordnung diese Aufgaben nicht übertragen sind.“

5. In Art. 5 werden jeweils die Worte „Staatsministerium des Innern“ durch die Worte „Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit“ ersetzt.

6. Art. 6 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 1 und 2 wird jeweils das Wort „verwerten“ durch die Worte „verarbeiten oder nutzen“ ersetzt.

b) In Absatz 1 Satz 3 wird das Wort „offenbaren“ durch die Worte „übermitteln oder an andere Teile der öffentlichen Stelle, deren Bestandteil die Behörde des öffentlichen Gesundheitsdienstes ist, weitergeben“ ersetzt.

c) Im Absatz 1 wird folgender Satz 5 eingefügt:
„⁵Die Wahrung der Geheimhaltungspflichten und Verwertungsverbote ist von den Regierungen, Landratsämtern und kreisfreien Gemeinden durch angemessene Maßnahmen auch organisatorisch sicherzustellen.“

d) In Absatz 2 Satz 1 werden jeweils die Worte „Verwertung oder sonstige Offenbarung“ durch die Worte „Verarbeitung oder Nutzung, insbesondere die Übermittlung oder Weitergabe“ ersetzt.

e) In Absatz 2 Satz 2 werden die Worte „der zuständigen Behörde mitgeteilt“ durch die Worte „von den Behörden des öffentlichen Gesundheitsdienstes an öffentliche Stellen übermittelt oder an andere Teile der öffentlichen Stelle, deren Bestandteil die Behörde des öffentlichen Gesundheitsdienstes ist, weitergegeben“ ersetzt.

f) Absatz 2 Satz 3 erhält folgende Fassung:

„³Zum Schutz des Betroffenen dürfen personenbezogene Daten unter den Voraussetzungen des Art. 1 Abs. 1 Satz 2 des Unterbringungsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung von den Behörden des öffentlichen Gesundheitsdienstes an öffentliche Stellen übermittelt oder an andere Teile der öffentlichen Stelle, deren Bestandteil die Behörde des öffentlichen Gesundheitsdienstes ist, weitergegeben werden.“

7. Art. 7 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 1 wird das vor dem Komma stehende Wort „Behörden“ durch die Worte „Behörden oder andere Teile der öffentlichen Stelle, deren Bestandteil die Behörde des öffentlichen Gesundheitsdienstes ist“ ersetzt und folgender neuer Satz 2 eingefügt:

„²Im Falle des Art. 2 Abs. 2 Satz 3 sind die bei anderen Behörden des öffentlichen Gesundheitsdienstes geführten Unterlagen stets beizuziehen.“

Die bisherigen Sätze 2 und 3 werden zu Sätzen 3 und 4.

b) In Absatz 1 Satz 3 (neu) wird das Wort „Verwaltungsbehörden“ durch die Worte „Behörden oder andere Teile der öffentlichen Stelle, deren Bestandteil die Behörde des öffentlichen Gesundheitsdienstes ist“ ersetzt.

c) In Absatz 1 Satz 4 (neu) werden die Worte „Satzes 2“ durch die Worte „Satzes 3“ sowie „an die zuständigen Behörden nur übermitteln“ durch die Worte „an öffentliche Stellen nur übermitteln oder an andere Teile der öffentlichen Stelle, deren Bestandteil die Behörde des öffentlichen Gesundheitsdienstes ist, weitergeben“ und in Nummer 3 das Wort „Weitergabe“ durch die Worte „Übermittlung oder Weitergabe“ ersetzt.

8. In Art. 10 Abs. 1 Satz 1 und Art. 14 Abs. 2 Satz 1 wird jeweils nach dem Wort „Behörden“ ein Komma und die Worte „andere Teile der öffentlichen Stelle, deren Bestandteil die Behörde des öffentlichen Gesundheitsdienstes ist“, eingefügt.

9. In Art. 15 Abs. 2 Satz 1 werden die Worte „Staatsministerium des Innern“ durch die Worte „Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit“ ersetzt.

10. Art. 17 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

a) Der Satzteil vor Nummer 1 erhält folgende Fassung:

„Das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit wird ermächtigt, im Einvernehmen mit den Staatsministerien des Innern, der Justiz, der Finanzen sowie für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, soweit deren Geschäftsbereiche betroffen sind, durch Rechtsverordnung“

b) Nummer 3 erhält folgende Fassung:

„³kreisfreien Gemeinden die Aufgaben der staatlichen Gesundheits- und Veterinärämter zu übertragen (Art. 4 Abs. 2) sowie diese und andere Aufgaben des öffentlichen Gesundheitsdienstes zurückzuübertragen (Art. 4 Abs. 3) und erforderlichenfalls ein Landratsamt als für das Gemeindegebiet zuständiges staatliches Gesundheitsamt oder staatliches Veterinäramt zu bestimmen (Art. 4 Abs. 4),“

c) folgende Nummer 4 wird eingefügt:

„⁴ auf übereinstimmenden Antrag betroffe-

ner Landkreise und kreisfreier Gemeinden innerhalb desselben Regierungsbezirks ein zuständiges Landratsamt zur gemeinsamen Wahrnehmung der Aufgaben des staatlichen Gesundheitsamtes oder des staatlichen Veterinärarnes für diese Landkreise und kreisfreien Gemeinden zu bestimmen,“

d) die bisherigen Nummern 4 bis 6 werden zu Nummern 5 bis 7.

11. In Art. 17 Abs. 2 werden die Worte „Staatsministerium des Innern“ durch die Worte „Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit“ ersetzt.

12. Dem Art. 17 wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) Das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit wird ermächtigt, soweit erforderlich im Einvernehmen mit den Staatsministerien für Wirtschaft, Verkehr und Technologie sowie für Landesentwicklung und Umweltfragen, durch Rechtsverordnung die zuständigen Landesbehörden zum Vollzug des Medizinprodukterechts zu bestimmen.“

§ 2

Eingliederung der staatlichen Gesundheitsämter und staatlichen Veterinärämter

Die nach der Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst (AVGDG) vom 9. September 1986 (GVBl S. 316, BayRS 2120-1-1-A), zuletzt geändert durch Verordnung vom 26. Juli 1994 (GVBl S. 888), bestehenden staatlichen Gesundheitsämter und staatlichen Veterinärämter werden in das Landratsamt des Landkreises eingegliedert, für den sie zuständig sind.

§ 3

Die **Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst (AVGDG)** wird wie folgt geändert:

1. In § 1 werden die Absätze 1 und 3 gestrichen. Die Absätze 2 und 4 werden zu den Absätzen 1 und 2. In Absatz 1 Satz 1 (neu) werden die Worte „Art. 4 Abs. 1 GDG“ durch die Worte „Art. 4 Abs. 2 GDG“ ersetzt.

2. In § 2 werden die Absätze 1 und 3 gestrichen. Die Absatzbezeichnung im bisherigen Absatz 2 entfällt.

§ 4

Gesetz

über die örtliche Zuständigkeit zum Vollzug des Gesundheits- und Veterinärrechts im Gebiet des Flughafens München – Franz Josef Strauß (FlughZustG)

Das Landratsamt Erding ist im gesamten Gebiet des Flughafens München – Franz Josef Strauß – örtlich zuständige Kreisverwaltungsbehörde und Sicherheitsbehörde für den Vollzug gesundheitsrechtlicher und veterinärrechtlicher Vorschriften und zwar insbesondere

- des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst,
- des Gesetzes über das Apothekenwesen,
- des Gesetzes über den Verkehr mit Arzneimitteln,
- des Lebensmittelrechts,
- des Fleischhygienegesetzes,
- des Geflügelfleischhygienerechts,
- des Bundes-Seuchengesetzes einschließlich der auf ihm beruhenden Rechtsverordnungen,
- des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten,
- des Bestattungsrechts,
- des Unterbringungsgesetzes,
- des Tierseuchenrechts,
- des Tierschutzrechts.

Das Gebiet des Flughafens München – Franz Josef Strauß – ergibt sich aus der Anlage C1-03b des Planfeststellungsbeschlusses der Regierung von Oberbayern, der bei der Regierung aufliegt und von jedermann eingesehen werden kann.

§ 5

(1) ¹Der Staat überläßt den Landkreisen die Räume und Gebäude, die bei Inkrafttreten des Gesetzes von staatlichen Gesundheits- und Veterinärämtern genutzt werden, bis zum 31. Dezember 1999 zur kostenlosen Nutzung durch diese Ämter. ²Die Landkreise tragen während dieser Zeit lediglich die Kosten der Hausbewirtschaftung. ³Der Staat ist verpflichtet, den Landkreisen die bis dahin von einem staatlichen Gesundheits- oder Veterinäramt genutzten staatseigenen Räume und Gebäude zum 1. Januar 2000 zur Miete oder zum Kauf anzubieten, es sei denn, an den Liegenschaften bestünde dringender Staatsbedarf. ⁴Soweit staatliche Gesundheits- oder Veterinärämter in angemieteten Räumen untergebracht sind, wird sich der Staat auf Verlangen der Landkreise bemühen, diesen den Eintritt in die bestehenden Mietverträge zum 1. Januar 2000 zu ermöglichen.

(2) ¹Der Staat überläßt den Landkreisen für die Grenzkontrollstellen die Räume und Container bis zum Bezug der endgültigen Grenzkontrollstellen in den Gemeinschaftszollanlagen zu kostenlosen Nutzung, einschließlich Bauunterhalt. ²Die Landkreise tragen während dieser Zeit die laufenden Hausbewirtschaftungskosten. ³Die Landkreise sind nach Fertigstellung der Gemeinschaftszollanlagen verpflichtet, die für die Grenzkontrollstellen vorgesehenen Liegenschaften zu nutzen. ⁴Diese stellt der Staat den Landkreisen kostenfrei zur Verfügung. ⁵Bauunterhalt und Hausbewirtschaftungskosten sind vom Landkreis zu tragen.

(3) Das bei den staatlichen Gesundheits- und Veterinärämtern vorhandene bewegliche Vermögen geht mit Inkrafttreten dieses Gesetzes in das Eigentum des Landkreises über.

(4) Art. 53 LKrO bleibt im übrigen unberührt.

§ 6

(1) ¹Den Personalaufwand für die Aufgaben der Landratsämter nach Art. 2 Abs. 1 Nr. 1 GDG trägt bis 31. Dezember 1999 der Staat. ²Er weist unbeschadet der weiteren Stellenreduzierung infolge des Aufgabenabbaus und der Privatisierung bisher staatlicher Aufgabenwahrnehmung den Landratsämtern das Personal zu, das der Dienstaufsicht des Landrates untersteht. ³Oberste Dienstbehörde ist das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit, für Beamte des mittleren und gehobenen Dienstes sowie für vergleichbare Angestellte ab 1. Januar 2000 das Staatsministerium des Innern.

(2) Ab 1. Januar 2000 weist der Staat den Landratsämtern für die Aufgaben nach Absatz 1 Satz 1 nach Bedarf das Fachpersonal zu; Absatz 1 Satz 3 gilt entsprechend.

(3) ¹Das am 31. Dezember 1999 nach Absatz 1 Satz 2 zugewiesene Personal für Verwaltungsaufgaben der Gesundheitsbehörden einschließlich der Arbeiter ist von den jeweiligen Landkreisen mit Wirkung vom 1. Januar 2000 in Dienst- oder Arbeitsverhältnisse zu übernehmen. ²Die Beamten werden statusgleich übernommen. ³Den Arbeitnehmern unterbreiten die Landkreise bis spätestens 30. November 1999 Arbeitsvertragsangebote mindestens auf der Grundlage des Absatzes 4.

(4) Für die ununterbrochene Dauer des zum jeweiligen Landkreis fortbestehenden Arbeitsverhältnisses der nach Absatz 3 Satz 1 übernommenen Angestellten gilt folgendes:

1. ¹Die Angestellten werden mindestens in die Vergütungsgruppe eingruppiert, in der sie am 31. Dezember 1999 eingruppiert waren. ²Bei der Berechnung der Beschäftigungs-, Dienst- und Jubiläumsdienstzeit, von Zeiten einer Tätigkeit oder Bewährung für einen Aufstieg oder die Gewährung einer Bewährungs-, Vergütungsgruppen- oder Tätigkeitszulage nach dem für den neuen Arbeitgeber geltenden Recht wird von den jeweiligen am 31. Dezember 1999 beim Staat erreichten Zeiten ausgegangen. ³Es ist die Stufe der Grundvergütung zu gewähren, deren Satz mindestens der Grundvergütung entspricht, die bei einem Verbleib im Staatsdienst am 1. Januar 2000 zugestanden hätte.
2. ¹Die Angestellten erhalten auf Antrag mindestens die Vergütung, die sie bei einem Fortbestehen ihrer Arbeitsverhältnisse in ihrer bisherigen Tätigkeit beim Staat erhalten würden. ²Zur Vergütung nach Satz 1 gehören die Allgemeine Zulage nach dem Tarifvertrag über Zulagen an Angestellte vom 17. Mai 1982 und die Ergänzende Leistung an Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und Auszubildende des Freistaats Bayern nach dem jeweils geltenden Tarifvertrag, wenn sie am 31. Dezember 1999 zugestanden haben oder hätten und insoweit auch sonstige in Monatsbeträgen festgesetzte Zulagen, wenn sie wenigstens zwei Jahre ununterbrochen bezogen wurden; die Protokollnotiz Nummer 4 zu § 6 Abs. 2 des Tarifvertrages über den Rationalisierungsschutz für Angestellte vom 9. Januar 1987 gilt entsprechend. ³Satz 1 gilt für den Aufstieg in eine höhere Vergütungsgruppe oder die Gewährung einer

Tätigkeits-, Vergütungsgruppen- oder Bewährungszulage nur, wenn die Angestellten am 1. Januar 2000 die für den Aufstieg oder die Gewährung einer solchen Zulage geforderte Tätigkeit mindestens ein Drittel der geforderten Zeitdauer ausgeübt und sich, soweit Bewährung Voraussetzung ist, bis dahin bewährt haben. ⁴Der Staat leistet bei der Berechnung der Vergütung Amtshilfe.

(5) Absatz 4 gilt entsprechend für Arbeiter.

(6) ¹Werden kreisfreien Gemeinden die Aufgaben und Befugnisse von Gesundheits- oder Veterinärämtern nach Art. 4 Abs. 2 Satz 2 GDG übertragen, sind sämtliche betroffene Arbeitnehmer sofort in entsprechender Anwendung der Absätze 3 bis 5 anteilig zu übernehmen. ²Im Falle einer Rückübertragung der Aufgaben und Befugnisse nach Satz 1 (Art. 4 Abs. 3 GDG) gilt diese Verpflichtung entsprechend für den Arbeitgeber, der künftig den Personalaufwand trägt.

(7) Art. 37 und 53 LKrO bleiben im übrigen unberührt.

§ 7

Die Personalvertretung wird durch eine gemeinsame Rechtsverordnung des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit und des Staatsministeriums des Innern im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen sichergestellt.

§ 8

Art. 9 FAG erhält folgende Fassung:

„(1) ¹Die Landkreise erhalten zu dem Aufwand der Landratsämter als staatliche Gesundheitsämter jährlich einen Zuschuß in Höhe von 1,10 DM je Einwohner. ²Einwohner von kreisfreien Gemeinden und anderen Landkreisen, für deren Gebiet das Landratsamt die Aufgabe des staatlichen Gesundheitsamtes wahrnimmt, werden bei der Berechnung der Zuschüsse der nach Satz 1 maßgeblichen Einwohnerzahl hinzugerechnet. ³Einwohner kreisfreier Gemeinden, deren Gesundheitsamt nur die Aufgaben der Jugendgesundheitspflege wahrnimmt, werden mit 70 v.H. berücksichtigt.

(2) ¹Die kreisfreien Gemeinden, die Träger eines Gesundheitsamtes sind, erhalten jährlich einen Zuschuß in Höhe von 12,50 DM je Einwohner. ²Kreisfreie Gemeinden, deren Gesundheitsamt nur die Aufgaben der Jugendgesundheitspflege wahrnimmt, erhalten 30 v.H. des Betrages nach Satz 1.

(3) ¹Die Landkreise erhalten zu dem Aufwand der Landratsämter als staatliche Veterinärämter eine jährliche Pauschale, die sich nach der Zahl der Tierärzte wie folgt bemißt:

Ämter mit 1 Tierarzt	57 500 DM
Ämter mit 2 Tierärzten	79 500 DM
Ämter mit 3 Tierärzten	100 000 DM
Ämter mit 4 Tierärzten	111 000 DM.

²Für jeden weiteren Tierarzt erhöht sich der Zuschuß um 15 500 DM. ³Die Pauschalen vermindern sich um 70 v.H., wenn der Staat bei den Veterinärämtern Verwaltungspersonal zur Verfügung stellt. ⁴Für Grenzkontrollstellen, die als Außenstellen des staatlichen Veterinäramtes betrieben werden, erhalten die Landkreise einen zusätzlichen Zuschuß in Höhe von 20 000 DM jährlich.

(4) Kreisfreie Gemeinden, die Träger einer chemischen Untersuchungsanstalt sind, erhalten jährlich einen Zuschuß von 2,10 DM je Einwohner.

(5) Art. 7 FAG bleibt unberührt.“

§ 9

¹Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1996 in Kraft. ²Abweichend hiervon tritt § 1 Nr. 10b Halbsatz 1 mit Wirkung vom 1. Dezember 1995 in Kraft.

München, den 23. Dezember 1995

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. Edmund Stoiber

1100-1-I

Gesetz zur Änderung des Bayerischen Abgeordnetengesetzes

Vom 23. Dezember 1995

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das nach Anhörung des Senats hiermit bekanntgemacht wird:

§ 1

Das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Bayerischen Landtags (Bayerisches Abgeordnetengesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. November 1990 (GVBl S. 490, BayRS 1100-1-I), zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. April 1995 (GVBl S. 156), wird wie folgt geändert:

1. Art. 5 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) ¹Ein Mitglied des Bayerischen Landtags erhält als steuerpflichtiges Einkommen eine Entschädigung, die zwölfmal im Jahr gezahlt wird. ²Sie beträgt ab 1. Juli 1995 je Monat 9 590 Deutsche Mark.“

b) Es wird folgender neuer Absatz 3 eingefügt:

„(3) ¹Die Entschädigungen nach den Absätzen 1 und 2 werden zum 1. Juli 1996, 1. Juli 1997 und zum 1. Juli 1998 an die Einkommensentwicklung angepaßt, die jeweils vom Juli des abgelaufenen Jahres gegenüber dem Juli des vorangegangenen Jahres eingetreten ist. ²Maßstab für die Anpassung ist die Veränderung einer gewogenen Maßzahl der Einkommensentwicklung in Bayern, die sich zusammensetzt aus

1. dem Index des durchschnittlichen Bruttowochenverdienstes der Arbeiter in der Industrie einschließlich Hoch- und Tiefbau mit einem Anteil von 42,7 v.H.,
2. dem Monatslohn eines Arbeiters der Endstufe der Lohngruppe 5 (ohne Kinder) nach dem Mantel-Tarifvertrag für Arbeiter der Länder mit einem Anteil von 4,8 v.H.,
3. dem Index des durchschnittlichen Bruttomonatsverdienstes der Angestellten in Industrie und Handel mit einem Anteil von 37,5 v.H.,
4. der Bruttomonatsvergütung eines verheirateten Angestellten (ohne Kinder) der Vergütungsgruppe III des Bundes-Angestelltentarifvertrags (Vergütung für Länder) in der höchsten Lebensaltersstufe mit einem Anteil von 6,5 v.H. und
5. den Bruttomonatsbezügen eines verheirateten Beamten (ohne Kinder) der Besoldungsgruppe A 12 in der höchsten Dienstaltersstufe mit einem Anteil von 8,5 v.H.

³Die prozentuale Veränderung der nach Satz 2 ermittelten Maßzahl der Einkommensentwicklung teilt das Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung bis 1. März 1996, 1. März 1997 und 1. März 1998 dem Präsidenten mit. ⁴Dieser veröffentlicht den neuen Betrag der Entschädigung im Gesetz- und Verordnungsblatt.“

c) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4.

d) Es wird folgender Absatz 5 angefügt:

„(5) ¹Der Bayerische Landtag beschließt innerhalb des ersten Halbjahres nach der konstituierenden Sitzung über die Anpassung der Entschädigungen nach den Absätzen 1 und 2 mit Wirkung für die gesamte Wahlperiode. ²Der Präsident leitet den Fraktionen einen entsprechenden Gesetzesvorschlag zu.“

2. Art. 6 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) ¹Ein Mitglied des Bayerischen Landtags erhält eine monatliche Kostenpauschale für

1. allgemeine Unkosten, insbesondere für die Betreuung des Stimm- und Wahlkreises, Bürokosten, Porto und Telefon sowie sonstige Auslagen, die sich aus der Stellung des Mitglieds des Bayerischen Landtags ergeben,
2. Mehraufwendungen für Verpflegung und Übernachtung am Sitz des Bayerischen Landtags und bei mandatsbedingten Reisen,
3. Kosten für mandatsbedingte Fahrten

in Höhe von 4 711 Deutsche Mark. ²Ein Mitglied des Bayerischen Landtags, dem ein landeseigener Dienstwagen zur ausschließlichen Verfügung steht oder das Amtsbezüge bezieht, erhält eine um 25 v.H. verminderte Kostenpauschale. ³Die Kostenpauschale wird jeweils zum 1. Juli eines Jahres, erstmals zum 1. Juli 1996, an die Preisentwicklung der Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Bayern angepaßt, die vom Juli des abgelaufenen Jahres gegenüber dem Juli des vorangegangenen Jahres eingetreten ist. ⁴Den Preisentwicklungssatz teilt das Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung bis 1. März eines Jahres dem Präsidenten mit. ⁵Dieser veröffentlicht den neuen Betrag der Pauschale im Gesetz- und Verordnungsblatt.“

- b) In Absatz 5 werden nach den Worten „in Bayern“ die Worte „und dem Streckennetz der Deutschen Bahn AG in Bayern“ eingefügt.
3. Art. 9 wird wie folgt geändert:
- a) Die Überschrift erhält den Wortlaut „Einschränkung von Leistungen nach Art. 6“.
- b) Die Worte „Art. 6 Abs. 2 und 4“ werden durch die Worte „Art. 6 Abs. 2, 4 und 7“ ersetzt.
4. Art. 10 Abs. 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:
- „¹Dienstreisen sind Reisen im Auftrag des Bayerischen Landtags, die vor Antritt der Reise vom Präsidenten genehmigt worden sind.“
5. Art. 11 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
- aa) Die Sätze 2 und 3 werden durch folgenden Satz 2 ersetzt:
- „²Das Übergangsgeld wird in Höhe der Entschädigung nach Art. 5 für jedes Jahr der Mitgliedschaft einen Monat geleistet, höchstens jedoch 18 Monate lang.“
- bb) Die bisherigen Sätze 4 und 5 werden Sätze 3 und 4.
- b) Absatz 2 erhält folgende Fassung:
- „(2) Ab dem zweiten Monat nach dem Ausscheiden aus dem Bayerischen Landtag werden alle Erwerbs- und Versorgungseinkünfte auf das Übergangsgeld angerechnet.“
6. Art. 16 Abs. 4 erhält folgende Fassung:
- „(4) Im Fall des Wiedereintritts in den Bayerischen Landtag beginnen die Fristen für die Mitgliedschaftsdauer nach Art. 12 neu zu laufen, wenn ein Antrag nach den Absätzen 1 bis 3 gestellt wurde.“
7. Art. 22 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 4 Satz 2 werden die Worte „§ 29 Abs. 4 Satz 2 des Abgeordnetengesetzes des Bundes“ durch die Worte „§ 29 Abs. 4 Satz 3 des Abgeordnetengesetzes des Bundes“ ersetzt.
- b) Es wird folgender Absatz 9 angefügt:
- „(9) Als Einkommen aus einer Verwendung im öffentlichen Dienst gelten auch Entschädigungen an kommunale Wahlbeamte im Ehrenbeamtenverhältnis.“

8. Art. 24 Abs. 6 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„¹Die Leistungen nach Art. 5, 6 Abs. 2 und 7, 11, 12, 15, 18 und 20 Abs. 3 und 4 werden monatlich im voraus gezahlt.“

9. In Art. 25 werden die Worte „nach Art. 11 bis 18“ durch die Worte „nach Art. 5 Abs. 1 und 2, Art. 6 Abs. 2, 6 und 7 sowie Art. 11 bis 18“ ersetzt.

10. Art. 32 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) ¹Das Besoldungsdienstalter eines Beamten wird unbeschadet der Regelung des Art. 16 Abs. 3 nach Beendigung der Mitgliedschaft im Bayerischen Landtag entsprechend den allgemeinen für Beamte geltenden Vorschriften des Bundesbesoldungsgesetzes hinausgeschoben. ²Wird der Beamte nach Art. 31 Abs. 1 in das frühere Dienstverhältnis zurückgeführt, gilt Satz 1 nach dem Ende des Ruhens der Rechte und Pflichten entsprechend.“

- b) In Absatz 2 werden vor dem Wort „Besoldungsdienstalter“ die Worte „nach Absatz 1 Satz 1 festgesetzte“ eingefügt.

§ 2

Das Staatsministerium des Innern wird ermächtigt, das Bayerische Abgeordnetengesetz neu bekanntzumachen und Unstimmigkeiten des Wortlauts zu beseitigen.

§ 3

¹Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Juli 1995 in Kraft. ²§ 1 Nr. 5 findet erst auf Mitglieder des Bayerischen Landtags Anwendung, die nach Beginn der 14. Wahlperiode aus dem Bayerischen Landtag ausscheiden.

München, den 23. Dezember 1995

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. Edmund Stoiber

2230-1-1-K

Gesetz zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen

Vom 23. Dezember 1995

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das nach Anhörung des Senats hiermit bekanntgemacht wird:

§ 1

Das **Bayerische Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen** in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. Juli 1994 (GVBl S. 689, ber. S. 1024 und 1995 S. 98 und 148, BayRS 2230-1-1-K) wird wie folgt geändert:

1. Art. 7 wird wie folgt geändert:

a) Es wird folgender neuer Absatz 3 eingefügt:

„(3) ¹Angesichts der geschichtlichen und kulturellen Prägung Bayerns wird in jedem Klassenraum ein Kreuz angebracht. ²Damit kommt der Wille zum Ausdruck, die obersten Bildungsziele der Verfassung auf der Grundlage christlicher und abendländischer Werte unter Wahrung der Glaubensfreiheit zu verwirklichen. ³Wird der Anbringung des Kreuzes aus ernsthaften und einsehbaren Gründen des Glaubens oder der Weltanschauung durch die Erziehungsberechtigten widersprochen, versucht der Schulleiter eine gütliche Einigung. ⁴Gelingt eine Einigung nicht, hat er nach Unterrichtung des Schulamts für den Einzelfall eine Regelung zu treffen, welche die Glaubensfreiheit des Widersprechenden ach-

tet und die religiösen und weltanschaulichen Überzeugungen aller in der Klasse Betroffenen zu einem gerechten Ausgleich bringt; dabei ist auch der Wille der Mehrheit soweit möglich zu berücksichtigen.“

b) Die bisherigen Absätze 3 bis 7 werden Absätze 4 bis 8.

2. Art. 19 Abs. 4 wird wie folgt geändert:

a) Es wird folgender neuer Satz 2 eingefügt:

„²Für die Volksschulen für Behinderte gilt Art. 7 Abs. 3 entsprechend.“

b) Der bisherige Satz 2 wird Satz 3.

3. In Art. 25 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 wird „Art. 7 Abs. 7 Satz 1“ durch „Art. 7 Abs. 8 Satz 1“ ersetzt.

§ 2

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1996 in Kraft.

München, den 23. Dezember 1995

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. Edmund Stoiber

282-1-1-K

Gesetz zur Änderung des Stiftungsgesetzes

Vom 23. Dezember 1995

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das nach Anhörung des Senats hiermit bekanntgemacht wird:

§ 1

Das **Stiftungsgesetz – StG** – (BayRS 282-1-1-K), geändert durch Art. 6 Abs. 20 des Gesetzes vom 27. Dezember 1991 (GVBl S. 496), wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift des Gesetzes erhält folgende Fassung:

„Bayerisches Stiftungsgesetz (BayStG)“.

2. In Art. 1 Abs. 3 Satz 2 werden die Worte „dem Heimatschutz“ durch die Worte „der Heimatpflege, dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen“ und die Worte „der Wohltätigkeit“ durch die Worte „den sozialen Aufgaben“ ersetzt.

3. Art. 3 Abs. 2 wird aufgehoben; die Absatzbezeichnung im bisherigen Absatz 1 entfällt.

4. Art. 4 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„²Die Genehmigung entfällt, wenn eine Stiftung durch Gesetz errichtet wird oder der Freistaat Bayern Stifter oder Mitstifter ist.“

b) Absatz 2 wird aufgehoben; die Absatzbezeichnung im bisherigen Absatz 1 entfällt.

5. Art. 6 erhält folgende Fassung:

„Art. 6

Die zur Entstehung einer Stiftung erforderliche Genehmigung erteilt die Regierung, in deren Bezirk die Stiftung ihren Sitz haben soll.“

6. In Art. 7 werden die Worte „durch den Stiftungsakt oder die Genehmigung“ gestrichen und die Worte „der Genehmigungsbehörde“ durch die Worte „des nach Art. 21 Abs. 2 zuständigen Staatsministeriums“ ersetzt.

7. Art. 8 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) ¹Die Satzung hat Bestimmungen über Name, Rechtsstellung und Art, Sitz, Zweck, Vermögen und Organe der Stiftung sowie über die Verwendung des Stiftungsertrags zu enthalten. ²Bei Stiftungen des öffentlichen Rechts mit Dienstherrnfähigkeit ist ferner die Zuständigkeit für die Ernennung und Entlassung von Beamten festzulegen. ³Die Satzung kann bei der Genehmigung der Stiftung von der Genehmigungsbehörde ergänzt werden; zu Lebzeiten des Stifters jedoch nur mit seiner Zustimmung.“

b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird das Wort „Genehmigungsbehörde“ durch das Wort „Regierung“ ersetzt.

bb) In Satz 2 wird „Abs. 1“ gestrichen.

8. Art. 13 wird aufgehoben.

9. Art. 14 erhält folgende Fassung:

„Art. 14

Stiftungsgelder sind nach den Grundsätzen einer sicheren und wirtschaftlichen Vermögensverwaltung anzulegen.“

10. Art. 16 wird aufgehoben.

11. Art. 17 Abs. 2 und 3 erhalten folgende Fassung:

„(2) Zu Lebzeiten des Stifters ist dieser vor einer Aufhebung oder Umwandlung der Stiftung zu hören.

(3) Zuständige Behörde im Sinn des § 87 BGB ist die Genehmigungsbehörde.“

12. Art. 18 wird aufgehoben.

13. In der Überschrift des Zweiten Abschnitts werden die Worte „Obhutspflicht des Staates“ durch das Wort „Stiftungsaufsicht“ ersetzt.

14. Art. 21 erhält folgende Fassung:

„Art. 21

(1) ¹Die öffentlichen Stiftungen (Art. 1 Abs. 3) unterstehen der Rechtsaufsicht des Staates (Stiftungsaufsicht); der Vierte Abschnitt dieses Gesetzes bleibt unberührt. ²Stiftungsaufsichtsbehörden sind die Regierungen.

(2) ¹Für Stiftungen, die der Religion, der Wissenschaft, der Forschung, der Bildung, dem Unterricht, der Erziehung, der Kunst, der Denkmalpflege, der Heimatpflege oder dem Sport gewidmet sind, ist das Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst, für alle übrigen Stiftungen das Staatsministerium des Innern als oberste Stiftungsaufsichtsbehörde zuständig. ²Verfolgt eine Stiftung verschiedene Zwecke, so entscheidet der Hauptzweck der Stiftung; bei gemischten privat-öffentlichen Zwecken entscheiden die öffentlichen oder die überwiegenden öffentlichen Zwecke.

(3) ¹Der von den obersten Stiftungsaufsichtsbehörden gebildete Landesausschuß für das Stiftungswesen hat die Aufgabe, diese und die Stiftungsaufsichtsbehörden zu beraten. ²Außerdem obliegt ihm die Förderung und Pflege des Stiftungswesens.“

15. Art. 23 wird wie folgt geändert:

- a) Es wird folgender neuer Absatz 2 eingefügt:
 „(2) Der Stiftungsaufsichtsbehörde sind Änderungen der Anschrift, der Vertretungsberechtigung und der Zusammensetzung der Organe der Stiftung unverzüglich mitzuteilen.“
- b) Die bisherigen Absätze 2 bis 4 werden Absätze 3 bis 5.
- c) Im neuen Absatz 3 werden die Worte „auf Kosten der Stiftung“ gestrichen.
- d) Die neuen Absätze 4 und 5 erhalten folgende Fassung:
 „(4) Die Stiftungsaufsichtsbehörde kann rechtswidriges Verhalten der Stiftungsorgane beanstanden und die Vornahme oder das Unterlassen entsprechender Maßnahmen verlangen.
 (5) Kommt die Stiftung binnen einer ihr gesetzten angemessenen Frist den Anordnungen der Stiftungsaufsichtsbehörde nicht nach, kann diese die notwendigen Maßnahmen anstelle der Stiftung verfügen und vollziehen.“

16. Art. 27 Abs. 3 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„²Sie kann auf die Aufstellung eines Vorschlags verzichten.“

17. Art. 28 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 2 erhält folgende Fassung:
 (2) ¹Wird eine Stiftung durch verwaltungseigene Stellen der staatlichen Rechnungsprüfung, einen Prüfungsverband, Wirtschaftsprüfer oder eine andere zur Erteilung eines gleichwertigen Bestätigungsvermerks befugte Person oder Gesellschaft geprüft, so muß sich die Prüfung auch auf die Erhaltung des Stiftungsvermögens und die satzungsgemäße Verwendung seines Ertrags und etwaiger Zuschüsse (Stiftungsmittel) erstrecken. ²In diesem Fall sieht die Stiftungsaufsichtsbehörde von einer eigenen Prüfung ab und verbescheidet die Jahresrechnung unter Würdigung des Prüfungsberichts.“
- b) Es wird folgender Absatz 3 angefügt:
 „(3) ¹Die Stiftungsaufsichtsbehörde kann verlangen, daß eine Stiftung durch Wirtschaftsprüfer oder andere zur Erteilung eines gleichwertigen Bestätigungsvermerks befugte Personen oder Gesellschaften geprüft wird. ²Der Prüfungsauftrag muß sich auch auf die Erhaltung des Stiftungsvermögens und die satzungsgemäße Verwendung der Stiftungsmittel erstrecken. ³Liegt ein entsprechender Bestätigungsvermerk vor, so gilt Absatz 2 Satz 2 entsprechend.“

18. Art. 30 wird aufgehoben.

19. Art. 31 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Nr. 3 wird das Wort „dreitausend“ durch das Wort „dreißigtausend“ ersetzt.
- b) In Absatz 1 Nr. 6 wird das Wort „fünfzehntausend“ durch das Wort „einhundertfünfzigtausend“ und das Wort „zehntausend“ durch das Wort „hunderttausend“ ersetzt.

c) In Absatz 3 wird das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt; nach der Nummer 6 wird „und 7“ eingefügt.

d) Absatz 4 Satz 2 wird aufgehoben; die Satzbezeichnung im bisherigen Satz 1 entfällt.

20. Art. 34 wird aufgehoben.

21. In Art. 35 Abs. 3 Satz 1 wird die Zahl 13 durch die Zahl 12 ersetzt.

22. Art. 36 erhält folgende Fassung:

„Art. 36

(1) ¹Kirchliche Stiftungen im Sinn dieses Gesetzes sind Stiftungen, die ausschließlich oder überwiegend kirchlichen Zwecken der katholischen, der evangelisch-lutherischen oder der evangelisch-reformierten Kirche gewidmet sind und

1. von einer Kirche errichtet sind oder
2. nach dem Willen des Stifters organisatorisch mit einer Kirche verbunden oder ihrer Aufsicht unterstellt sein sollen.

²Kirchliche Stiftungen sind insbesondere die ortskirchlichen Stiftungen und die Pfründestiftungen.

(2) Eine Stiftung wird nicht schon dadurch zu einer kirchlichen, daß ein kirchlicher Amtsträger als Stiftungsorgan bestellt ist oder daß satzungsgemäß nur Angehörige einer bestimmten Konfession von der Stiftung begünstigt werden.“

23. Art. 37 wird wie folgt geändert:

a) Dem Absatz 1 wird folgender Satz 2 angefügt:
 „²Eine Stiftung darf nur mit Zustimmung der betreffenden Kirche als kirchliche Stiftung genehmigt werden.“

b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 1 erhält folgende Fassung:

„¹Im übrigen finden auf die kirchlichen Stiftungen die Vorschriften des Ersten Abschnitts dieses Gesetzes mit Ausnahme des Art. 14 Anwendung; in Art. 6 tritt an die Stelle der Regierung das Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst, in Art. 8 Abs. 3 Satz 1 an die Stelle der Regierung die zuständige kirchliche Behörde.“

bb) In Satz 2 wird in der Klammer „Satz 2“ durch „Satz 3“ ersetzt.

24. Art. 38 erhält folgende Fassung:

„Art. 38

(1) Die kirchlichen Stiftungen unterstehen der Aufsicht der betreffenden Kirche.

(2) Die bestehenden Vorschriften über die staatliche Betreuung kirchlicher Gebäude im Rahmen einer dem Staat obliegenden Baupflicht bleiben unberührt.“

25. In Art. 39 Satz 2 werden die Worte „Staatsministerium für Unterricht und Kultus“ durch die Worte „Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst“ ersetzt.

26. Dem Art. 43 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Der Rechnisverpflichtete kann verlangen, daß Sachrechnisse in feste Geldrechnisse umgewandelt werden; der Wert des Geldrechnisses ist auf der Grundlage des durchschnittlichen Jahreswertes des Sachrechnisses in den letzten fünf Jahren zu ermitteln.“

27. Art. 46 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 werden die Worte „zuständige Genehmigungsbehörde“ durch die Worte „nach Art. 21 Abs. 2 zuständigen Staatsministerien“ ersetzt.

b) Es wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) Ausschließlich oder überwiegend kirchlichen oder religiösen Zwecken der katholischen, der evangelisch-lutherischen oder der evangelisch-reformierten Kirche gewidmete Stiftungen, welche bis zum 1. Januar 1996 satzungsgemäß von einer Behörde des Staates, einer Gemeinde oder eines Gemeindeverbandes zu verwalten sind, gelten weiterhin nicht als kirchliche Stiftungen.“

28. In Art. 47 wird „der Art. 33 und 34“ durch „des Art. 33“ ersetzt.

29. Art. 49 erhält folgende Fassung:

„Art. 49

Mit Ausnahme der Maßnahmen nach Art. 23 Abs. 3 und 5 sowie der Rechnungsprüfung nach Art. 28 Abs. 1 sind Amtshandlungen bei öffentlichen Stiftungen nach diesem Gesetz kostenfrei.“

30. Art. 50 erhält folgende Fassung:

„Art. 50

Die Staatsministerien des Innern und für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst werden ermächtigt, durch Rechtsverordnung

1. das Verfahren bei der Genehmigung von Stiftungen, Satzungsänderungen und genehmigungspflichtigen Handlungen zu regeln,
2. die Mitwirkungspflichten der Stiftungen bei der Rechnungsprüfung nach Art. 28, insbesondere die vorzulegenden Nachweise und Belege festzulegen,
3. die Anlegung und Führung von Stiftungsverzeichnissen durch das Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung und die Stiftungsaufsichtsbehörden zu regeln und die in die Stiftungsverzeichnisse aufzunehmenden Angaben festzulegen; dies gilt nicht für kirchliche Stiftungen,
4. die Berufung und Zusammensetzung des Landesausschusses für das Stiftungswesen zu bestimmen.“

§ 2

¹Verwaltungsverfahren, die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes noch nicht abgeschlossen sind, sind nach diesem Gesetz weiterzuführen. ²Dies gilt nicht für die Kostenregelung des Art. 49.

§ 3

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1996 in Kraft.

§ 4

Das Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst wird ermächtigt, das Bayerische Stiftungsgesetz mit neuer Artikelfolge neu bekanntzumachen und dabei Unstimmigkeiten des Wortlauts zu beseitigen.

München, den 23. Dezember 1995

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. Edmund Stoiber

605-6-F

Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (Finanzausgleichsänderungsgesetz 1996)

Vom 23. Dezember 1995

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das nach Anhörung des Senats hiermit bekanntgemacht wird:

§ 1

Das Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsgesetz – FAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Februar 1994 (GVBl S. 168, BayRS 605-1-F), zuletzt geändert durch das Finanzausgleichsänderungsgesetz 1995 vom 26. Juli 1995 (GVBl S. 393, BayRS 605-5-F) wird wie folgt geändert:

1. In Art. 1 Abs. 1 Satz 2 wird folgender Halbsatz angefügt:

„sie vermindert sich weiter um 26,08 v.H. des durch § 1 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichs vom 13. November 1995 (BGBl I S. 1506) als Ausgleich der überproportionalen Belastungen aus der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs erhöhten Landesanteils an der Umsatzsteuer.“

2. In Art. 1a Abs. 5 Sätze 1 und 2 werden jeweils vor dem Wort „Gemeindeanteil“ die Worte „um die Ausgleichsleistung nach Art. 1b erhöhten“ eingefügt.

3. Es wird folgender Art. 1b eingefügt:

„Art. 1b

¹Die Gemeinden erhalten als Ausgleich für die überproportionalen Belastungen durch die Neuregelung des Familienleistungsausgleichs 26,08 v.H. des erhöhten Landesanteils an der Umsatzsteuer (Einkommensteuerersatz). ²Für die Aufteilung des Einkommensteuerersatzes ist § 2 Abs. 1 Gemeindefinanzreformgesetz (GFRG) in der jeweils gültigen Fassung entsprechend anzuwenden.“

4. In Art. 4 Abs. 1 Nr. 4 werden vor dem Wort „Gemeindeanteil“ die Worte „um die Ausgleichsleistung nach Art. 1b erhöhten“ eingefügt.

5. In Art. 7 Abs. 2 wird in den Nummern 2 und 3 „29“ jeweils durch „29,50“, in Nummer 4 „58“ durch „59“ ersetzt.

6. In Art. 23 Abs. 2 wird folgende Nr. 1a eingefügt:

„1a. wie der Einkommensteuerersatz nach Art. 1b aufgeteilt wird,“.

§ 2

Die Verordnung über die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und die Abführung der Gewerbesteuerumlage (BayAVOGFRG) – BayRS 605-14-F –, zuletzt geändert durch Verordnung vom 9. Mai 1995 (GVBl S. 172), wird wie folgt geändert:

1. § 11 erhält folgende Fassung:

„§ 11

¹Die Aufteilung des Einkommensteuerersatzes nach Art. 1b FAG erfolgt nach den Schlüsselzahlen gemäß § 1. ²Die Vorschriften dieser Verordnung sind entsprechend anzuwenden.“

2. Der bisherige § 11 wird § 12; der bisherige § 12 wird § 13.

§ 3

Die Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (FAG DV 1987) vom 2. September 1988 (GVBl S. 307, BayRS 605-10-F), zuletzt geändert durch Verordnung vom 13. Dezember 1995 (GVBl S. 891) wird wie folgt geändert:

1. In § 1a Abs. 3 Satz 2 werden nach dem Klammerzusatz die Worte „und der Ausgleichsleistung nach Art. 1b FAG“ eingefügt.

2. In § 1a Abs. 3 Satz 3 werden nach dem Wort „Einkommensteuer“ die Worte „und die Ausgleichsleistung nach Art. 1b FAG“ eingefügt.

3. In § 3 Nr. 2 wird der Punkt durch ein Komma ersetzt und folgender Halbsatz angefügt:

„der um die in diesem Zeitraum zugeflossenen Ausgleichsleistungen nach Art. 1b FAG erhöht wird.“

§ 4

Spätere Änderungen der BayAVOGFRG und der FAGDV können durch Verordnung erfolgen, auch soweit dort getroffene Regelungen auf diesem Gesetz beruhen.

§ 5

- (1) Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1996 in Kraft.
- (2) In § 2 Abs. 6 des Finanzausgleichsänderungsgesetzes 1995 wird „8,15“ durch „8,18“ ersetzt.
- (3) In § 2 Abs. 1 Satz 3 Nr. 3 des Finanzausgleichsänderungsgesetzes 1995 werden nach dem Wort „Baumaßnahme“ die Worte „oder mindestens Architektenleistungen bis einschließlich der Leistungsphase 4 nach § 15 HOAI“ eingefügt.
- (4) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, das Finanzausgleichsgesetz neu bekanntzumachen und Unstimmigkeiten des Wortlauts zu beseitigen.

München, den 23. Dezember 1995

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. Edmund Stoiber

630-9a-F

Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 1995/1996 (Nachtragshaushaltsgesetz 1996)

Vom 23. Dezember 1995

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das nach Anhörung des Senats hiermit bekanntgemacht wird:

§ 1

Änderung des Haushaltsgesetzes 1995/1996

Das **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 1995 und 1996 (Haushaltsgesetz 1995/1996)** vom 26. Juli 1995 (GVBl S. 353, BayRS 630-9a-F) wird wie folgt geändert:

1. Art. 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Für das Haushaltsjahr 1996 wird die Zahl „61 778 870 800 DM“ durch die Zahl „61 439 883 100 DM“ ersetzt.
 - b) Gleichzeitig wird der Haushaltsplan nach Maßgabe des diesem Gesetz als Anlage beigefügten Nachtrags geändert.
2. Art. 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 wird für das Jahr 1996 die Zahl „1 799 400 000 DM“ durch die Zahl „1 986 100 000 DM“ ersetzt.
 - b) Absatz 3 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„²Das Staatsministerium der Finanzen darf im Rahmen von Kreditfinanzierungen ergänzende Vereinbarungen treffen, die der Steuerung von Zinsänderungsrisiken sowie der Erzielung günstiger Konditionen bei neuen Krediten und bestehenden Schulden dienen.“
 - c) In Absatz 5 Satz 1 wird die Zahl „3 v. H.“ durch die Zahl „6 v. H.“ ersetzt.
3. Dem Art. 8 wird folgender Absatz 9 angefügt:

„(9) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, der Stadibau Gesellschaft für den Staatsbedienstetenwohnungsbau in Bayern mbH ein auf die Dauer von 60 Jahren befristetes unentgeltliches Erbbaurecht an folgenden Grundstücksflächen in München einzuräumen:

 1. Teilfläche von ca. 5 000 m² aus dem staatseigenen Grundstück Flst.Nr. 164 der Gemarkung Großhadern (Klinikstammgelände),
 2. Teilfläche von ca. 6 500 m² aus dem staatseigenen Grundstück Flst.Nr. 472/103 der Gemarkung Schwabing (Bayerisches Polizeiverwaltungsamt, Barbarastraße 4/6),
 3. Teilfläche von ca. 7 000 m² aus dem staatseigenen Grundstück Flst.Nr. 421/3 der Gemarkung Neuhausen an der Schachenmeierstraße.“

4. Die Durchführungsbestimmungen zum Haushaltsgesetz 1995/1996 (DBestHG 1995/1996) werden wie folgt geändert:

- a) Es wird folgende neue Nr. 1.3 eingefügt:

„1.3 Zur Gewährung von Prämien nach den Richtlinien zum Vorschlagswesen in der bayerischen Staatsverwaltung können innerhalb eines Einzelplans die Ansätze der Festtitel 459 1. (Belohnungen für Vorschläge zur Verbesserung der Verwaltung) zu Lasten der Ansätze bei den Obergruppen 51 bis 54 und 81 und 82 verstärkt werden. Der Ansatz darf nur insoweit verstärkt werden, als sich bei den deckungspflichtigen Ansätzen im Jahr der Prämienzahlung infolge des prämierten Verbesserungsvorschlags bei der jeweiligen Behörde Einsparungen in mindestens gleicher Höhe ergeben. Sätze 1 und 2 finden keine Anwendung bei Verbesserungsvorschlägen, die vor dem 1. Januar 1996 eingereicht wurden.“

- b) Die bisherige Nr. 1.3 wird Nr. 1.4.

§ 2

Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes

Das **Bayerische Schulfinanzierungsgesetz (BaySchFG)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. Juli 1994 (GVBl S. 728, BayRS 2230-7-1-K), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juli 1995 (GVBl S. 389), wird wie folgt geändert:

1. Art. 3 Abs. 2 Nr. 7 erhält folgende Fassung:

„7. Schülerheime für berufliche Schulen (bei Berufsschulen einschließlich der Aufwendungen für Unterkunft und Verpflegung), soweit sie für den Schulbetrieb erforderlich sind,“.

2. In Art. 10 Abs. 8 werden die Sätze 2 und 3 durch folgende Sätze 2 bis 4 ersetzt:

„²Der Staat gewährt zu den Kosten für Unterkunft und Verpflegung einen pauschalen Zuschuß bis zur Höhe von DM 25,- je Unterbringungstag abzüglich des Eigenanteils; die im Einzelfall nicht gedeckten Restkosten übernimmt der für die besuchte Berufsschule zuständige Aufwandsträger. ³Die Restkosten sind nach Maßgabe des Art. 8 Abs. 3 bis zur Höhe des landesdurchschnittlichen Kostensatzes umlagefä-

hig. ⁴Für Schüler, die zum Besuch einer außer-bayerischen Berufsschule verpflichtet sind, ersetzt der Freistaat Bayern den Berufsschülern die durch den Eigenanteil nicht gedeckten Kosten für Unterkunft und Verpflegung am Ort der auswärtigen Unterbringung in vollem Umfang.“

3. Art. 16 wird wie folgt geändert:

a) Es wird folgender neuer Absatz 2 eingefügt:

„(2) Als kommunale Schulen im Sinn dieses Gesetzes gelten auch Schulen, die in privater Rechtsform geführt werden, wenn eine oder mehrere Gebietskörperschaften allein oder zusammen an dem privaten Schulträger mehrheitlich beteiligt sind oder unmittelbar oder mittelbar beherrschenden Einfluß auf ihn ausüben können.“

b) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3.

§ 3

Inkrafttreten, Geltungsdauer

(1) ¹Dieses Gesetz ist dringlich. ²Es tritt am 1. Januar 1996 in Kraft.

(2) ¹§ 2 gilt unbefristet. ²Die übrigen Bestimmungen dieses Gesetzes gelten bis zum Tag der Verkündung des Haushaltsgesetzes für das folgende Haushaltsjahr weiter.

München, den 23. Dezember 1995

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. Edmund Stoiber

Freistaat Bayern

Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 1996

Gesamtplan

- Teil I: Haushaltsübersicht
einschließlich Übersicht über
die Verpflichtungsermächtigungen
- Teil II: Finanzierungsübersicht
- Teil III: Kreditfinanzierungsplan

Nachtragshaushalt 1996

Gesamtplan

Einzelplan	Bezeichnung	Einnahmen		
		Bisheriger Betrag 1996 Tsd. DM	Es treten hinzu (+) Es fallen weg (-) Tsd. DM	Neuer Betrag 1996 Tsd. DM
1	2	3	4	5
01	Landtag und Senat	495,6	-	495,6
02	Ministerpräsident und Staatskanzlei	1 175,0	-	1 175,0
03	Staatsministerium des Innern	1 816 904,4	+ 38 770,6	1 855 675,0
04	Staatsministerium der Justiz	1 472 406,0	+ 27 000,0	1 499 406,0
05	Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst – Unterricht und Kultus –	70 304,0 ¹⁾	+ 130,0	70 434,0
06	Staatsministerium der Finanzen	672 095,3	+ 2 000,0	674 095,3
07	Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie	1 639 704,2	+ 25 160,0	1 664 864,2
08	Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – Ernährung und Landwirtschaft –	672 686,7	-	672 686,7
09	Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – Staatsforstverwaltung –	509 095,8	+ 41 600,0	550 695,8
10	Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit	611 945,7	+ 11 317,8	623 263,5
11	Oberster Rechnungshof	17,3	-	17,3
12	Staatsministerin für Bundesangelegenheiten	367,7	-	367,7
13	Allgemeine Finanzverwaltung	52 872 652,7	- 503 406,1	52 369 246,6
14	Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen	204 172,5	+ 540,0	204 712,5
15	Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst – Wissenschaft und Kunst –	1 234 847,9 ¹⁾	+ 17 900,0	1 252 747,9
	Summe	61 778 870,8	- 338 987,7	61 439 883,1

Teil I: Haushaltsübersicht 1996

Ausgaben			Überschuß (+) Zuschuß (-)	Verpflichtungsermächtigungen			Einzelplan
Bisheriger Betrag 1996 Tsd. DM	Es treten hinzu (+) Es fallen weg (-) Tsd. DM	Neuer Betrag 1996 Tsd. DM		Bisheriger Betrag 1996 Tsd. DM	Es treten hinzu (+) Es fallen weg (-) Tsd. DM	Neuer Betrag 1996 Tsd. DM	
6	7	8	9	10	11	12	13
118 280,5	-	118 280,5	- 117 784,9	0,0	-	0,0	01
82 667,0	-	82 667,0	- 81 492,0	1 069,5	-	1 069,5	02
6 855 721,6	+ 28 880,6	6 884 602,2	- 5 028 927,2	1 615 545,0	+ 10 000,0	1 625 545,0	03
2 162 452,5	+ 11 236,6	2 173 689,1	- 674 283,1	100 725,0	-	100 725,0	04
9 622 966,4 ^{*)}	+ 134 225,7	9 757 192,1	- 9 686 758,1	83 100,0 ^{*)}	-	83 100,0	05
2 383 759,0	-	2 383 759,0	- 1 709 663,7	71 100,0	-	71 100,0	06
2 482 510,6	+ 54 585,0	2 537 095,6	- 872 231,4	253 050,0	+ 62 080,0	315 130,0	07
2 140 450,6	+ 5 846,5	2 146 297,1	- 1 473 610,4	543 508,0	+ 1 000,0	544 508,0	08
731 033,4	- 8 950,0	722 083,4	- 171 387,6	39 646,0	-	39 646,0	09
3 580 125,2	- 17 220,4	3 562 904,8	- 2 939 641,3	173 145,0	+ 4 120,0	177 265,0	10
30 976,3	-	30 976,3	- 30 959,0	0,0	-	0,0	11
14 268,3	-	14 268,3	- 13 900,6	5 250,0	+ 51 000,0	56 250,0	12
23 636 593,1	- 583 501,4	23 053 091,7	+ 29 316 154,9	1 173 150,0	+ 32 800,0	1 205 950,0	13
1 239 239,7	+ 10 000,0	1 249 239,7	- 1 044 527,2	191 242,0	-	191 242,0	14
6 697 826,6 ^{*)}	+ 25 909,7	6 723 736,3	- 5 470 988,4	772 791,5 ^{*)}	+ 2 390,5	775 182,0	15
61 778 870,8	- 338 987,7	61 439 883,1	-	5 023 322,0	+ 163 390,5	5 186 712,5	

^{*)} Abweichungen gegenüber Stammhaushalt durch Umsetzung der Bereiche Bibliotheks-/Bücherei- und Archivwesen sowie Musik- und Brauchtumpflege vom Einzelplan 05 auf Einzelplan 15 infolge Organisationsänderungen.

Nachtragshaushaltsplan 1996**Gesamtplan****Teil II: Finanzierungsübersicht
für das Haushaltsjahr 1996****A. Ermittlung des Finanzierungssaldos**

1. Ausgaben
(ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt,
Zuführungen an Rücklagen und Ausgaben zur Deckung
eines Fehlbetrags)
2. Einnahmen
(ohne Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt,
Entnahmen aus Rücklagen, Einnahmen aus Über-
schüssen)
3. Finanzierungssaldo (Nr. 1 abzügl. Nr. 2)

B. Zusammensetzung des Finanzierungssaldos

1. **Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt^{*)}**
 - 1.1 Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt
 - 1.2 Ausgaben zur Schuldentilgung
 - 1.2.1 für Kreditmarktmittel (einschl. Marktpflege)
 - 1.2.2 für Ausgleichsforderungen
 - 1.3 **Nettokreditaufnahme am Kreditmarkt**
(Nr. 1.1 abzügl. Nr. 1.2)
2. **Abwicklung der Rechnungsergebnisse aus Vorjahren**
 - 2.1 Einnahmen aus Überschüssen
 - 2.2 Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen
3. **Rücklagenbewegung**
 - 3.1 Entnahmen aus Rücklagen
 - 3.2 Zuführungen an Rücklagen
 - 3.3 Saldo (Nr. 3.1 abzügl. Nr. 3.2)
4. **Finanzierungssaldo**
(aus 1.3 und 3.3)

**Teil III: Kreditfinanzierungsplan
für das Haushaltsjahr 1996^{*)}**

1. **Kredite am Kreditmarkt**
 - 1.1 Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt
 - 1.2 Ausgaben zur Schuldentilgung
 - 1.2.1 für Kreditmarktmittel (einschl. Marktpflege)
 - 1.2.2 für Ausgleichsforderungen
 - 1.3 Saldo (Nr. 1.1 abzügl. Nr. 1.2)
2. **Kredite im öffentlichen Bereich**
 - 2.1 Einnahmen aus zweckbestimmten Krediten von Ge-
bietskörperschaften u. ä.
 - 2.2 Ausgaben zur Schuldentilgung bei Gebietskörper-
schaften u. ä.
 - 2.3 Nettokreditaufnahme (Nr. 2.1 abzügl. Nr. 2.2)
3. **Kreditaufnahmen insgesamt**
 - 3.1 Bruttokreditaufnahme (Nr. 1.1 und Nr. 2.1)
 - 3.2 Ausgaben zur Schuldentilgung (Nr. 1.2 und Nr. 2.2)
 - 3.3 Nettokreditaufnahme (Nr. 1.3 und Nr. 2.3)

Bisheriger Betrag 1996	Es treten hinzu (+) Es fallen weg (-)	Neuer Betrag 1996
Tsd. DM	Tsd. DM	Tsd. DM
61 522 820,8	- 338 987,7	61 183 833,1
59 030 665,8	- 526 237,7	58 504 428,1
2 492 155,0	+ 187 250,0	2 679 405,0
7 164 775,8	+ 130 444,9	7 295 220,7
5 309 120,7	-	5 309 120,7
56 255,1	- 56 255,1	0,0
1 799 400,0	+ 186 700,0	1 986 100,0
0,0	-	0,0
0,0	-	0,0
948 805,0	+ 550,0	949 355,0
256 050,0	-	256 050,0
692 755,0	+ 550,0	693 305,0
2 492 155,0	+ 187 250,0	2 679 405,0
7 164 775,8	+ 130 444,9	7 295 220,7
5 309 120,7	-	5 309 120,7
56 255,1	- 56 255,1	0,0
1 799 400,0	+ 186 700,0	1 986 100,0
96 150,0	-	96 150,0
98 733,0	-	98 733,0
- 2 583,0	-	- 2 583,0
7 260 925,8	+ 130 444,9	7 391 370,7
5 464 108,8	- 56 255,1	5 407 853,7
1 796 817,0	+ 186 700,0	1 983 517,0

*) Ohne Eventualkreditermächtigung nach Art. 8 Abs 2 HG 1995/1996.

922-1-W

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Bayern

Vom 23. Dezember 1995

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das nach Anhörung des Senats hiermit bekanntgemacht wird:

§ 1

Das **Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in Bayern (BayÖPNVG)** vom 24. Dezember 1993 (GVBl S. 1052, BayRS 922-1-W) wird wie folgt geändert:

1. Art. 1 erhält folgende Fassung:

„Art. 1

Begriffsbestimmung

(1) ¹Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Sinn dieses Gesetzes ist die allgemein zugängliche Beförderung von Personen mit Verkehrsmitteln im Linienverkehr, die überwiegend dazu bestimmt sind, die Verkehrsnachfrage im Stadt-, Vorort- oder Regionalverkehr zu befriedigen. ²Das ist im Zweifel der Fall, wenn in der Mehrzahl der Beförderungsfälle eines Verkehrsmittels die gesamte Reisezeit 50 km oder die gesamte Reisezeit eine Stunde in der Regel nicht übersteigt. ³Der öffentliche Personennahverkehr gliedert sich in den allgemeinen öffentlichen Personennahverkehr und den Schienenpersonennahverkehr (SPNV).

(2) ¹Zum allgemeinen öffentlichen Personennahverkehr zählt die Beförderung insbesondere mit Straßenbahnen, Hoch- und Untergrundbahnen, Bahnen besonderer Bauart sowie Omnibussen und Kraftfahrzeugen im Linienverkehr. ²Schienenpersonennahverkehr ist unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 die Beförderung in Zügen der Eisenbahnen.

(3) Allgemeiner öffentlicher Personennahverkehr ist auch der Verkehr mit Taxen oder Mietwagen, der Verkehre der in den Absätzen 1 und 2 genannten Art ersetzt, ergänzt oder verdrängt.

2. Dem Art. 2 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) ¹Der Eisenbahn- und sonstige Schienenverkehr soll als Grundangebot des öffentlichen Personennahverkehrs ausgestaltet und das übrige Angebot darauf ausgerichtet werden. ²In den verkehrsfremden gelegenen Räumen des Staatsgebiets soll der Eisenbahnverkehr den Anschluß an die verkehrlichen Hauptachsen ermöglichen. ³In den großen Verdichtungsräumen soll das verkehrliche Grundangebot durch S- oder U-Bahnen oder Stadtbahnen gebildet werden.“

3. Art. 3 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 wird aufgehoben.

b) Die Absätze 3 und 4 werden Absätze 2 und 3.

c) Im neuen Absatz 3 Satz 2 werden nach den Worten „nach § 42 des Personenbeförderungsgesetzes“ die Worte „oder im Schienenpersonennahverkehr“ eingefügt.

d) Im neuen Absatz 3 Satz 4 werden nach den Worten „nach § 42 des Personenbeförderungsgesetzes“ die Worte „oder im Schienenpersonennahverkehr“ eingefügt.

4. Art. 4 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Die Vernetzung der Verkehrsmittel und Verkehrsverbindungen ist insbesondere durch integrale Taktfahrpläne zu verbessern.“

b) Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) ¹Der öffentliche Personennahverkehr soll mit Fahrzeugen bedient werden, die bei der Beschaffung dem Stand der Technik und den Belangen des Umweltschutzes sowie den Anforderungen an Sicherheit, Bequemlichkeit, Verkehrsbeschleunigung und Aufwandsenkung entsprechen. ²Die Belange Behinderter, älterer Menschen und von Müttern mit Kindern sind bei der Beschaffung von Fahrzeugen und dem Bau oder Ausbau von Verkehrsanlagen zu berücksichtigen. ³Bei der personellen und technischen Betriebsgestaltung ist dem Sicherheitsbedürfnis der Fahrgäste angemessen Rechnung zu tragen.“

c) Es wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) ¹Mit dem Ziel einer besseren Nutzung des ÖPNV auf Schiene und Straße ist eine engere Kooperation mit den verschiedenen Formen des Individualverkehrs anzustreben. ²Dazu ist eine optimale Ausgestaltung der dafür erforderlichen Schnittstellen notwendig.“

d) Es wird folgender Absatz 5 angefügt:

„(5) ¹Die Verknüpfung des Schienenpersonennahverkehrs mit dem Schienenpersonennahverkehr und dem allgemeinen öffentlichen Personennahverkehr in den Knotenbahnhöfen ist neben einer einheitlichen Tarifgestaltung anzustreben. ²Der Schienenpersonennahverkehr in Bayern soll so weit wie möglich mit dem Verkehr in den angrenzenden Ländern abgestimmt werden.“

5. Art. 5 erhält folgende Fassung:

„Art. 5

Bedienungsstandard

(1) Um eine angemessene Erschließung mit öffentlichen Verkehrsmitteln sicherzustellen, soll die Bedienung unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit auf die Bedürfnisse der Bevölkerung und die Erfordernisse des örtlichen und überörtlichen Verkehrs ausgerichtet werden.

(2) ¹In Verdichtungsräumen sowie in ländlichen Stadt- und Umlandbereichen ist grundsätzlich ein nachfrageorientierter Bedienungstakt vorzusehen. ²Dieser soll auch an Samstagen, Sonntagen und Feiertagen angeboten werden. ³Der Bedienungsstandard nach den Sätzen 1 und 2 soll im Rahmen der finanziellen Leistungsfähigkeit mit abgestuften Bedienungskonzepten auch in den übrigen ländlichen Gebieten angeboten werden.

(3) ¹Der Schienenpersonennahverkehr ist so zu planen, daß auf der Basis eines grundsätzlich am Bedarf orientierten Integralen Taktfahrplans landesweit vergleichbare Bedienungsstandards, insbesondere ein vergleichbares Fahrplanangebot unter besonderer Berücksichtigung der verschiedenen verkehrlichen Bedürfnisse in den Verdichtungsräumen und im ländlichen Raum erreicht werden. ²Fahrpläne und Tarife des allgemeinen öffentlichen Personennahverkehrs und des Schienenpersonennahverkehrs sollen aufeinander abgestimmt werden.“

6. Art. 6 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:

„Regionale Nahverkehrsräume des allgemeinen öffentlichen Personennahverkehrs“

b) In Absatz 1 Satz 1 werden nach den Worten „Verflechtungen des“ die Worte „allgemeinen öffentlichen“ eingefügt.

c) In Absatz 2 Satz 2 werden die Worte „das Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr“ durch die Worte „das Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie“ ersetzt.

7. Art. 7 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:

„Verkehrskooperationen im allgemeinen öffentlichen Personennahverkehr“

b) Absatz 1 Sätze 1 und 2 erhalten folgende Fassung:

„¹Die Aufgabenträger für den allgemeinen öffentlichen Personennahverkehr (Art. 8 und 9) eines Nahverkehrsraums haben bei der Sicherung und Verbesserung des allgemeinen öffentlichen Personennahverkehrs im verkehrlich erforderlichen Umfang zusammenzuarbeiten. ²Die Zusammenarbeit erstreckt sich unter Einbeziehung der vorhandenen Verkehrsunternehmen insbesondere auf alle Fragen der Linienführung, der Fahrplanabstimmung, des Tarifs, der gegenseitigen Aner-

kennung von Fahrscheinen, der Bedienungshäufigkeit der betroffenen Linien sowie der wirtschaftlichen Verkehrsgestaltung (Verkehrskooperation).“

c) In Absatz 2 werden nach den Worten „auch mehrerer Nahverkehrsräume“ die Worte „des allgemeinen öffentlichen Personennahverkehrs“ eingefügt.

8. Nach der Überschrift des Zweiten Teils „Aufgabenverantwortung“ wird folgende Untergliederung eingefügt:

„Erster Abschnitt

Aufgabenverantwortung für den allgemeinen öffentlichen Personennahverkehr“

9. Art. 8 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„¹Die Planung, Organisation und Sicherstellung des allgemeinen öffentlichen Personennahverkehrs ist eine freiwillige Aufgabe der Landkreise und kreisfreien Gemeinden im eigenen Wirkungskreis.“

b) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Die Aufgabenträger für den allgemeinen öffentlichen Personennahverkehr sind zugleich zuständige Behörde im Sinn der Verordnung (EWG) 1191/69 des Rates vom 26. Juni 1969 in der Fassung der Verordnung (EWG) 1893/91 des Rates vom 20. Juni 1991, in der jeweils geltenden Fassung, auf dem Gebiet des allgemeinen öffentlichen Personennahverkehrs.“

10. Art. 9 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 wird nach den Worten „einzelne Aufgaben des“ das Wort „allgemeinen“ eingefügt.

b) In Absatz 2 wird nach den Worten „einzelne Aufgaben des“ das Wort „allgemeinen“ eingefügt.

c) In Absatz 4 wird nach den Worten „zum Teil für den“ das Wort „allgemeinen“ eingefügt.

11. In Art. 10 werden nach den Worten „Die Aufgabenträger“ die Worte „für den allgemeinen öffentlichen Personennahverkehr“ eingefügt.

12. Art. 11 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:

„Rechtsformen für die Durchführung des allgemeinen öffentlichen Personennahverkehrs“.

b) Art. 11 erhält folgende Fassung:

„Art. 11

Rechtsformen für die Durchführung des allgemeinen öffentlichen Personennahverkehrs

Die Aufgabenträger können Einrichtungen des allgemeinen öffentlichen Personennahverkehrs nach Maßgabe der Gemeindeordnung oder der Landkreisordnung als Regiebetrieb, als Eigenbetrieb, als selbständiges Kommunalunternehmen des öffentlichen

Rechts oder in einer Rechtsform des privaten Rechts führen oder sich an einer in der Rechtsform des privaten Rechts geführten Einrichtung beteiligen.“

c) Die Absätze 2 und 3 werden aufgehoben.

13. In Art. 12 werden nach den Worten „Die Aufgabenträger“ die Worte „des allgemeinen öffentlichen Personennahverkehrs“ eingefügt.

14. Art. 13 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 1 wird nach den Worten „Die Aufgabenträger des“ das Wort „allgemeinen“ eingefügt.

b) In Absatz 2 Satz 1 werden nach den Worten „Der Nahverkehrsplan“ die Worte „enthält Ziele und Konzeption des allgemeinen öffentlichen Personennahverkehrs und“ eingefügt.

15. Art. 14 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 werden die Worte „Im ÖPNV-Investitionsplan“ durch die Worte „Im Investitionsplan für den allgemeinen öffentlichen Personennahverkehr“ ersetzt.

b) Absatz 1 Nr. 5 erhält folgende Fassung:

„5. Beschaffung von Standard-Linienomnibussen, Standard-Gelenkombussen und Schienenfahrzeugen, Straßenbahnen und Fahrzeugen für Hoch- und Untergrundbahnen sowie für Bahnen besonderer Bauart.“

c) In Absatz 3 Satz 2 werden die Worte „das Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr“ durch die Worte „das Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie“ ersetzt.

16. Nach Art. 14 wird folgender Zweiter Abschnitt eingefügt:

„Zweiter Abschnitt
Aufgabenverantwortung
für den Schienenpersonennahverkehr

Art. 15

Aufgabenträger für den Schienenpersonennahverkehr

(1) ¹Die Planung, Organisation und Sicherstellung des Schienenpersonennahverkehrs in Bayern ist eine Aufgabe des Freistaates Bayern. ²Zuständig ist das Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie.

(2) Das Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie ist unbeschadet der Zuständigkeit der Bayerischen Eisenbahngesellschaft nach Art. 16 Abs. 3 Satz 1 für den Schienenpersonennahverkehr zugleich zuständige Behörde im Sinn der Verordnung (EWG) 1191/69 des Rates vom 26. Juni 1969 in der Fassung der Verordnung (EWG) 1893/91 des Rates vom 20. Juni 1991, in der jeweils geltenden Fassung, auf dem Gebiet des Schienenpersonennahverkehrs.

Art. 16

Bayerische Eisenbahngesellschaft

(1) ¹Der Freistaat Bayern bedient sich zur Wahrnehmung von Aufgaben im Schienenpersonennahverkehr einer juristischen Person des privaten Rechts, die in seinem Auftrag und nach seinen Vorgaben tätig wird (Bayerische Eisenbahngesellschaft). ²Die Gesellschaft unterliegt der Fachaufsicht des Staatsministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Technologie.

(2) ¹Die Bayerische Eisenbahngesellschaft plant im Auftrag und nach den Vorgaben des Staatsministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Technologie den Schienenpersonennahverkehr für das gesamte Staatsgebiet und stimmt diese Planung mit Eisenbahninfrastrukturunternehmen sowie mit Eisenbahnverkehrsunternehmen und den Aufgabenträgern für den allgemeinen öffentlichen Personennahverkehr ab.

(3) ¹Die Bayerische Eisenbahngesellschaft ist für den Abschluß von Verträgen für gemeinwirtschaftliche Verkehrsleistungen des Schienenpersonennahverkehrs gemäß § 4 des Regionalisierungsgesetzes vom 27. Dezember 1993 (BGBl I S. 2395) zuständig. ²Der Abschluß von Verträgen nach Satz 1 bedarf der Zustimmung des Staatsministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Technologie.

Art. 17

Schienennahverkehrsplan

(1) ¹Die Vorgaben für die Planung, Organisation und Sicherstellung des Schienenpersonennahverkehrs sowie der dafür zur Verfügung stehende Finanzrahmen werden in einem Schienennahverkehrsplan festgelegt. ²Der Schienennahverkehrsplan wird vom Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie erstellt, von der Staatsregierung beschlossen und ist jährlich fortzuschreiben. ³Dem Landtag ist Bericht zu erstatten.

(2) Der Schienennahverkehrsplan enthält

1. eine Darstellung des Ist-Zustandes des Schienenpersonennahverkehrs und der Vernetzung des Schienenpersonennahverkehrs mit dem Schienenpersonenfernverkehr,
2. Zielvorgaben für die künftige Erschließung des Staatsgebiets mit Schienenpersonennahverkehrsleistungen, für Verbesserungen des Schienenpersonennahverkehrs durch kürzere Fahrzeiten und verbesserte Fahrplangebote sowie für eine dichtere Vernetzung des Schienenpersonennahverkehrs mit dem allgemeinen öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und mit dem Schienenpersonenfernverkehr,
3. eine Analyse festgestellter Schwachstellen und Vorschläge für deren Beseitigung,
4. verkehrliche Forderungen und Vorstellungen für eine verbesserte Infrastruktur im Bereich des Fahrwegs und der Schnittstellen zwischen SPNV, ÖPNV und den verschiedenen Formen des Individualverkehrs sowie für Ausbaumaßnahmen, die von der Deutschen Bahn AG, den nichtbundeseigenen Eisenbahnen und anderen Trägern des Schienennetzes erwartet werden.

(3) ¹Im Schienennahverkehrsplan werden die für die Abdeckung des Defizits im Schienenpersonennahverkehr und für andere Maßnahmen zugunsten des öffentlichen Personennahverkehrs zur Verfügung stehenden jährlichen Finanzmittel festgelegt. ²Dabei ist insbesondere darzustellen, in welchem Umfang Finanzmittel nach §§ 5 und 8 des Regionalisierungsgesetzes vom 27. Dezember 1993 (BGBl I S. 2395) für Investitionsvorhaben des öffentlichen Personennahverkehrs eingesetzt werden sollen.

Art. 18

Mitwirkung der Aufgabenträger für den allgemeinen Personennahverkehr

(1) Die Aufgabenträger für den allgemeinen öffentlichen Personennahverkehr sind an der Fahrplangestaltung im Schienenpersonennahverkehr zu beteiligen, soweit ihr örtlicher Zuständigkeitsbereich berührt ist.

(2) ¹Das durch die Bayerische Eisenbahngesellschaft zu erarbeitende Fahrplankonzept wird im Benehmen mit den Aufgabenträgern nach Absatz 1 aufgestellt. ²Dabei sollen Fahrplankonzept und Nahverkehrspläne (Art. 13) aufeinander abgestimmt werden.“

17. Art. 15 bis 24 (alt) werden Art. 19 bis 28 (neu).

18. Nach Art. 18 (neu) wird folgende Untergliederung eingefügt:

„Dritter Teil

Finanzierung

Erster Abschnitt

Finanzierung des allgemeinen
öffentlichen Personennahverkehrs“.

19. Der neue Art. 19 (Art. 15 alt) wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 1 wird nach den Worten „Die Kostendeckungsfehlbeträge des“ das Wort „allgemeinen“ eingefügt.

b) In Absatz 2 wird nach den Worten „im Weg der gegenseitigen Vereinbarung Leistungen des“ das Wort „allgemeinen“ eingefügt.

c) Absatz 3 wird aufgehoben.

20. Im neuen Art. 20 Abs. 1 (Art. 16 Abs. 1 alt) werden nach den Worten „erhalten auf Antrag Finanzhilfen“ die Worte „für den allgemeinen öffentlichen Personennahverkehr“ eingefügt.

21. Der neue Art. 21 (Art. 17 alt) wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 wird nach den Worten „zur Förderung von Investitionen des“ das Wort „allgemeinen“ eingefügt.

b) In Absatz 2 wird nach den Worten „Komplementärfinanzierung von Vorhaben des“ das Wort „allgemeinen“ eingefügt.

22. Im neuen Art. 22 Abs. 1 Satz 1 (Art. 18 Abs. 1 Satz 1 alt) werden die Worte „Das Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr“ durch die Worte „Das Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie“ ersetzt.

23. Der neue Art. 23 (Art. 19 alt) wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Für Vorhaben des allgemeinen öffentlichen Personennahverkehrs mit zuwendungsfähigen Kosten über fünf Millionen Deutsche Mark, die nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz gefördert werden, können nach Art. 21 Finanzhilfen bis zu 20 v.H. der zuwendungsfähigen Kosten gewährt werden.“

b) In Absatz 2 wird nach den Worten „Für sonstige Vorhaben des“ das Wort „allgemeinen“ eingefügt.

24. Der neue Art. 24 (Art. 20 alt) erhält folgende Fassung:

„Art. 24

Kooperationsförderung

Der Freistaat Bayern gewährt pauschale Zuwendungen zur Abdeckung von Kostendeckungsfehlbeträgen, die in Folge von Verkehrskooperationen bei Aufgabenträgern oder Verkehrsunternehmen des allgemeinen öffentlichen Personennahverkehrs entstehen.“

25. Im neuen Art. 25 (Art. 21 alt) werden nach dem Wort „Kooperationen“ die Worte „des allgemeinen öffentlichen Personennahverkehrs“ eingefügt.

26. Der neue Art. 26 Abs. 1 (Art. 22 Abs. 1 alt) wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 werden nach den Worten „Bei Verkehrskooperationen“ die Worte „des allgemeinen öffentlichen Personennahverkehrs“ eingefügt.

b) In Satz 2 werden die Worte „Das Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr“ durch die Worte „Das Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie“ ersetzt.

27. Der neue Art. 27 (Art. 23 alt) wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 werden nach den Worten „gewährt den Aufgabenträgern“ die Worte „des allgemeinen öffentlichen Personennahverkehrs“ eingefügt.

b) In Satz 2 wird nach den Worten „Diese Mittel können“ das Wort „insbesondere“ eingefügt.

28. Im neuen Art. 28 (Art. 24 alt) werden in Absatz 2 nach dem Wort „Nutzplatzkilometer“ die Worte „im allgemeinen öffentlichen Personennahverkehr“ eingefügt.

29. Nach Art. 28 (neu) wird folgender Zweiter Abschnitt eingefügt:

„Zweiter Abschnitt

Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs

Art. 29

Grundsatz

(1) ¹Der Freistaat Bayern trägt die Kostendeckungsfehlbeträge für gemeinwirtschaftliche Verkehrsleistungen des Schienenpersonen-

nahverkehrs in Bayern gemäß § 4 des Regionalisierungsgesetzes vom 27. Dezember 1993 (BGBl I S. 2395), soweit die Verkehrsleistungen gemäß Art. 16 Abs. 3 durch die Bayerische Eisenbahngesellschaft vertraglich vereinbart oder durch das Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie auferlegt worden sind, aus dem nach §§ 5 und 8 des Regionalisierungsgesetzes vom 27. Dezember 1993 (BGBl I S. 2395) zur Verfügung gestellten Mittelkontingent.²Das Nähere regelt der Schienennahverkehrsplan (Art. 17).

(2) Soweit gemeinwirtschaftliche Verkehrsleistungen des Schienenpersonennahverkehrs, welche die Bayerische Eisenbahngesellschaft bei der Fahrplanabstimmung gemäß Art. 18 Abs. 2 nicht berücksichtigt hat, vertraglich vereinbart oder auferlegt werden, trägt die Kostendeckungsfehlbeträge der Aufgabenträger des allgemeinen öffentlichen Personennahverkehrs, auf dessen Verlangen sie vertraglich vereinbart oder auferlegt wurden.

(3) Die Bestimmungen über Investitionshilfen (Art. 21) gelten entsprechend für Investitionen beim Bau oder Ausbau von S-Bahnen.“

30. Art. 25 und 26 (alt) werden Art. 30 und 31.

§ 2

Das Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie wird ermächtigt, das Gesetz neu bekanntzumachen und Unstimmigkeiten des Wortlauts zu beseitigen.

§ 3

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1996 in Kraft.

München, den 23. Dezember 1995

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. Edmund Stoiber

2035-2-F

Wahlordnung zum Bayerischen Personalvertretungsgesetz (WO-BayPVG)

Vom 12. Dezember 1995

Auf Grund des Art. 90 Abs. 2 des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes (BayPVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. November 1986 (GVBl S. 349, BayRS 2035-1-F), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Mai 1995 (GVBl S. 171), erläßt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

Inhaltsübersicht

Erster Teil	
§§ 1 bis 32	Wahl des Personalrats
Erster Abschnitt	
§§ 1 bis 24	Gemeinsame Vorschriften über Vorbereitung und Durchführung der Wahl
Zweiter Abschnitt	
§§ 25 bis 30	Besondere Vorschriften für das Wahlverfahren
Dritter Abschnitt	
§§ 31, 32	Wahl der Jugend- und Auszubildendenvertretung
Zweiter Teil	
§§ 33 bis 45	Wahl des Bezirkspersonalrats und der Bezirksjugend- und Auszubildendenvertretung
Erster Abschnitt	
§§ 33 bis 43	Wahl des Bezirkspersonalrats
Zweiter Abschnitt	
§§ 44, 45	Wahl der Bezirksjugend- und Auszubildendenvertretung
Dritter Teil	
§§ 46 bis 52	Wahl des Hauptpersonalrats und der Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung
Erster Abschnitt	
§§ 46 bis 50	Wahl des Hauptpersonalrats
Zweiter Abschnitt	
§§ 51, 52	Wahl der Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung
Vierter Teil	
§ 53	Wahl des Gesamtpersonalrats und der Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung
Fünfter Teil	
§ 54	Durchführung von Teilwiederholungswahlen

Sechster Teil

§§ 55 bis 59	Wahl der Vertrauensperson der ausländischen Beschäftigten, die nicht die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats der Europäischen Gemeinschaften besitzen
--------------	--

Siebter Teil

§ 60	Wahl der Vertrauensperson der Beamten in Ausbildung und der nicht zum Stammpersonal gehörenden Beamten der Einsatzstufen bei der Bayerischen Bereitschaftspolizei
------	---

Achter Teil

§§ 61 bis 62	Schlußvorschriften
--------------	--------------------

Erster Teil

Wahl des Personalrats

Erster Abschnitt

Gemeinsame Vorschriften über Vorbereitung und Durchführung der Wahl

§ 1

Wahlvorstand, Wahlhelfer

(1) ¹Der Wahlvorstand führt die Wahl des Personalrats durch. ²Bei seinen Entscheidungen, die in Sitzungen getroffen werden, haben sämtliche Mitglieder, im Verhinderungsfall die jeweiligen Ersatzmitglieder, mitzuwirken. ³Er faßt seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit seiner Mitglieder; Stimmenthaltung ist nicht zulässig.

(2) ¹Der Vorsitzende des Wahlvorstands führt die laufenden Geschäfte und vertritt den Wahlvorstand im Rahmen der von diesem gefaßten Beschlüsse. ²Soweit im folgenden nichts anderes bestimmt ist, ist der Vorsitzende zur alleinigen Unterzeichnung von Aushängen und Bekanntmachungen des Wahlvorstands befugt.

(3) ¹Der Wahlvorstand fertigt über jede Sitzung, in der über Einsprüche gegen das Wählerverzeichnis (§ 3), über die Ermittlung der Zahl der zu wählenden Personalratsmitglieder und die Verteilung der Personalratssitze auf die Gruppen (§ 5), über die Zulassung von Wahlvorschlägen und die Gewährung von Mängelbeseitigungsfristen (§ 10) entschieden wird, eine Niederschrift. ²Sie ist von sämtlichen Mitgliedern des Wahlvorstands zu unterzeichnen.

(4) ¹Die Dienststelle hat den Wahlvorstand bei der Erfüllung seiner Aufgaben zu unterstützen.

²Sie hat insbesondere

- a) die notwendigen Unterlagen (Beschäftigtenlisten u. a.) zur Verfügung zu stellen und zu ergänzen,
- b) über personelle Veränderungen laufend zu informieren,
- c) die sonst erforderlichen Auskünfte zu erteilen,
- d) für die Vorbereitung und Durchführung der Wahl in erforderlichem Umfang Räume, den Geschäftsbedarf und etwa benötigte Schreibkräfte zur Verfügung zu stellen.

(5) Der Wahlvorstand gibt die Namen seiner Mitglieder, deren dienstliche Anschrift, dienstliche Telefonnummer und Telefaxnummer sowie die Namen etwaiger Ersatzmitglieder innerhalb von sieben Kalendertagen nach seiner Bestellung, Wahl oder Einsetzung, und spätestens einundneunzig Kalendertage vor dem ersten Tag der Stimmabgabe, in der Dienststelle durch Aushang bis zum Abschluß der Stimmabgabe bekannt.

(6) Der Wahlvorstand kann wahlberechtigte Beschäftigte zu seiner Unterstützung bei der Durchführung der Stimmabgabe und bei der Stimmenzählung bestellen (Wahlhelfer); dabei soll er Frauen und Männer sowie die in der Dienststelle vertretenen Gruppen angemessen berücksichtigen.

§ 2

Feststellung der Beschäftigtenzahl, Wählerverzeichnis

(1) Der Wahlvorstand stellt die Zahl der in der Regel tätigen Beschäftigten und ihre Verteilung auf die Gruppen zum Zeitpunkt des Erlasses des Wahlausschreibens fest.

(2) ¹Der Wahlvorstand stellt ein Verzeichnis der wahlberechtigten Beschäftigten (Wählerverzeichnis), getrennt nach den Gruppen, auf. ²Er stellt den Anteil an Frauen und Männern bei den wahlberechtigten Beschäftigten insgesamt und in den einzelnen Gruppen fest. ³Er hat bis zum Abschluß der Stimmabgabe mit Unterstützung der Dienststelle das Wählerverzeichnis auf dem laufenden zu halten und zu berichtigen.

(3) Das Wählerverzeichnis oder eine Abschrift ist unverzüglich, spätestens jedoch fünf Kalendertage nach dem Erlaß des Wahlausschreibens bis zum Abschluß der Stimmabgabe an geeigneter Stelle zur Einsicht auszulegen.

§ 3

Einsprüche gegen das Wählerverzeichnis

(1) Die Beschäftigten können beim Wahlvorstand schriftlich binnen dreißig Kalendertagen seit Auslegung des Wählerzeichnisses (§ 2 Abs. 3) Einspruch gegen seine Richtigkeit einlegen.

(2) ¹Über den Einspruch entscheidet der Wahlvorstand unverzüglich. ²Die Entscheidung ist der Person, die den Einspruch eingelegt hat, unverzüglich, spätestens jedoch fünf Kalendertage vor dem ersten Tag der Stimmabgabe mitzuteilen. ³Ist der

Einspruch begründet, so hat der Wahlvorstand das Wählerverzeichnis zu berichtigen.

(3) ¹Nach Ablauf der Einspruchsfrist hat der Wahlvorstand das Wählerverzeichnis nochmals auf seine Vollständigkeit zu prüfen. ²Danach ist das Wählerverzeichnis nur bei Schreibfehlern, offensichtlichen Unrichtigkeiten, zur Erledigung rechtzeitig eingelegter Einsprüche, bei Eintritt oder Ausscheiden von Beschäftigten und bei Änderung der Gruppenzugehörigkeit bis zum Abschluß der Stimmabgabe zu berichtigen oder zu ergänzen.

§ 4

Vorabstimmungen

(1) ¹Soll die Verteilung der Mitglieder des Personalrats auf die Gruppen abweichend von Art. 17 BayPVG geordnet werden (Art. 18 Abs. 1 BayPVG) oder soll, wenn der Personalrat aus mehr als einer Person besteht, die gemeinsame Wahl durchgeführt werden (Art. 19 Abs. 2 BayPVG), so sind hierzu entsprechende Vorabstimmungen erforderlich. ²Die Durchführung derartiger Vorabstimmungen obliegt nicht dem Wahlvorstand.

(2) ¹Das Ergebnis dieser Vorabstimmungen wird nur berücksichtigt, wenn es dem Wahlvorstand innerhalb von sieben Kalendertagen nach der Bekanntgabe der Namen seiner Mitglieder (§ 1 Abs. 5), spätestens jedoch vierundachtzig Kalendertage vor dem ersten Tag der Stimmabgabe vorliegt. ²Hierbei ist dem Wahlvorstand glaubhaft zu machen, daß das Ergebnis unter Leitung eines aus mindestens drei wahlberechtigten Beschäftigten bestehenden Abstimmungsvorstands in geheimen und nach Gruppen getrennten Abstimmungen zustande gekommen ist. ³Dem Abstimmungsvorstand muß ein Mitglied jeder in der Dienststelle vertretenen Gruppe angehören.

§ 5

Ermittlung der Zahl der zu wählenden Personalratsmitglieder; Verteilung der Sitze auf die Gruppen

(1) ¹Der Wahlvorstand ermittelt die Zahl der zu wählenden Mitglieder des Personalrats (Art. 16 und 17 Abs. 4 BayPVG). ²Ist eine von Art. 17 BayPVG abweichende Verteilung der Mitglieder des Personalrats auf die Gruppen (Art. 18 Abs. 1 BayPVG) nicht beschlossen worden, so errechnet der Wahlvorstand die Verteilung der Personalratsitze auf die Gruppen (Art. 17 Abs. 1 bis 5 BayPVG) nach dem Höchstzahlverfahren (Absätze 2 und 3).

(2) ¹Die Zahlen der der Dienststelle angehörenden Beamten, Angestellten und Arbeiter (§ 2 Abs. 1) werden nebeneinandergestellt und der Reihe nach durch 1, 2, 3 usw. geteilt. ²Auf die jeweils höchste Teilzahl (Höchstzahl) wird solange ein Sitz zugeteilt, bis alle Personalratsitze (Art. 16 Abs. 1 und 17 Abs. 4 BayPVG) verteilt sind. ³Jede Gruppe erhält so viele Sitze, wie Höchstzahlen auf sie entfallen. ⁴Ist bei zwei oder drei gleichen Höchstzahlen nur noch ein Sitz oder gleich bei drei gleichen Höchstzahlen nur noch zwei Sitze zu verteilen, so entscheidet das Los.

(3) ¹Entfallen bei der Verteilung der Sitze nach Absatz 2 auf eine Gruppe weniger Sitze, als ihr nach Art. 17 Abs. 3 BayPVG zustehen, so erhält sie

die in Art. 17 Abs. 3 BayPVG vorgeschriebene Zahl von Sitzen. ²Die Zahl der Sitze der übrigen Gruppen vermindert sich entsprechend. ³Dabei werden die jeweils zuletzt zugeteilten Sitze zuerst gekürzt. ⁴Ist bei gleichen Höchstzahlen nur noch um einen Sitz zu kürzen, entscheidet das Los, welche Gruppe den Sitz abzugeben hat. ⁵Sitze, die einer Gruppe nach dem BayPVG mindestens zustehen, können ihr nicht entzogen werden.

(4) Haben in einer Dienststelle alle Gruppen die gleiche Anzahl von Angehörigen, so erübrigt sich die Errechnung der Sitze nach dem Höchstzahlverfahren; in diesem Fall entscheidet das Los, wem die höhere Zahl von Sitzen zufällt.

§ 6

Wahlausschreiben

(1) ¹Nach Ablauf der Frist für die Bekanntgabe des Ergebnisses etwaiger Vorabstimmungen (§ 4 Abs. 2) und spätestens siebenundsiebzig Kalendertage vor dem ersten Tag der Stimmabgabe erläßt der Wahlvorstand ein Wahlausschreiben. ²Es ist von sämtlichen Mitgliedern des Wahlvorstands zu unterschreiben.

(2) Das Wahlausschreiben muß enthalten

- a) Ort und Tag seines Erlasses;
- b) die Zahl der zu wählenden Mitglieder des Personalrats, getrennt nach Beamten, Angestellten und Arbeitern;
- c) Angaben über die Anteile von Frauen und Männern bei den wahlberechtigten Beschäftigten in der Dienststelle insgesamt und getrennt nach Beamten, Angestellten und Arbeitern;
- d) Angaben darüber, ob die Beamten, Angestellten und Arbeiter ihre Vertreter in getrennten Wahlgängen wählen (Gruppenwahl) oder vor Erlass des Wahlausschreibens gemeinsame Wahl beschlossen worden ist;
- e) die Angabe, wo und wann das Wählerverzeichnis und diese Wahlordnung zur Einsicht ausliegen;
- f) den Hinweis, daß nur Beschäftigte wählen können, die in das Wählerverzeichnis eingetragen sind;
- g) den Hinweis, daß Frauen und Männer entsprechend ihrem Anteil an den wahlberechtigten Beschäftigten in der Dienststelle vertreten sein sollen;
- h) den Hinweis, daß Einsprüche gegen das Wählerverzeichnis nur binnen dreißig Kalendertagen seit Auslegung des Wählerverzeichnisses (§ 2 Abs. 3) schriftlich beim Wahlvorstand eingelegt werden können; der letzte Tag der Einspruchsfrist ist anzugeben;
- i) die Mindestzahl von wahlberechtigten Beschäftigten, von denen ein Wahlvorschlag unterzeichnet sein muß, soweit er nicht von einer der in der Dienststelle vertretenen Gewerkschaften gemacht wird, und den Hinweis, daß jede sich bewerbende Person (Bewerber) für die Wahl des Personalrats nur auf einem Wahlvorschlag benannt werden kann;
- k) den Hinweis, daß der Wahlvorschlag einer in der Dienststelle vertretenen Gewerkschaft von zwei

Beauftragten, die Beschäftigte der Dienststelle sein und einer der in der Dienststelle vertretenen Gewerkschaft angehören müssen, unterzeichnet sein muß (Art. 19 Abs. 7 BayPVG);

- l) die Aufforderung, Wahlvorschläge innerhalb von fünfzig Kalendertagen nach dem Erlass des Wahlausschreibens und spätestens am zweiundfünfzigsten Kalendertag vor dem ersten Tag der Stimmabgabe beim Wahlvorstand einzureichen; der letzte Zeitpunkt der Einreichungsfrist ist anzugeben;
- m) den Hinweis, daß nur fristgerecht eingereichte Wahlvorschläge berücksichtigt werden und daß nur gewählt werden kann, wer in einen solchen Wahlvorschlag aufgenommen ist;
- n) den Ort, an dem die Wahlvorschläge bekanntgegeben werden;
- o) den Ort und die Zeit der Stimmabgabe;
- p) einen Hinweis auf die Möglichkeit der schriftlichen Stimmabgabe (§ 17);
- q) einen Hinweis darauf, für welche nachgeordneten Stellen, Nebenstellen oder Teile einer Dienststelle die schriftliche Stimmabgabe angeordnet wird (§ 19 Abs. 1), und wann und wo die Wahlunterlagen entgegengenommen werden können;
- r) Ort und Zeit der Sitzung, in der das Wahlergebnis festgestellt wird;
- s) den Ort, an dem Einsprüche, Wahlvorschläge und andere Erklärungen gegenüber dem Wahlvorstand abzugeben sind.

(3) Der Wahlvorstand hat eine Abschrift oder einen Abdruck des Wahlausschreibens und dieser Wahlordnung vom Tag des Erlasses bis zum Abschluß der Stimmabgabe an einer oder an mehreren geeigneten, den wahlberechtigten zugänglichen Stellen auszuhängen.

(4) Offenbare Unrichtigkeiten des Wahlausschreibens können vom Wahlvorstand jederzeit berichtigt werden.

(5) Mit Erlass des Wahlausschreibens ist die Wahl eingeleitet.

§ 7

Wahlvorschläge, Einreichungsfrist

(1) ¹Zur Wahl des Personalrats können die wahlberechtigten Beschäftigten und die in der Dienststelle vertretenen Gewerkschaften Wahlvorschläge machen. ²Die nach Art. 14 Abs. 3 BayPVG nicht wählbaren Beschäftigten dürfen keine Wahlvorschläge machen oder unterzeichnen (Art. 19 Abs. 4 Satz 5 BayPVG).

(2) ¹Die Wahlvorschläge sind innerhalb von fünfzig Kalendertagen nach dem Erlass des Wahlausschreibens, spätestens jedoch am zweiundfünfzigsten Kalendertag vor dem ersten Tag der Stimmabgabe einzureichen. ²Bei Gruppenwahl sind für die einzelnen Gruppen getrennte Wahlvorschläge auf getrennten Schriftstücken einzureichen. ³Der Wahlvorstand kann die Einreichungsfrist am letzten Tag auf das Ende der üblichen Dienstzeit begrenzen.

§ 8

Inhalt der
Wahlvorschläge

(1) Jeder Wahlvorschlag soll mindestens doppelt so viele Bewerber enthalten wie

- a) bei Gruppenwahl Gruppenvertreter,
- b) bei gemeinsamer Wahl Personalratsmitglieder zu wählen sind.

(2) Die Zahl der Bewerber soll

- a) bei Gruppenwahl das Zehnfache der Zahl der Gruppenvertreter,
- b) bei gemeinsamer Wahl das Zehnfache der Zahl der Personalratsmitglieder

nicht überschreiten.

(3) Jeder Wahlvorschlag soll mindestens so viele Bewerberinnen und Bewerber enthalten wie erforderlich sind, um die anteilige Verteilung der Sitze im Personalrat auf Frauen und Männer zu erreichen.

(4) ¹Die Namen der einzelnen Bewerber sind auf dem Wahlvorschlag untereinander aufzuführen und mit fortlaufenden Nummern zu versehen. ²Außer dem Familiennamen sind der Vorname, die Amts-, Berufs- oder Funktionsbezeichnung und die Beschäftigungsstelle anzugeben. ³Bei gruppenfremden Bewerbern ist zusätzlich die Gruppenzugehörigkeit anzugeben. ⁴Bei gemeinsamer Wahl sind in dem Wahlvorschlag die Bewerber jeweils nach Gruppen zusammenzufassen. ⁵Der Wahlvorschlag darf keine Änderungen enthalten; ggf. ist ein neuer Wahlvorschlag zu fertigen und zu unterzeichnen.

(5) ¹Jeder Wahlvorschlag der Beschäftigten muß

- a) bei Gruppenwahl von mindestens einem Zwanzigstel der wahlberechtigten Gruppenangehörigen, jedoch mindestens von drei wahlberechtigten Gruppenangehörigen,
- b) bei gemeinsamer Wahl von mindestens einem Zwanzigstel der wahlberechtigten Beschäftigten, jedoch mindestens von drei wahlberechtigten Beschäftigten,
- c) bei gemeinsamer Wahl, bei der für eine Gruppe gruppenfremde Bewerber vorgeschlagen werden, von mindestens einem Zwanzigstel der wahlberechtigten Angehörigen der Gruppe, für die sie vorgeschlagen sind,

unterzeichnet sein. ²In jedem Fall genügen bei Gruppenwahl die Unterschriften von fünfzig wahlberechtigten Gruppenangehörigen, bei gemeinsamer Wahl die Unterschriften von fünfzig wahlberechtigten Beschäftigten und bei gemeinsamer Wahl, bei der für eine Gruppe gruppenfremde Bewerber vorgeschlagen werden, die Unterschriften von fünfzig wahlberechtigten Angehörigen der Gruppe, für die sie vorgeschlagen sind. ³Nach Einreichung des Wahlvorschlags kann eine Unterschrift nicht mehr zurückgenommen werden. ⁴§ 10 Abs. 4 bleibt unberührt.

(6) ¹Aus dem Wahlvorschlag der Beschäftigten soll zu ersehen sein, welche der unterzeichnenden Personen zur Vertretung des Vorschlags gegenüber

dem Wahlvorstand und zur Entgegennahme von Erklärungen und Entscheidungen des Wahlvorstands berechtigt ist (Listenvertreter). ²Fehlt eine Angabe hierüber, gilt die unterzeichnende Person als berechtigt, die an erster Stelle steht.

(7) ¹Der Wahlvorschlag einer der in der Dienststelle vertretenen Gewerkschaften muß von zwei in der Dienststelle beschäftigten Beauftragten, die Mitglied einer in der Dienststelle vertretenen Gewerkschaft sind, unterzeichnet sein. ²Im Fall der Verselbständigung von Dienststellenteilen oder Nebenstellen ist es ausreichend, wenn die Gewerkschaftsbeauftragten Beschäftigte der Gesamtdienststelle sind. ³Bei Zweifeln an der Beauftragung oder der Mitgliedschaft kann der Wahlvorstand eine schriftliche Bestätigung der Gewerkschaft verlangen. ⁴Die Gewerkschaft hat auf dem Wahlvorschlag zu vermerken, wer von den Unterzeichnern der Listenvertreter ist. ⁵Fehlt eine solche Bezeichnung, gilt die unterzeichnende Person, die an erster Stelle steht, als Listenvertreter.

(8) Der Wahlvorschlag kann mit einem Kennwort versehen werden.

§ 9

Sonstige Erfordernisse

(1) Jeder Bewerber kann für die Wahl des Personalrats nur auf einem Wahlvorschlag vorgeschlagen werden.

(2) Dem Wahlvorschlag ist die schriftliche Zustimmung der in ihm aufgeführten Bewerber zur Aufnahme in den Wahlvorschlag beizufügen; die Zustimmung kann nicht widerrufen werden.

(3) ¹Jede vorschlagsberechtigte Person (§ 8 Abs. 5) kann ihre Unterschrift zur Wahl des Personalrats rechtswirksam nur für einen Wahlvorschlag abgeben. ²Jede in der Dienststelle vertretene Gewerkschaft kann bei gemeinsamer Wahl nur einen, bei Gruppenwahl für jede Gruppe nur einen Wahlvorschlag machen.

(4) Eine Verbindung von Wahlvorschlägen ist unzulässig.

§ 10

•
Behandlung der
Wahlvorschläge durch den Wahlvorstand;
ungültige Wahlvorschläge

(1) ¹Der Wahlvorstand vermerkt auf den Wahlvorschlägen den Tag und die Uhrzeit des Eingangs. ²Im Fall des Absatzes 5 ist auch der Zeitpunkt des Eingangs des berichtigten Wahlvorschlags zu vermerken.

(2) ¹Wahlvorschläge, die ungültig sind, insbesondere weil sie bei der Einreichung nicht die erforderliche Anzahl von Unterschriften aufweisen, weil sie nicht fristgerecht eingereicht worden sind oder weil sie Änderungen enthalten (§ 8 Abs. 4 Satz 5), gibt der Wahlvorstand unverzüglich nach Eingang unter Angabe der Gründe zurück. ²Die Zurückziehung der Unterschriften nach Einreichung des Wahlvorschlags beeinträchtigt dessen Gültigkeit nicht (§ 8 Abs. 5 Satz 3); Absatz 4 bleibt unberührt.

(3) ¹Der Wahlvorstand hat einen Bewerber, der mit seiner schriftlichen Zustimmung auf mehreren

Wahlvorschlägen benannt ist, aufzufordern, innerhalb von drei Kalendertagen zu erklären, auf welchem Wahlvorschlag er benannt bleiben will. ²Gibt der Bewerber diese Erklärung nicht fristgerecht ab, so wird er von sämtlichen Wahlvorschlägen gestrichen.

(4) ¹Der Wahlvorstand hat vorschlagsberechtigte Beschäftigte (§ 8 Abs. 5), die mehrere Wahlvorschläge unterzeichnet haben, aufzufordern, innerhalb von drei Kalendertagen zu erklären, welche Unterschrift sie aufrechterhalten. ²Wird diese Erklärung nicht fristgerecht abgegeben, zählt keine Unterschrift. ³Entsprechendes gilt bei Gewerkschaften, die bei gemeinsamer Wahl mehrere, bei Gruppenwahl für eine Gruppe mehrere Wahlvorschläge gemacht haben.

(5) ¹Wahlvorschläge, die

- a) den Erfordernissen des § 8 Abs. 4 nicht entsprechen,
- b) ohne die schriftliche Zustimmung der Bewerber eingereicht sind,
- c) infolge von Streichungen gemäß Absatz 4 nicht mehr die erforderliche Anzahl von Unterschriften aufweisen,

hat der Wahlvorstand mit der Aufforderung zurückzugeben, die Mängel innerhalb einer Frist von fünf Kalendertagen zu beseitigen. ²Werden die Mängel nicht fristgerecht beseitigt, sind diese Wahlvorschläge ungültig.

§ 11

Fehlen gültiger Wahlvorschläge

(1) Ist nach Ablauf der in § 7 Abs. 2 und § 10 Abs. 3 bis 5 genannten Fristen bei Gruppenwahl nicht für jede Gruppe ein gültiger Wahlvorschlag, bei gemeinsamer Wahl überhaupt kein gültiger Wahlvorschlag eingegangen, so gibt der Wahlvorstand durch Aushang bis zum Abschluß der Stimmabgabe an den gleichen Stellen, an denen das Wahlausschreiben ausgehängt ist, sofort bekannt

- a) bei Gruppenwahl, für welche Gruppe oder für welche Gruppen keine Vertreter gewählt werden können,
- b) bei gemeinsamer Wahl, daß diese Wahl nicht stattfinden kann.

(2) Gleichzeitig gibt der Wahlvorstand im Fall des Absatzes 1 Buchst. a die sich hieraus ergebenden Abweichungen bei der Sitzverteilung im Personalrat und bei der den Wahlberechtigten zustehenden Stimmenzahl bekannt.

§ 12

Vergabe von Ordnungsnummern, Bezeichnung der Wahlvorschläge

(1) ¹Spätestens am dritten Arbeitstag nach Ablauf der in § 7 Abs. 2 und § 10 Abs. 3 bis 5 genannten Fristen ermittelt der Wahlvorstand durch das Los die Reihenfolge der Wahlvorschläge auf dem Stimmzettel (Vergabe von Ordnungsnummern). ²Finden mit der Wahl der örtlichen Personalräte gleichzeitig Wahlen zu den Stufenvertretungen oder zu Ge-

samtpersonalräten statt, ist für Wahlvorschläge mit demselben Kennwort für die Wahlen auf allen Stufen bzw. Ebenen die Losentscheidung auf der obersten Stufe oder, sofern keine Stufenvertretung gewählt wird, die Losentscheidung auf der Ebene des Gesamtpersonalrats maßgebend; für die Wahl der Personalvertretungen bei den Landratsämtern und den Regierungen entscheidet das Los auf der obersten Stufe im Geschäftsbereich des Staatsministeriums des Innern im Bereich der Allgemeinen Inneren Verwaltung. ³Für Wahlvorschläge, die an der Losentscheidung auf der obersten Stufe bzw. auf der Ebene des Gesamtpersonalrats nicht beteiligt sind, werden die folgenden Plätze auf dem Stimmzettel ausgelost.

(2) ¹Der Wahlvorstand bezeichnet die Wahlvorschläge mit dem Familien- und Vornamen der in dem Wahlvorschlag an erster und zweiter Stelle benannten Bewerber, bei gemeinsamer Wahl mit dem Familien- und Vornamen der für die Gruppen an erster Stelle benannten Bewerber. ²Bei Wahlvorschlägen, die mit einem Kennwort versehen sind, ist die Angabe des Kennworts ausreichend.

§ 13

Bekanntgabe der Wahlvorschläge

(1) ¹Unverzüglich nach Ablauf der in § 7 Abs. 2 und § 10 Abs. 3 bis 5 genannten Fristen, spätestens jedoch einundzwanzig Kalendertage vor dem ersten Tag der Stimmabgabe, gibt der Wahlvorstand die als gültig anerkannten Wahlvorschläge durch Aushang bis zum Abschluß der Stimmabgabe an den gleichen Stellen wie das Wahlausschreiben bekannt. ²Die Stimmzettel sollen in diesem Zeitpunkt vorliegen.

(2) Die Bekanntgabe der Namen der Unterzeichner der Wahlvorschläge ist unzulässig.

§ 14

Ausübung des Wahlrechts, Stimmzettel

(1) Wählen kann nur, wer in das Wählerverzeichnis eingetragen ist.

(2) ¹Das Wahlrecht wird durch Abgabe eines Stimmzettels, der mindestens einmal gefaltet sein muß, ausgeübt. ²Bei Gruppenwahl müssen die Stimmzettel für jede Gruppe, bei gemeinsamer Wahl alle Stimmzettel dieselbe Größe, Farbe, Beschaffenheit und Beschriftung haben.

(3) ¹Ist nach den Grundsätzen der Verhältniswahl zu wählen (§ 25 Abs. 1), so kann die Stimme für den gesamten Wahlvorschlag (Vorschlagsliste) oder für Bewerber, deren Namen in demselben Wahlvorschlag enthalten sind, abgegeben werden. ²Ist nach den Grundsätzen der Personenwahl zu wählen (§ 28 Abs. 1), so wird die Stimme für die zu wählenden einzelnen Bewerber abgegeben.

§ 15

Ungültige und unbrauchbare Stimmzettel

- (1) Ungültig sind Stimmzettel
- a) die nicht mindestens einmal gefaltet sind,

- b) die bei schriftlicher Stimmabgabe nicht in einem Wahlumschlag abgegeben sind,
- c) die nicht vom Wahlvorstand ausgegeben worden sind,
- d) aus denen sich der Wille des Wählers nicht zweifelsfrei ergibt,
- e) die ein besonderes Merkmal, einen Zusatz oder einen Vorbehalt enthalten.

(2) Mehrere bei schriftlicher Stimmabgabe in einem Wahlumschlag enthaltene Stimmzettel, die gleich lauten, werden als eine Stimme gezählt.

(3) ¹Hat die abstimmende Person (Wähler) einen Stimmzettel verschrieben oder versehentlich unbrauchbar gemacht, so ist ihr auf Verlangen gegen Rückgabe des unbrauchbaren Stimmzettels ein neuer Stimmzettel auszuhändigen. ²Der Wahlvorstand hat den zurückgegebenen Stimmzettel unverzüglich in Gegenwart des Wählers zu vernichten.

§ 16

Wahlhandlung

(1) ¹Der Wahlvorstand trifft Vorkehrungen, daß der Wähler den Stimmzettel im Wahlraum unbeobachtet kennzeichnen und zusammenfalten kann. ²Für die Aufnahme des Stimmzettels sind Wahlurnen zu verwenden. ³Vor Beginn der Stimmabgabe hat der Wahlvorstand festzustellen, daß die Wahlurnen leer sind und sie zu verschließen. ⁴Sie müssen so eingerichtet sein, daß die eingeworfenen Stimmzettel nicht vor Öffnung der Urne entnommen werden können. ⁵Findet Gruppenwahl statt, so kann die Stimmabgabe nach Gruppen getrennt durchgeführt werden; in jedem Fall sollen getrennte Wahlurnen verwendet werden. ⁶Die wahlberechtigten Beschäftigten können während der Abstimmung im Wahlraum anwesend sein.

(2) ¹Ein Wähler, der durch körperliches Gebrechen an der Stimmabgabe behindert ist, bestimmt eine Person seines Vertrauens, der er sich bei der Stimmabgabe bedienen will, und gibt dies dem Wahlvorstand bekannt. ²Die Hilfeleistung hat sich auf die Erfüllung der Wünsche des Wählers zur Stimmabgabe zu beschränken. ³Die Vertrauensperson darf gemeinsam mit dem Wähler die Wahlzelle aufsuchen, soweit dies zur Hilfestellung erforderlich ist. ⁴Die Vertrauensperson ist zur Geheimhaltung der Kenntnisse verpflichtet, die sie bei der Hilfeleistung von der Wahl eines anderen erlangt hat. ⁵Wahlbewerber, Mitglieder des Wahlvorstands und Wahlhelfer dürfen nicht zur Hilfeleistung herangezogen werden.

(3) Solange der Wahlraum zur Stimmabgabe geöffnet ist, müssen mindestens zwei Mitglieder des Wahlvorstands im Wahlraum anwesend sein; sind Wahlhelfer bestellt (§ 1 Abs. 6), genügt die Anwesenheit eines Mitglieds des Wahlvorstands und eines Wahlhelfers.

(4) ¹Vor Einwurf des Stimmzettels in die Urne ist festzustellen, ob der Wähler im Wählerverzeichnis eingetragen ist. ²Ist dies der Fall, wirft der Wähler den mindestens einmal zusammengefalteten Stimmzettel in die Wahlurne. ³Die Stimmabgabe ist im Wählerverzeichnis zu vermerken.

(5) ¹Wird die Wahlhandlung unterbrochen oder wird das Wahlergebnis nicht unmittelbar nach Abschluß der Stimmabgabe festgestellt, so hat der Wahlvorstand für die Zwischenzeit die Wahlurne so zu verschließen und aufzubewahren, daß der Einwurf oder die Entnahme von Stimmzetteln ohne Beschädigung des Verschlusses unmöglich ist. ²Bei Wiedereröffnung der Wahl oder bei Entnahme der Stimmzettel zur Stimmzählung hat sich der Wahlvorstand davon zu überzeugen, daß der Verschluß unversehrt ist.

(6) ¹Nach Ablauf der für die Abstimmung festgesetzten Zeit dürfen nur noch diejenigen Wahlberechtigten abstimmen, die sich in diesem Zeitpunkt im Wahlraum befinden. ²Sodann erklärt der anwesende Wahlvorstand die Wahlhandlung für beendet.

§ 17

Schriftliche Stimmabgabe, Briefwahl

(1) ¹Beschäftigten, die im Zeitpunkt der Wahl verhindert sind, ihre Stimme persönlich abzugeben, hat der Wahlvorstand auf Verlangen

1. den Stimmzettel und den Wahlumschlag,
2. einen größeren Freiumschlag, der die Anschrift des Wahlvorstands und als Absender den Namen und die dienstliche Anschrift des Wahlberechtigten sowie den Vermerk „Schriftliche Stimmabgabe“ trägt,

auszuhändigen oder zu übersenden. ²Der Wahlvorstand hat die Aushändigung oder Übersendung im Wählerverzeichnis zu vermerken.

(2) ¹Der Wähler gibt seine Stimme in der Weise ab, daß er den Wahlumschlag, in den der Stimmzettel gelegt ist, unter Verwendung des Freiumschlags so rechtzeitig an den Wahlvorstand absendet oder übergibt, daß er vor Abschluß der Stimmabgabe vorliegt. ²Der Wähler kann, soweit unter den Voraussetzungen des § 16 Abs. 2 erforderlich, die in Satz 1 bezeichneten Tätigkeiten durch eine Person seines Vertrauens verrichten lassen.

(3) ¹Beschäftigte, die zu einer auswärtigen Dienststelle abgeordnet sind, ohne in ihr wahlberechtigt zu sein, können ihre Stimme nur nach Maßgabe der Absätze 1 und 2 abgeben. ²Gleiches gilt für die Studierenden an der Bayerischen Beamtenfachhochschule und die Lehrgangsteilnehmer an der Bayerischen Verwaltungsschule und den Verwaltungsschulen des Freistaates Bayern. ³Die Übersendung der Wahlunterlagen nach Absatz 1 erfolgt nur auf Verlangen der Wahlberechtigten.

§ 18

Behandlung der schriftlich abgegebenen Stimmen

(1) Während des für die Stimmabgabe vorgesehenen Zeitraums entnimmt der Wahlvorstand die Wahlumschläge den bis zu diesem Zeitpunkt eingegangenen Wahlbriefen und legt sie nach Vermerk der Stimmabgabe im Wählerverzeichnis in die Wahlurne.

(2) ¹Verspätet eingehende Briefumschläge hat der Wahlvorstand mit einem Vermerk über den Zeit-

punkt des Eingangs ungeöffnet zu den Wahlunterlagen zu nehmen. ²Die Briefumschläge sind einen Monat nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses ungeöffnet durch den Personalrat zu vernichten, wenn die Wahl nicht angefochten worden ist.

§ 19

Stimmabgabe bei Schichtbetrieb und bei Nebenstellen und Teilen von Dienststellen

(1) Für die Beschäftigten von Dienststellen, Teilen von Dienststellen oder Nebenstellen mit Schichtbetrieb kann der Wahlvorstand die schriftliche Stimmabgabe anordnen.

(2) Für die Beschäftigten von

- a) nachgeordneten Stellen einer Dienststelle, die nicht nach Art. 6 Abs. 2 Satz 1 Halbsatz 2 BayPVG selbständig sind, oder
- b) Nebenstellen oder Teilen einer Dienststelle, die räumlich weit vom Sitz der Dienststelle entfernt liegen und nicht als selbständige Dienststellen nach Art. 6 Abs. 3 und Abs. 5 Sätze 2 und 3 BayPVG gelten,

hat der Wahlvorstand die Stimmabgabe in diesen Stellen durchzuführen oder die schriftliche Stimmabgabe anzuordnen.

(3) Für die Gesamtheit der Volksschulen innerhalb des Bereichs eines staatlichen Schulamts gilt der Sitz des Schulamts, für die Gesamtheit der der Aufsicht einer Regierung unterstehenden Sonderschulen gilt der Sitz der Regierung als Sitz der Dienststelle im Sinn des Absatzes 2 Buchst. b.

(4) Im Fall der Anordnung der schriftlichen Stimmabgabe nach Absatz 1 oder Absatz 2 hat der Wahlvorstand die Briefwahlunterlagen von Amts wegen zur Verfügung zu stellen.

(5) Für die Beschäftigten der Landes- und Grenzpolizeistationen kann der Wahlvorstand die Stimmabgabe auch in den Inspektionen durchführen.

(6) Für die Beschäftigten der Forstämter, die nicht unmittelbar am Forstamt selbst eingesetzt sind, kann der Wahlvorstand die Stimmabgabe auch in den Forstämtern oder an anderen, von ihm bestimmten, günstig gelegenen Orten durchführen.

§ 20

Feststellung des Wahlergebnisses

(1) Unverzüglich, spätestens am vierten Kalendertag nach Beendigung der Stimmabgabe, stellt der Wahlvorstand das Wahlergebnis fest.

(2) Nach Öffnung der Wahlurne entnimmt der Wahlvorstand hieraus und aus den Wahlumschlägen die Stimmzettel und prüft ihre Gültigkeit.

(3) Der Wahlvorstand zählt

- a) im Fall der Verhältniswahl die auf sämtliche Bewerber einer jeden Vorschlagsliste sowie die auf die einzelnen Bewerber innerhalb der Vorschlagsliste,
- b) im Fall der Personenwahl die auf jeden einzelnen Bewerber
entfallenen gültigen Stimmen zusammen.

(4) Stimmzettel, über deren Gültigkeit oder Ungültigkeit der Wahlvorstand beschließt, weil sie zu Zweifeln Anlaß geben, sind mit fortlaufender Nummer zu versehen und von den übrigen Stimmzetteln gesondert bei den Wahlunterlagen aufzubewahren.

(5) Die Sitzung, in der das Wahlergebnis festgestellt wird, ist für die Beschäftigten öffentlich.

§ 21

Wahlniederschrift

(1) ¹Über das Wahlergebnis fertigt der Wahlvorstand eine Niederschrift, die von sämtlichen Mitgliedern des Wahlvorstands zu unterzeichnen ist. ²Die Niederschrift muß enthalten

- a) bei Gruppenwahl die Summe der von jeder Gruppe abgegebenen Stimmzettel und Stimmen, bei gemeinsamer Wahl die Summe aller abgegebenen Stimmzettel und Stimmen,
- b) bei Gruppenwahl die Summe der von jeder Gruppe abgegebenen gültigen Stimmzettel und Stimmen, bei gemeinsamer Wahl die Summe aller abgegebenen gültigen Stimmzettel und Stimmen,
- c) die Zahl der ungültigen Stimmzettel,
- d) die für die Gültigkeit oder Ungültigkeit zweifelhafter Stimmzettel maßgebenden Gründe,
- e) im Fall der Verhältniswahl die Zahl der auf sämtliche Bewerber einer jeden Vorschlagsliste sowie die auf die einzelnen Bewerber innerhalb der Vorschlagsliste entfallenen gültigen Stimmen, die Errechnung der Höchstzahlen und ihre Verteilung auf die Vorschlagslisten, im Fall der Personenwahl die Zahl der auf jeden Bewerber entfallenen gültigen Stimmen,
- f) die Namen der gewählten Bewerber.

(2) Besondere Vorkommnisse bei der Wahlhandlung oder der Feststellung des Wahlergebnisses sind in der Niederschrift zu vermerken.

(3) Dem Dienststellenleiter und den in der Dienststelle vertretenen Gewerkschaften übersendet der Wahlvorstand eine Abschrift der Niederschrift.

§ 22

Benachrichtigung der gewählten Bewerber

Der Wahlvorstand benachrichtigt die als Personalratsmitglieder Gewählten unverzüglich schriftlich von ihrer Wahl.

§ 23

Bekanntmachung des Wahlergebnisses

(1) Der Wahlvorstand gibt die Namen der als Personalratsmitglieder gewählten Bewerber durch zweiwöchigen Aushang an den gleichen Stellen wie das Wahlausschreiben bekannt.

(2) Die öffentliche Bekanntmachung des Wahlergebnisses muß enthalten

- a) die Zahl der Wahlberechtigten,
- b) die Zahl der Wähler,

- c) die Zahl der gültigen und ungültigen Stimmzettel,
- d) die Zahl der gültigen Stimmen,
- e) die Verteilung der Stimmen auf die Vorschlagslisten bzw. auf die Bewerber,
- f) die Namen und die Reihenfolge der als Personalratsmitglieder gewählten Bewerber und die Namen der jeweiligen ersten Ersatzmitglieder.

§ 24

Aufbewahrung der Wahlunterlagen

Die Wahlunterlagen (Niederschriften, Bekanntmachungen, Stimmzettel usw.) werden vom Personalrat mindestens bis zur Durchführung der nächsten Personalratswahl aufbewahrt.

Zweiter Abschnitt

Besondere Vorschriften für das Wahlverfahren

Erster Unterabschnitt

Wahlverfahren bei Vorliegen mehrerer Wahlvorschläge (Verhältniswahl)

§ 25

Voraussetzungen für Verhältniswahl, Stimmzettel, Stimmabgabe

(1) ¹Nach den Grundsätzen der Verhältniswahl (Listenwahl) ist zu wählen, wenn

- a) bei Gruppenwahl für die betreffende Gruppe mehrere gültige Wahlvorschläge,
- b) bei gemeinsamer Wahl mehrere gültige Wahlvorschläge

eingegangen sind. ²In diesen Fällen hat jeder Wähler so viele Stimmen, wie bei Gruppenwahl Vertreter der Gruppe, der er angehört, bei gemeinsamer Wahl Personalratsmitglieder insgesamt zu wählen sind. ³Er kann jedoch auch bei gemeinsamer Wahl für die Bewerber der einzelnen Gruppen nur so viele Stimmen abgeben, als Vertreter dieser Gruppen zu wählen sind.

(2) ¹Der Wähler kann seine Stimme nur Bewerbern geben, deren Namen in demselben Wahlvorschlag enthalten sind. ²Andere Namen dürfen nicht hinzugefügt werden. ³Der Wähler kann entweder einen Wahlvorschlag (Vorschlagsliste) durch Ankreuzen der Vorschlagsliste unverändert annehmen oder innerhalb der Gesamtzahl der für jede Gruppe zulässigen Stimmen einzelnen Bewerbern bis zu drei Stimmen geben (Stimmenhäufung).

(3) ¹Auf dem Stimmzettel sind die Vorschlagslisten in der Reihenfolge der Ordnungsnummern unter Angabe von Familienname, Vorname, Amts-, Berufs- oder Funktionsbezeichnung und Beschäftigungsstelle der Bewerber aus dem Wahlvorschlag nebeneinander aufzuführen; jeder Bewerber kann hierbei nur einmal aufgeführt werden. ²Bei gruppenfremden Bewerbern ist zusätzlich die Gruppen-

zugehörigkeit anzugeben. ³Die Bezeichnung der Vorschlagslisten bestimmt sich nach § 12 Abs. 2. ⁴Der Stimmzettel muß einen Hinweis auf die dem Wähler zustehende Stimmenzahl (Absatz 1 Sätze 2 und 3) und auf die Möglichkeit der Stimmenhäufung enthalten. ⁵Ferner muß er einen Hinweis darauf enthalten, daß der Wähler seine Stimme nur Bewerbern geben kann, deren Namen in demselben Wahlvorschlag aufgeführt sind (Absatz 2).

(4) ¹Will der Wähler einen Wahlvorschlag unverändert annehmen, so hat er auf dem Stimmzettel die Vorschlagsliste anzukreuzen, für die er seine Stimme abgeben will. ²In diesem Fall wird auf die Bewerber in ihrer Reihenfolge auf dem Wahlvorschlag solange jeweils eine Stimme zugeteilt, bis die Gesamtstimmenzahl ausgeschöpft ist.

(5) Will der Wähler innerhalb eines Wahlvorschlags einzelnen Bewerbern mehr als eine Stimme geben, so hat er dies durch Beifügen der Zahl der Stimmen, die er den Bewerbern geben will (zwei oder drei), oder einer entsprechenden Anzahl von Kreuzen zu den Namen der Bewerber zu kennzeichnen.

(6) Kreuzt der Wähler eine Wahlvorschlagsliste an, die weniger Bewerber enthält, als ihm Stimmen zustehen, so verzichtet er auf seine weiteren Stimmen.

(7) Kreuzt der Wähler eine Vorschlagsliste an und gibt er zugleich einzelnen Bewerbern in dieser Vorschlagsliste Stimmen, ohne die ihm zustehende Stimmenzahl voll auszuschöpfen, so werden die noch verbleibenden Reststimmen auf die nicht angekreuzten Bewerber in ihrer Reihenfolge auf dem Wahlvorschlag von oben nach unten verteilt.

(8) Gibt der Wähler einzelnen Bewerbern eines Wahlvorschlags weniger Stimmen, als ihm insgesamt zustehen, ohne dabei die Vorschlagsliste anzukreuzen, so verzichtet er damit auf seine weiteren Stimmen.

(9) ¹Gibt der Wähler einzelnen Bewerbern insgesamt mehr Stimmen, als ihm nach der Gesamtstimmenzahl zustehen, so sind die Stimmen der Bewerber in der Reihenfolge auf dem Wahlvorschlag von unten nach oben solange unberücksichtigt zu lassen, bis die Gesamtstimmenzahl nicht mehr überschritten ist. ²Gibt der Wähler bei gemeinsamer Wahl den Bewerbern einer Gruppe mehr Stimmen, als ihm insgesamt für jede Gruppe zustehen, gilt Satz 1 entsprechend.

(10) Stimmen, die einem Bewerber im Weg der Stimmenhäufung über die zulässige Häufungszahl hinaus oder durch Beifügung einer nicht lesbaren Häufungszahl gegeben werden, sind ungültig.

§ 26

Ermittlung der gewählten Vertreter der Gruppen bei der Gruppenwahl

(1) ¹Bei Gruppenwahl werden die auf sämtliche Bewerber einer jeden Vorschlagsliste entfallenen Stimmen zusammengezählt, die so ermittelten Gesamtstimmenzahlen der einzelnen Vorschlagslisten jeder Gruppe nebeneinandergestellt und der Reihe nach durch 1, 2, 3 usw. geteilt. ²Auf die jeweils höchste Teilzahl (Höchstzahl) wird solange ein Sitz

zugeteilt, bis alle der Gruppe zustehenden Sitze (§ 5) verteilt sind. ³Ist bei gleichen Höchstzahlen nur noch ein Sitz oder sind bei drei gleichen Höchstzahlen nur noch zwei Sitze zu verteilen, so entscheidet das Los.

(2) Enthält eine Vorschlagsliste weniger Bewerber, als ihr nach den Höchstzahlen Sitze zustehen würden, so fallen die überschüssigen Sitze den übrigen Vorschlagslisten in der Reihenfolge der nächsten Höchstzahlen zu.

(3) ¹Innerhalb der Vorschlagslisten sind die Sitze auf die Bewerber in der Reihenfolge der von ihnen erreichten Stimmenzahlen zu verteilen. ²Haben mehrere Bewerber die gleiche Stimmenzahl erhalten, entscheidet die Reihenfolge der Benennung im Wahlvorschlag (§ 8 Abs. 4).

§ 27

Ermittlung der gewählten Vertreter der Gruppen bei gemeinsamer Wahl

(1) ¹Bei gemeinsamer Wahl werden die auf sämtliche Bewerber gleicher Gruppenzugehörigkeit einer jeden Vorschlagsliste entfallenen Stimmen zusammengezählt, die Gesamtstimmenzahl der Bewerber gleicher Gruppenzugehörigkeit einer jeden Vorschlagsliste nebeneinandergestellt und der Reihe nach durch 1, 2, 3 usw. geteilt. ²§ 26 Abs. 1 Sätze 2 und 3 gelten entsprechend.

(2) Enthält eine Vorschlagsliste weniger Bewerber einer Gruppe, als dieser nach den Höchstzahlen Sitze zustehen würden, so fallen die restlichen Sitze dieser Gruppe den Angehörigen derselben Gruppe auf den übrigen Vorschlagslisten in der Reihenfolge der nächsten Höchstzahlen zu.

(3) ¹Innerhalb der Vorschlagslisten werden die den einzelnen Gruppen zustehenden Sitze auf die Angehörigen der entsprechenden Gruppe in der Reihenfolge der von ihnen erreichten Stimmenzahlen verteilt. ²§ 26 Abs. 3 Satz 2 gilt entsprechend.

Zweiter Unterabschnitt

Wahlverfahren bei Vorliegen eines Wahlvorschlags sowie für die Wahl eines Personalratsmitglieds oder eines Gruppenvertreters (Personenwahl)

§ 28

Voraussetzungen für Personenwahl, Stimmzettel, Stimmabgabe

(1) Nach den Grundsätzen der Personenwahl ist zu wählen, wenn

- a) bei Gruppenwahl für die betreffende Gruppe nur ein gültiger Wahlvorschlag eingegangen ist oder nur ein Vertreter zu wählen ist,
- b) bei gemeinsamer Wahl nur ein gültiger Wahlvorschlag eingegangen ist oder insgesamt nur ein Personalratsmitglied zu wählen ist.

(2) ¹Ist bei Gruppenwahl nur ein Gruppenvertreter oder bei gemeinsamer Wahl nur ein Personalratsmitglied zu wählen, so werden in den Stimmzettel die Bewerber aus den Wahlvorschlägen in alphabetischer Reihenfolge unter Angabe von Famili-

namenname, Vorname, Amts-, Berufs- oder Funktionsbezeichnung und Beschäftigungsstelle übernommen. ²Weitere Angaben dürfen die Stimmzettel nicht enthalten.

(3) ¹Ist bei Gruppenwahl für die betreffende Gruppe oder bei gemeinsamer Wahl insgesamt nur ein gültiger Wahlvorschlag eingegangen, so werden in den Stimmzettel die Bewerber aus dem Wahlvorschlag in unveränderter Reihenfolge unter Angabe von Familiennamen, Vorname, Amts-, Berufs- oder Funktionsbezeichnung und Beschäftigungsstelle übernommen. ²Bei gruppenfremden Bewerbern ist auch die Gruppenzugehörigkeit aufzunehmen. ³Weitere Angaben dürfen die Stimmzettel nicht enthalten.

(4) Jeder Bewerber kann in dem Stimmzettel nur einmal aufgeführt werden.

§ 29

Stimmabgabe und Ermittlung der gewählten Bewerber bei Wahl nur eines Gruppenvertreters oder nur eines Personalratsmitglieds

(1) ¹Der Wähler hat auf dem Stimmzettel den Namen des Bewerbers anzukreuzen, für den er seine Stimme abgeben will. ²Kreuzt der Wähler mehrere Bewerber an, ist der Stimmzettel ungültig (§ 15 Abs. 1 Buchst. d).

(2) ¹Gewählt ist der Bewerber, der die meisten Stimmen erhalten hat. ²Bei gleicher Stimmzahl entscheidet das Los.

§ 30

Stimmabgabe und Ermittlung der gewählten Bewerber bei Vorliegen eines Wahlvorschlags

(1) ¹Der Wähler hat auf dem Stimmzettel den Namen der Bewerber anzukreuzen, für die er seine Stimme abgeben will. ²Einem Bewerber kann nicht mehr als eine Stimme gegeben werden. ³Der Wähler darf

- a) bei Gruppenwahl nicht mehr Namen ankreuzen, als Gruppenvertreter zu wählen sind,
- b) bei gemeinsamer Wahl nicht mehr Namen ankreuzen, als Personalratsmitglieder zu wählen sind.

⁴Kreuzt der Wähler mehr Namen an, als Bewerber zu wählen sind, ist der Stimmzettel ungültig (§ 15 Abs. 1 Buchst. d).

(2) ¹Bei Gruppenwahl sind die Bewerber in der Reihenfolge der jeweils höchsten auf sie entfallenen Stimmenzahlen gewählt. ²Bei gleicher Stimmzahl entscheidet das Los.

(3) ¹Bei gemeinsamer Wahl werden die den einzelnen Gruppen zustehenden Sitze mit den Bewerbern dieser Gruppe in der Reihenfolge der jeweils höchsten auf sie entfallenen Stimmenzahlen besetzt. ²Absatz 2 Satz 2 findet Anwendung.

Dritter Abschnitt

Wahl der Jugend- und Auszubildendenvertretung

§ 31

Jugend- und Auszubildendenversammlung

(1) ¹Vor der Wahl der Jugend- und Auszubildendenvertretung hat der Vorsitzende des Personalrats die zur Jugend- und Auszubildendenvertretung wahlberechtigten Beschäftigten (Art. 58 Abs. 1 BayPVG) in einer Jugend- und Auszubildendenversammlung in geeigneter Weise über Bedeutung, Zweck und Aufgaben der Jugend- und Auszubildendenvertretung und über den Wahlvorgang zu unterrichten. ²Die Jugend- und Auszubildendenversammlung wird vom Vorsitzenden der Jugend- und Auszubildendenvertretung oder, wenn eine Jugend- und Auszubildendenvertretung nicht besteht, vom Vorsitzenden des Wahlvorstands einberufen und geleitet.

(2) ¹Für die Studierenden an der Bayerischen Beamtenfachhochschule und die Lehrgangsteilnehmer an den Verwaltungsschulen des Freistaates Bayern findet die Jugend- und Auszubildendenversammlung vor den regelmäßigen Wahlen zu den Jugend- und Auszubildendenvertretungen an der jeweiligen Schule statt. ²Die Jugend- und Auszubildendenversammlung wird vom Vorsitzenden der Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung oder, wenn eine Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung nicht besteht, vom Vorsitzenden des Hauptwahlvorstands einberufen und geleitet; die Unterrichtung im Sinn des Absatzes 1 Satz 1 ist Aufgabe des Hauptpersonalrats, der hierfür ein Mitglied bestimmt.

(3) ¹Für die Lehrgangsteilnehmer an der Bayerischen Verwaltungsschule findet die Jugend- und Auszubildendenversammlung vor den regelmäßigen Wahlen zu den Jugend- und Auszubildendenvertretungen an den Ausbildungsorten der Schule statt. ²Die Jugend- und Auszubildendenversammlung wird vom Vorsitzenden der Bezirksjugend- und Auszubildendenvertretung bei der jeweiligen Bezirksregierung oder, wenn eine Bezirksjugend- und Auszubildendenvertretung nicht besteht, vom jeweiligen Vorsitzenden des Bezirkswahlvorstands einberufen und geleitet; die Unterrichtung im Sinn des Absatzes 1 Satz 1 ist Aufgabe des Bezirkspersonalrats bei der jeweiligen Bezirksregierung, der hierfür ein Mitglied bestimmt.

(4) Wahlbeeinflussung in der Jugend- und Auszubildendenversammlung ist unzulässig.

§ 32

Vorbereitung und Durchführung der Wahl

(1) ¹Für die Vorbereitung und Durchführung der Wahl der Jugend- und Auszubildendenvertretung gelten die §§ 1 bis 3, 6 bis 25, 28, 29, und 30 Abs. 1 entsprechend mit der Abweichung, daß sich die Zahl der zu wählenden Mitglieder der Jugend- und Auszubildendenvertretung ausschließlich aus Art. 59 Abs. 1 BayPVG ergibt und daß die Vorschriften über Gruppenwahl (Art. 19 Abs. 2 BayPVG), über den Minderheitenschutz (Art. 17 Abs. 3 und 4 BayPVG), über die Zusammenfassung der Bewerber

in den Wahlvorschlägen nach Gruppen (§ 8 Abs. 4 Satz 4) und über die Begrenzung der Zahl der abzugebenden Stimmen durch die Zahl der zu wählenden Gruppenvertreter bei der Stimmenhäufung (§ 25 Abs. 1 Satz 3 und Abs. 2 Satz 3) keine Anwendung finden. ²Der Wahlvorstand besteht aus drei Beschäftigten; ihm muß mindestens eine nach Art. 14 BayPVG wählbare Person, die nicht zur Jugend- und Auszubildendenvertretung wahlberechtigt ist, angehören.

(2) ¹Sind mehrere Mitglieder der Jugend- und Auszubildendenvertretung zu wählen und ist die Wahl auf Grund mehrerer Vorschlagslisten durchgeführt worden, so werden die auf sämtliche Bewerber einer jeden Vorschlagsliste entfallenen Stimmen zusammengezählt, die Gesamtstimmenzahlen der einzelnen Vorschlagslisten nebeneinander gestellt und der Reihe nach durch 1, 2, 3 usw. geteilt. ²Auf die jeweils höchste Teilzahl (Höchstzahl) wird solange ein Sitz zugeteilt, bis alle Sitze (Art. 59 Abs. 1 BayPVG) verteilt sind. ³Ist bei gleichen Höchstzahlen noch ein Sitz oder sind bei drei gleichen Höchstzahlen nur noch zwei Sitze zu verteilen, so entscheidet das Los. ⁴§ 26 Abs. 2 und 3 finden Anwendung.

(3) Sind mehrere Mitglieder der Jugend- und Auszubildendenvertretung zu wählen und ist die Wahl auf Grund eines Wahlvorschlags durchgeführt worden, so sind die Bewerber in der Reihenfolge der jeweils höchsten auf sie entfallenen Stimmenzahlen gewählt; bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Zweiter Teil

Wahl des Bezirkspersonalrats und der Bezirksjugend- und Auszubildendenvertretung

Erster Abschnitt

Wahl des Bezirkspersonalrats

§ 33

Entsprechende Anwendung der Vorschriften über die Wahl des Personalrats

Für die Wahl des Bezirkspersonalrats gelten die Vorschriften der §§ 1 bis 30 entsprechend, soweit sich aus den §§ 34 bis 42 nichts anderes ergibt.

§ 34

Leitung der Wahl

(1) ¹Der Bezirkswahlvorstand leitet die Wahl des Bezirkspersonalrats. ²Die Durchführung der Wahl in den einzelnen Dienststellen übernehmen die örtlichen Wahlvorstände im Auftrag und nach Richtlinien des Bezirkswahlvorstands.

(2) Der örtliche Wahlvorstand gibt die Namen der Mitglieder des Bezirkswahlvorstands, deren dienstliche Anschrift, dienstliche Telefonnummer und Telefaxnummer sowie die Namen etwaiger Ersatzmitglieder in der Dienststelle durch Aushang bis zum Abschluß der Wahl bekannt.

§ 35

Feststellung der Beschäftigtenzahl,
Wählerverzeichnis

(1) Die örtlichen Wahlvorstände stellen die Zahl der in den Dienststellen in der Regel tätigen Beschäftigten und ihre Verteilung auf die Gruppen fest und teilen diese Zahlen unverzüglich schriftlich dem Bezirkswahlvorstand mit.

(2) ¹Die Aufstellung der Wählerverzeichnisse und die Behandlung von Einsprüchen ist Aufgabe der örtlichen Wahlvorstände. ²Sie teilen dem Bezirkswahlvorstand die Zahl der wahlberechtigten Beschäftigten, getrennt nach den Gruppen, unverzüglich schriftlich mit. ³Der Anteil an Frauen und Männern bei den wahlberechtigten Beschäftigten insgesamt und in den einzelnen Gruppen ist festzustellen.

§ 36

Ermittlung der Zahl der zu wählenden
Bezirkspersonalratsmitglieder,
Verteilung der Sitze auf die Gruppen

(1) Der Bezirkswahlvorstand ermittelt die Zahl der zu wählenden Mitglieder des Bezirkspersonalrats und die Verteilung der Sitze auf die Gruppen.

(2) Ist eine abweichende Verteilung der Mitglieder des Bezirkspersonalrats auf die Gruppen nicht beschlossen worden und entfallen bei der Verteilung der Sitze nach § 5 Abs. 2 auf eine Gruppe weniger Sitze, als ihr nach Art. 53 Abs. 5 BayPVG mindestens zustehen, so erhält sie die in Art. 53 Abs. 5 BayPVG vorgeschriebene Zahl von Sitzen.

§ 37

Gleichzeitige Wahl

Die Wahl des Bezirkspersonalrats soll möglichst gleichzeitig mit der Wahl der Personalräte in demselben Bezirk stattfinden.

§ 38

Wahlausschreiben

(1) Der Bezirkswahlvorstand erläßt das Wahlausschreiben.

(2) Der örtliche Wahlvorstand gibt das Wahlausschreiben in der Dienststelle an einer oder mehreren geeigneten, den Wahlberechtigten zugänglichen Stellen durch Aushang in gut lesbarem Zustand bis zum Abschluß der Stimmabgabe bekannt.

(3) Das Wahlausschreiben muß enthalten

- a) Ort und Tag seines Erlasses;
- b) die Zahl der zu wählenden Mitglieder des Bezirkspersonalrats, getrennt nach den Gruppen;
- c) Angaben über die Anteile von Frauen und Männern bei den wahlberechtigten Beschäftigten im Geschäftsbereich insgesamt und in den einzelnen Gruppen;
- d) Angaben darüber, ob die Gruppen ihre Vertreter in getrennten Wahlgängen wählen (Gruppenwahl) oder vor Erlass des Wahlausschreibens gemeinsame Wahl beschlossen worden ist;
- e) den Hinweis, daß nur Beschäftigte wählen können, die in das Wählerverzeichnis eingetragen sind;

f) den Hinweis, daß Frauen und Männer im Bezirkspersonalrat entsprechend ihrem Anteil an den wahlberechtigten Beschäftigten im Geschäftsbereich vertreten sein sollen;

g) die Mindestzahl von wahlberechtigten Beschäftigten, von denen ein Wahlvorschlag unterzeichnet sein muß, soweit er nicht von einer in einer Dienststelle des Geschäftsbereichs vertretenen Gewerkschaft gemacht wird, und den Hinweis, daß jeder Bewerber nur auf einem Wahlvorschlag benannt werden kann;

h) den Hinweis, daß der Wahlvorschlag einer im Geschäftsbereich der Mittelbehörde vertretenen Gewerkschaft von zwei Beauftragten, die Beschäftigte im Geschäftsbereich der Mittelbehörde sein und einer dort vertretenen Gewerkschaft angehören müssen, unterzeichnet sein muß;

i) die Aufforderung, Wahlvorschläge innerhalb von fünfzig Kalendertagen nach dem Erlass des Wahlausschreibens und spätestens am zweifünftägigen Kalendertag vor dem ersten Tag der Stimmabgabe beim Bezirkswahlvorstand einzureichen; der letzte Zeitpunkt der Einreichungsfrist ist anzugeben;

k) den Hinweis, daß nur fristgerecht eingereichte Wahlvorschläge berücksichtigt werden und daß nur gewählt werden kann, wer in einen solchen Wahlvorschlag aufgenommen ist;

l) Ort und Zeit der Sitzung, in der das Wahlergebnis festgestellt wird.

(4) Findet die Wahl des Bezirkspersonalrats nicht gleichzeitig mit der Wahl des örtlichen Personalrats statt, ergänzt der örtliche Wahlvorstand das Wahlausschreiben durch die folgenden Angaben:

a) die Angabe, wo und wann das für die örtliche Dienststelle aufgestellte Wählerverzeichnis und diese Wahlordnung zur Einsicht ausliegen;

b) den Hinweis, daß Einsprüche gegen das Wählerverzeichnis nur binnen dreißig Kalendertagen seit Auslegung des Wählerverzeichnisses (§ 2 Abs. 3) schriftlich beim örtlichen Wahlvorstand eingelegt werden können; der letzte Tag der Einspruchsfrist ist anzugeben;

c) den Ort, an dem die Wahlvorschläge bekanntgegeben werden;

d) den Ort und die Tageszeit der Stimmabgabe;

e) einen Hinweis auf die Möglichkeit der schriftlichen Stimmabgabe (§§ 17, 42);

f) einen Hinweis darauf, für welche nachgeordneten Stellen, Nebenstellen oder Teile einer Dienststelle die schriftliche Stimmabgabe angeordnet wird (§ 19 Abs. 1 und 2), und wann und wo die Wahlunterlagen entgegengenommen werden können;

g) den Ort, an dem Einsprüche und andere Erklärungen gegenüber dem Wahlvorstand abzugeben sind.

(5) Bei gleichzeitiger Wahl von Bezirkspersonalrat und örtlichem Personalrat kann der Wahlvorstand die Angaben nach Absatz 4 durch einen Hinweis auf die entsprechenden Angaben im Wahlausschreiben des örtlichen Wahlvorstands ersetzen.

(6) Der örtliche Wahlvorstand vermerkt auf dem Wahlausschreiben den ersten und letzten Tag des Aushangs.

(7) Offenbare Unrichtigkeiten des Wahlausschreibens können vom Bezirkswahlvorstand, offenbare Unrichtigkeiten der Ergänzung des Wahlausschreibens vom örtlichen Wahlvorstand jederzeit berichtet werden.

(8) Mit Erlaß des Wahlausschreibens ist die Wahl eingeleitet.

§ 39

Bekanntmachung des Bezirkswahlvorstands

Bekanntmachungen nach den §§ 11 und 13 sind in gleicher Weise wie das Wahlausschreiben in den Dienststellen auszuhängen.

§ 40

Sitzungsniederschriften

(1) ¹Der Bezirkswahlvorstand fertigt eine Niederschrift über jede Sitzung, in der über die Ermittlung der Zahl der zu wählenden Mitglieder des Bezirkspersonalrats und die Verteilung der Sitze im Bezirkspersonalrat auf die Gruppen sowie über die Zulassung von Wahlvorschlägen entschieden wird. ²Die Niederschrift ist von sämtlichen Mitgliedern des Bezirkswahlvorstands zu unterzeichnen.

(2) Die Niederschrift über die Sitzungen, in denen über Einsprüche gegen das Wählerverzeichnis entschieden wird, fertigt der örtliche Wahlvorstand.

§ 41

Stimmabgabe, Stimmzettel

¹Findet die Wahl des Bezirkspersonalrats zugleich mit der Wahl der Personalräte statt, so sind für die schriftliche Stimmabgabe zu beiden Wahlen derselbe Wahlumschlag und derselbe Freiumschlag zu verwenden. ²Für die Wahl des Bezirkspersonalrats sind Stimmzettel von anderer Farbe als für die Wahl des Personalrats zu verwenden.

§ 42

Schriftliche Stimmabgabe, Briefwahl

(1) ¹Gehören in einer Dienststelle einer Gruppe in der Regel nicht mehr als fünf wahlberechtigte Beschäftigte an, so können diese ihre Stimme zur Wahl des Bezirkspersonalrats nur schriftlich beim Bezirkswahlvorstand abgeben. ²Der örtliche Wahlvorstand hat die Wahlpapiere (§ 17 Abs. 1) von Amts wegen zur Verfügung zu stellen.

(2) ¹Der örtliche Wahlvorstand vermerkt die Aushändigung oder Versendung der Wahlpapiere jeweils im Wählerverzeichnis und setzt den Bezirkswahlvorstand hiervon in Kenntnis, der auf Grund dieser Mitteilung ein besonderes Wählerverzeichnis aufstellt. ²§ 17 Abs. 1 und 2 und § 18 finden entsprechende Anwendung.

§ 43

Feststellung und Bekanntmachung des Wahlergebnisses

(1) ¹Die örtlichen Wahlvorstände zählen die abgegebenen Stimmen gemäß § 20 Abs. 3 zusammen.

²Sie fertigen eine Wahl Niederschrift gemäß § 21.

(2) ¹Die Niederschrift ist unverzüglich nach Feststellung des Wahlergebnisses dem Bezirkswahlvorstand eingeschrieben oder fernschriftlich und mit nachfolgendem einfachen Brief zu übersenden. ²Die bei der Dienststelle entstandenen Unterlagen für die Wahl des Bezirkspersonalrats (§ 24) werden zusammen mit einer Abschrift der Niederschrift vom Personalrat aufbewahrt.

(3) Der Bezirkswahlvorstand zählt unverzüglich, spätestens am achten Kalendertag nach Beendigung der Stimmabgabe, im Fall der Verhältniswahl die auf sämtliche Bewerber, bei gemeinsamer Wahl auch die auf sämtliche Bewerber gleicher Gruppenzugehörigkeit einer jeden Vorschlagsliste sowie die auf die einzelnen Bewerber innerhalb der Vorschlagsliste, im Fall der Personenwahl die auf jeden einzelnen Bewerber entfallenden Stimmen zusammen und stellt das Ergebnis der Wahl fest.

(4) ¹Sobald die Namen der als Mitglieder des Bezirkspersonalrats gewählten Bewerber feststehen, teilt sie der Bezirkswahlvorstand den örtlichen Wahlvorständen mit. ²Die örtlichen Wahlvorstände geben sie durch zweiwöchigen Aushang in der gleichen Weise wie das Wahlausschreiben bekannt.

Zweiter Abschnitt

Wahl der Bezirksjugend- und Auszubildendenvertretung

§ 44

Bestellung des Bezirkswahlvorstands

¹Der Bezirkspersonalrat bestellt den Bezirkswahlvorstand und seinen Vorsitzenden (Art. 64 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 60 Abs. 1 Satz 1 BayPVG). ²Dem Bezirkswahlvorstand muß mindestens eine nach Art. 14 BayPVG wählbare Person, die nicht zur Bezirksjugend- und Auszubildendenvertretung wahlberechtigt ist, angehören.

§ 45

Vorbereitung und Durchführung der Wahl

(1) Für die Vorbereitung und Durchführung der Wahl der Bezirksjugend- und Auszubildendenvertretung gelten die §§ 1 bis 3, 6 Abs. 1, §§ 7 bis 25, 28, 29, 30 Abs. 1, 34 bis 43 entsprechend mit der Abweichung, daß sich die Zahl der zu wählenden Mitglieder der Bezirksjugend- und Auszubildendenvertretung ausschließlich aus Art. 59 Abs. 1 BayPVG ergibt und daß die Vorschriften über Gruppenwahl (Art. 19 Abs. 2 BayPVG), über den Minderheitenschutz (Art. 17 Abs. 3 und 4 BayPVG), über die Zusammenfassung der Bewerber in den Wahlvorschlägen nach Gruppen (§ 8 Abs. 4 Satz 4) und über die Begrenzung der Zahl der abzugebenden Stimmen durch die Zahl der zu wählenden Gruppenvertreter bei der Stimmenhäufung (§ 25 Abs. 1 Satz 3 und Abs. 2 Satz 3) keine Anwendung finden.

(2) § 32 Abs. 2 und 3 gelten entsprechend.

Dritter Teil

Wahl des Hauptpersonalrats und der Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung

Erster Abschnitt

Wahl des Hauptpersonalrats

§ 46

Entsprechende Anwendung der Vorschriften über die Wahl des Bezirkspersonalrats

Für die Wahl des Hauptpersonalrats gelten die Vorschriften der §§ 33 bis 43 entsprechend, soweit sich aus den §§ 47 bis 50 nichts anderes ergibt.

§ 47

Leitung der Wahl

(1) ¹Der Hauptwahlvorstand leitet die Wahl des Hauptpersonalrats. ²Die Durchführung der Wahl in den einzelnen Dienststellen übernehmen die örtlichen Wahlvorstände im Auftrag und nach den Richtlinien des Hauptwahlvorstands.

(2) Der örtliche Wahlvorstand gibt die Namen der Mitglieder des Hauptwahlvorstands, deren dienstliche Anschrift, dienstliche Telefonnummer und Telefaxnummer sowie die Namen etwaiger Ersatzmitglieder in der Dienststelle durch Aushang bis zum Abschluß der Wahl bekannt.

§ 48

Durchführung der Wahl nach Bezirken

(1) ¹Der Hauptwahlvorstand kann die bei den Mittelbehörden bestehenden Bezirkswahlvorstände oder die auf sein Ersuchen dort bestellten örtlichen Wahlvorstände beauftragen,

- a) die von den örtlichen Wahlvorständen im Bereich der Mittelbehörde festzustellenden Zahlen der in der Regel tätigen Beschäftigten und ihre Verteilung auf die Gruppen zusammenzustellen,
- b) die Zahl der im Bereich der Mittelbehörde wahlberechtigten Beschäftigten, getrennt nach den Gruppen, sowie den Anteil an Frauen und Männern bei den wahlberechtigten Beschäftigten insgesamt und in den einzelnen Gruppen festzustellen,
- c) die bei den Dienststellen im Bereich der Mittelbehörde festgestellten Wahlergebnisse zusammenzustellen,
- d) Bekanntmachungen des Hauptwahlvorstands an die übrigen örtlichen Wahlvorstände im Bereich der Mittelbehörden weiterzuleiten.

²Die Wahlvorstände bei den Mittelbehörden unterrichten in diesen Fällen die übrigen örtlichen Wahlvorstände im Bereich der Mittelbehörden darüber, daß die in den Buchstaben a bis c genannten Angaben an sie einzusenden sind.

(2) Die Wahlvorstände bei den Mittelbehörden fertigen über die Zusammenstellung der Wahlergebnisse (Absatz 1 Buchst. c) eine Niederschrift.

(3) Die Wahlvorstände bei den Mittelbehörden übersenden dem Hauptwahlvorstand unverzüglich eingeschrieben oder fernschriftlich und mit nachfolgendem einfachen Brief die in Absatz 1 Buchst. a und b genannten Zusammenstellungen und die Niederschrift über die Zusammenstellung der Wahlergebnisse (Absatz 2).

§ 49

Schriftliche Stimmabgabe, Briefwahl

(1) ¹Gehören in einer Dienststelle im Geschäftsbereich der obersten Dienstbehörde einer Gruppe in der Regel nicht mehr als fünf wahlberechtigte Beschäftigte an, so können diese ihre Stimme zur Wahl des Hauptpersonalrats nur schriftlich beim Hauptwahlvorstand abgeben. ²Der örtliche Wahlvorstand hat die Wahlpapiere (§ 17 Abs. 1) von Amts wegen zur Verfügung zu stellen.

(2) ¹Der örtliche Wahlvorstand vermerkt die Aushändigung oder Versendung der Wahlpapiere jeweils im Wählerverzeichnis und setzt den Hauptwahlvorstand hiervon in Kenntnis, der auf Grund dieser Mitteilung ein besonderes Wählerverzeichnis aufstellt. ²§ 17 Abs. 1 und 2 und § 18 finden entsprechende Anwendung.

§ 50

Feststellung des Wahlergebnisses

Für die Feststellung des Wahlergebnisses verlängert sich die Frist des § 43 Abs. 3 um weitere vier Kalendertage.

Zweiter Abschnitt

Wahl der Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung

§ 51

Bestellung des Hauptwahlvorstands

¹Der Hauptpersonalrat bestellt den Hauptwahlvorstand und seinen Vorsitzenden (Art. 64 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 60 Abs. 1 Satz 1 BayPVG). ²Dem Hauptwahlvorstand muß mindestens eine nach Art. 14 BayPVG wählbare Person, die nicht zur Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung wahlberechtigt ist, angehören.

§ 52

Vorbereitung und Durchführung der Wahl

Für die Wahl der Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung gelten die Vorschriften der §§ 45 und 47 bis 50 entsprechend.

Vierter Teil

Wahl des Gesamtpersonalrats und der Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung

§ 53

Entsprechende Anwendung der Vorschriften über die Wahl des Personalrats

(1) Für die Wahl des Gesamtpersonalrats gelten die Vorschriften der §§ 1 bis 30 und 34 bis 43 entsprechend.

(2) ¹Für die Wahl der Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung gilt § 45 entsprechend. ²Der Gesamtpersonalrat bestellt den Wahlvorstand für die Wahl der Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung und dessen Vorsitzenden (Art. 64 Abs. 2 und Abs. 1 Satz 2 in Verbindung mit Art. 60 Abs. 1 Satz 1 BayPVG). ³Dem Wahlvorstand für die Wahl der Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung muß mindestens eine nach Art. 14 BayPVG wählbare Person, die nicht zur Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung wahlberechtigt ist, angehören.

Fünfter Teil

Durchführung von Teilwiederholungswahlen

§ 54

(1) ¹Die Durchführung von Teilwiederholungswahlen in den von der Wahlanfechtung betroffenen Dienststellen (Art. 53a BayPVG) obliegt auf allen Stufen den mit der Durchführung der teilweise angefochtenen Wahlen betrauten Wahlvorständen. ²Das Amt des Wahlvorstands endet insoweit nicht mit der Bestellung des Wahlleiters in der konstituierenden Sitzung (Art. 34 Abs. 1 Satz 2 BayPVG).

(2) Spätestens am dritten Arbeitstag nach Rechtskraft der Entscheidung (Art. 53a Abs. 2 Satz 3 BayPVG) gibt der Wahlvorstand für die Wahl der Stufenvertretung die Namen seiner Mitglieder, deren dienstliche Anschrift, dienstliche Telefonnummer und Telefaxnummer sowie die Namen etwaiger Ersatzmitglieder in den Dienststellen, für deren Bereich die Wahl für ungültig erklärt worden ist, durch Aushang bis zum Abschluß der Stimmabgabe bekannt.

(3) ¹Die Teilwiederholungswahl findet nach denselben Vorschriften, denselben Wahlvorschlägen und auf Grund derselben Wählerverzeichnisse statt, soweit nicht die Entscheidung hinsichtlich der Wahlvorschläge und Wählerverzeichnisse Abweichungen vorschreibt. ²Diejenigen Schritte des Wahlverfahrens, die von der Wahlanfechtung und der Entscheidung nicht betroffen sind, hat der Wahlvorstand nicht zu wiederholen; die Gesamtdauer des Wahlverfahrens verkürzt sich entsprechend. ³Die Auslegung des Wählerverzeichnisses, der Erlaß des Wahlausschreibens und die Bekanntgabe der Wahlvorschläge haben stets zu erfolgen. ⁴Vorabstimmungen nach § 4 finden nicht statt.

(4) Die Bekanntmachung des Wahlergebnisses auf Grund der Teilwiederholungswahl erfolgt in allen Dienststellen des Geschäftsbereichs der jeweiligen Mittelbehörde oder obersten Dienstbehörde.

(5) Ergibt sich durch die Teilwiederholungswahl keine Änderung in der Zusammensetzung der Mitglieder der Stufenvertretung, so erübrigt sich eine neuerliche konstituierende Sitzung (Art. 34 Abs. 1 Satz 1 BayPVG).

(6) Die vorstehenden Regelungen gelten für die Teilwiederholungswahl des Gesamtpersonalrats sowie der Stufen- und Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung entsprechend.

Sechster Teil

Wahl der Vertrauensperson der ausländischen Beschäftigten, die nicht die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats der Europäischen Gemeinschaften besitzen

§ 55

Wahlvorstand

(1) ¹Spätestens vier Wochen vor Ablauf der Amtszeit der Vertrauensperson bestellt der Personalrat drei Wahlberechtigte (Art. 13 BayPVG) als Wahlvorstand und einen von ihnen als Vorsitzenden. ²Dem Wahlvorstand muß mindestens eine nach Art. 14 BayPVG wählbare Person, die nicht zur Vertrauensperson wahlberechtigt ist (Art. 65 Abs. 1 Satz 1 BayPVG), angehören. ³Sind in der Dienststelle Angehörige verschiedener ausländischer Nationen beschäftigt, soll deren Stärke bei der Besetzung des Wahlvorstands angemessen berücksichtigt werden.

(2) Für den Wahlvorstand gelten § 1 Abs. 1, 2, 3, 4 und 6, § 2 Abs. 1 und 2 und § 3 entsprechend mit der Abweichung, daß die Frist des § 3 Abs. 1 auf zehn Kalendertage gekürzt wird und die Vorschriften über die Gruppenwahl und über die Feststellung des Anteils an Frauen und Männern bei den wahlberechtigten Beschäftigten insgesamt und in den einzelnen Gruppen (Art. 17 Abs. 2 BayPVG) keine Anwendung finden.

(3) Der Wahlvorstand gibt die Namen seiner Mitglieder, deren dienstliche Anschrift, dienstliche Telefonnummer und Telefaxnummer sowie die Namen etwaiger Ersatzmitglieder unverzüglich nach seiner Benennung in der Dienststelle durch Aushang bis zum Abschluß der Wahl bekannt.

(4) Das Wählerverzeichnis oder eine Abschrift davon ist unverzüglich nach Einleitung der Wahl (§ 56 Abs. 5) bis zum Abschluß der Stimmabgabe an geeigneter Stelle zur Einsicht auszuliegen.

§ 56

Wahlausschreiben

(1) ¹Spätestens drei Wochen vor dem letzten Tag der Abstimmung erläßt der Wahlvorstand ein Wahlausschreiben. ²Es ist von sämtlichen Mitgliedern des Wahlvorstands zu unterschreiben.

(2) Das Wahlausschreiben muß enthalten

- a) Ort und Tag seines Erlasses;
- b) die Angabe, daß eine Vertrauensperson und höchstens zwei Stellvertreter zu wählen sind;
- c) die Angabe, wo und wann das Wählerverzeichnis und diese Wahlordnung zur Einsicht ausliegen;
- d) den Hinweis, daß nur Beschäftigte wählen können, die in das Wählerverzeichnis eingetragen sind;
- e) den Hinweis, daß Einsprüche gegen das Wählerverzeichnis nur binnen zehn Kalendertagen seit dessen Auslegung (§ 55 Abs. 4) schriftlich beim Wahlvorstand eingelegt werden können; der letzte Tag der Einspruchsfrist ist anzugeben;

- f) die Mindestzahl von wahlberechtigten ausländischen Beschäftigten, von denen ein Wahlvorschlag unterzeichnet sein muß, soweit er nicht von einer der in der Dienststelle vertretenen Gewerkschaften gemacht wird, und den Hinweis, daß jeder Bewerber für die Wahl der Vertrauensperson nur auf einem Wahlvorschlag benannt werden kann;
- g) die Aufforderung, Wahlvorschläge innerhalb von neun Kalendertagen nach dem Erlaß des Wahlausschreibens beim Wahlvorstand einzureichen; der letzte Zeitpunkt der Einreichungsfrist ist anzugeben;
- h) den Hinweis, daß nur fristgerecht eingereichte Wahlvorschläge berücksichtigt werden und daß nur gewählt werden kann, wer in einen solchen Wahlvorschlag aufgenommen ist;
- i) den Ort, an dem die Wahlvorschläge bekanntgegeben werden;
- k) den Ort und die Zeit der Stimmabgabe;
- l) den Hinweis, daß in einer Versammlung der wahlberechtigten ausländischen Beschäftigten durch Handaufheben gewählt wird, soweit nicht ein Wahlberechtigter diesem Verfahren widerspricht; in diesem Fall wird eine geheime Wahl mit Stimmzetteln vorgenommen.

(3) ¹Der Wahlvorstand hat eine Abschrift oder einen Abdruck des Wahlausschreibens und dieser Wahlordnung vom Tag des Erlasses bis zum Abschluß der Stimmabgabe an einer oder an mehreren geeigneten, den Wahlberechtigten zugänglichen Stellen auszuhängen und in gut lesbarem Zustand zu erhalten. ²Soweit erforderlich und möglich, sollen auch Übersetzungen des Wahlausschreibens in die Sprachen der Wahlberechtigten ausgehängt werden.

(4) Offenbare Unrichtigkeiten des Wahlausschreibens können vom Wahlvorstand jederzeit berichtigt werden.

(5) Mit Erlaß des Wahlausschreibens ist die Wahl eingeleitet.

§ 57

Wahlvorschläge

(1) ¹Zur Wahl der Vertrauensperson können die wahlberechtigten ausländischen Beschäftigten, die nicht die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats der Europäischen Gemeinschaften besitzen, und die in der Dienststelle vertretenen Gewerkschaften Wahlvorschläge machen. ²Wahlvorschläge können nur für die Wahl der Vertrauensperson eingereicht werden. ³Jeder Wahlvorschlag darf nur einen Bewerber enthalten und muß, soweit er nicht von einer der in der Dienststelle vertretenen Gewerkschaften gemacht wird, von mindestens drei Wahlberechtigten unterzeichnet sein. ⁴Jeder Bewerber kann nur auf einem Wahlvorschlag benannt werden. ⁵§ 8 Abs. 4 Satz 2 und Abs. 6 und die §§ 9 bis 14 Abs. 1 gelten entsprechend mit der Abweichung, daß die Ordnungsnummern der Wahlvorschläge auf allen Stufen und Ebenen getrennt durch Los zu ermitteln sind; die Frist in § 13 Abs. 1 Satz 1 wird auf fünf Kalendertage gekürzt.

(2) ¹Der Wahlvorschlag einer in der Dienststelle vertretenen Gewerkschaft muß von einer von dieser Gewerkschaft beauftragten Person unterzeichnet sein. ²Die unterzeichnende Person, die an erster Stelle steht, gilt als Listenvertreter.

(3) Die Wahlvorschläge sind innerhalb von neun Kalendertagen nach dem Erlaß des Wahlausschreibens einzureichen.

§ 58

Wahlhandlung

(1) ¹Die Vertrauensperson und ihre Stellvertreter werden in einer Versammlung der wahlberechtigten ausländischen Beschäftigten (Art. 65 Abs. 1 Satz 1 BayPVG) gewählt. ²Die Versammlung wird vom Vorsitzenden des Wahlvorstands, im Verhinderungsfalle von einem anderen Mitglied des Wahlvorstands, geleitet. ³Vor Beginn der Stimmabgabe hat sich der Wahlvorstand davon zu überzeugen, daß nur ausländische Beschäftigte anwesend sind, die in das Wählerverzeichnis eingetragen sind.

(2) ¹Gewählt wird durch Handaufheben. ²Es wird über jeden Wahlvorschlag in der Reihenfolge der zugelassenen Ordnungsnummer einzeln abgestimmt. ³Der Wahlvorstand hat jeweils sofort die Anzahl der Ja- und Nein-Stimmen – Stimmenthaltung gilt als Ablehnung – festzustellen und bekanntzugeben. ⁴Gewählt zur Vertrauensperson ist der Bewerber, der in einem Wahlgang die höchste Stimmenzahl erreicht hat. ⁵Erster Stellvertreter ist der Bewerber mit der zweithöchsten Stimmenzahl, zweiter Stellvertreter der Bewerber mit der dritthöchsten Stimmenzahl. ⁶Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los.

(3) ¹Über das Wahlergebnis fertigt der Wahlvorstand eine Niederschrift, die von sämtlichen Mitgliedern des Wahlvorstands zu unterzeichnen ist. ²Die Niederschrift muß die Zahl der in den einzelnen Wahlgängen abgegebenen Stimmen, die Namen der Bewerber, die für jeden Bewerber abgegebene Zahl der Stimmen, die Zahl der ungültigen Stimmen und die Namen der gewählten Bewerber enthalten.

(4) Die Wahlunterlagen (Niederschriften, Bekanntmachungen usw.) werden von dem für die Dienststelle zuständigen Personalrat mindestens bis zur nächsten Wahl der Vertrauensperson aufbewahrt.

(5) ¹Widerspricht eine wahlberechtigte Person der Wahl durch Handaufheben, so wird eine geheime Wahl mit Stimmzetteln vorgenommen. ²§ 14 Abs. 1, Abs. 2 Satz 1, Abs. 3 Satz 2, § 15 Abs. 1 und 2, §§ 16, 20 bis 24, 28 Abs. 1, 2 und 4 und § 29 sowie Absatz 2 Satz 5 gelten entsprechend. ³Kann die geheime Wahl nicht sofort in der Versammlung durchgeführt werden, setzt der Wahlvorstand Ort und Zeit für diese Stimmabgabe sogleich fest und gibt dies in der Versammlung bekannt.

§ 59

Vorbereitung und Durchführung der Wahl der Bezirks-, Haupt- und Gesamtvertrauensperson

(1) ¹Gibt es bei mindestens drei Dienststellen im Geschäftsbereich einer Mittelbehörde eine Ver-

trauensperson, so bestellt der Bezirkspersonalrat drei Wahlberechtigte als Wahlvorstand und einen von ihnen als Vorsitzenden; § 55 Abs. 1 bis 3 gelten entsprechend. ²Der Wahlvorstand stellt ein Verzeichnis der wahlberechtigten Vertrauenspersonen (Wählerverzeichnis) auf; § 2 Abs. 2 Satz 3, § 3 sowie § 55 Abs. 4 gelten entsprechend mit der Maßgabe, daß die Frist des § 3 Abs. 1 auf zehn Kalendertage gekürzt wird. ³Für den Erlaß des Wahlausschreibens gilt § 56 entsprechend. ⁴Zur Wahl der Bezirksvertrauensperson können die wahlberechtigten Vertrauenspersonen und die in einer Dienststelle des Geschäftsbereichs der Mittelbehörde vertretenen Gewerkschaften Wahlvorschläge machen. ⁵Jeder Wahlvorschlag darf nur einen Bewerber enthalten; § 57 Abs. 1 Sätze 2, 4 und 5, Abs. 2 und 3 finden Anwendung. ⁶Die Wahl der Bezirksvertrauensperson und ihrer Stellvertreter erfolgt in einer Versammlung der wahlberechtigten Vertrauenspersonen; § 58 gilt entsprechend.

(2) Für die Wahl der Hauptvertrauensperson und der Gesamtvertrauensperson gilt Absatz 1 entsprechend.

Siebter Teil

Wahl der Vertrauensperson der Beamten in Ausbildung und der nicht zum Stammpersonal gehörenden Beamten der Einsatzstufen bei der Bayerischen Bereitschaftspolizei

§ 60

(1) Für die Wahl der Vertrauensperson und ihrer Stellvertreter gelten § 1 Abs. 1 bis 4, Abs. 6, § 2 Abs. 1 und 2, §§ 3 und 6, § 7 Abs. 2, § 8 Abs. 4 Satz 2 und Abs. 6, §§ 9 bis 16, 20, 22, 23 und 61 sinngemäß, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist, und mit der Abweichung, daß die Vorschriften über die Gruppenwahl (Art. 19 Abs. 2 BayPVG) und die Feststellung der Anteile von Frauen und Männern an den Wahlberechtigten insgesamt und in den einzelnen Gruppen (Art. 17 Abs. 2 BayPVG) keine Anwendung finden.

(2) Die Frist in § 3 Abs. 1 wird auf zehn Kalendertage, die Frist in § 6 Abs. 1 auf einundzwanzig Kalendertage, die Fristen in § 6 Abs. 2 Buchst. 1 und § 7 Abs. 2 auf neun Kalendertage, die Frist in § 10 Abs. 5 auf drei Kalendertage und die Frist in § 13 Abs. 1 auf fünf Kalendertage gekürzt.

(3) Der Wahlvorstand gibt die Namen seiner Mitglieder, deren dienstliche Anschrift, dienstliche Telefonnummer und Telefaxnummer sowie die Namen etwaiger Ersatzmitglieder unverzüglich nach seiner Benennung in der Dienststelle durch Aushang bis zum Abschluß der Wahl bekannt.

(4) Das Wählerverzeichnis oder eine Abschrift davon ist unverzüglich nach Einleitung der Wahl bis zum Abschluß der Stimmabgabe an geeigneter Stelle zur Einsicht auszulegen.

(5) ¹Wahlvorschläge können nur für die Wahl der Vertrauensperson eingereicht werden. ²Jeder Wahlvorschlag der wahlberechtigten Beamten muß von

zehn Wahlberechtigten unterzeichnet sein. ³Bei Wahlvorschlägen der in der Dienststelle vertretenen Gewerkschaften ist die Unterzeichnung durch eine beauftragte Person ausreichend; die unterzeichnende Person, die an erster Stelle steht, gilt als Listenvertreter. ⁴Die Vertrauensperson und jede ihrer Stellvertreter werden in besonderen Wahlgängen gewählt. ⁵Aus den nicht zur Vertrauensperson gewählten Bewerbern wird der erste Stellvertreter, aus den restlichen Bewerbern der zweite Stellvertreter gewählt. ⁶Dieses Verfahren ist im Wahlausschreiben bekanntzugeben. ⁷Bei jedem Wahlgang sollen Stimmzettel von verschiedener Farbe verwendet werden.

(6) ¹Über das Wahlergebnis fertigt der Wahlvorstand eine Niederschrift, die von sämtlichen Mitgliedern des Wahlvorstands zu unterzeichnen ist. ²Die Niederschrift muß die Zahl der abgegebenen Stimmen, die Namen der gewählten Bewerber, die für jeden Bewerber abgegebene Zahl der Stimmen und die Zahl der ungültigen Stimmen enthalten.

(7) Die Wahlunterlagen (Niederschriften, Bekanntmachungen, Stimmzettel usw.) werden von dem für die Hundertschaft zuständigen Personalrat mindestens bis zur nächsten Wahl der Vertrauensperson aufbewahrt.

Achter Teil

Schlußvorschriften

§ 61

Berechnung von Fristen

¹Für die Berechnung der in dieser Verordnung festgelegten Fristen finden die §§ 186 bis 193 des Bürgerlichen Gesetzbuchs entsprechende Anwendung. ²Arbeitstage im Sinn dieser Verordnung sind die Wochentage Montag bis Freitag mit Ausnahme der gesetzlichen Feiertage.

§ 62

Inkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt am 1. Februar 1996 in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die **Wahlordnung zum Bayerischen Personalvertretungsgesetz (WO-BayPVG)** vom 2. Mai 1974 (BayRS 2035-2-F) außer Kraft.

(3) Die §§ 55 bis 59 treten mit Ablauf des 31. Juli 1998 außer Kraft.

München, den 12. Dezember 1995

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. Edmund Stoiber

861-2-A

**Verordnung
zur Änderung der
Verordnung zur Ausführung des
Elften Buchs Sozialgesetzbuch (SGB XI)
Soziale Pflegeversicherung**

Vom 19. Dezember 1995

Auf Grund von § 76 Abs. 5 und § 92 Abs. 4 des Elften Buchs Sozialgesetzbuch (SGB XI) vom 26. Mai 1994 (BGBl I S. 1014), geändert durch Gesetz vom 29. Juli 1994 (BGBl I S. 1890, 1927), und Art. 13 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 des Gesetzes zur Ausführung des Elften Buchs (XI) Sozialgesetzbuch – Soziale Pflegeversicherung (AGPflegeVG) vom 7. April 1995 (GVBl S. 153, BayRS 861-1-A) erläßt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

Die **Verordnung zur Ausführung des Elften Buchs Sozialgesetzbuch (SGB XI) Soziale Pflegeversicherung – AVPflegeVG** – vom 10. Januar 1995 (GVBl S. 3, BayRS 861-2-A) wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

a) Es werden folgende Abschnitte III und IV eingefügt:

„Abschnitt III

Förderung von Pflegeeinrichtungen

- § 27 Grundsätze
- § 28 Fördervoraussetzungen
- § 29 Art und Gegenstand der Förderung
- § 30 Förderfähige Aufwendungen
- § 31 Höhe der Förderung
- § 32 Verfahren bei staatlicher Förderung

Abschnitt IV

Gesondert berechenbare
Investitionsaufwendungen

- § 33 Begriff
- § 34 Laufzeit
- § 35 Verteilung auf Pflegebedürftige
- § 36 Verfahren
- § 37 Vereinbarung
- § 38 Bereits bestehende Pflegeeinrichtungen“

b) Der bisherige Abschnitt III „Schlußvorschriften“ wird Abschnitt V; der bisherige „§ 27 Inkrafttreten“ wird durch

- „§ 39 Inkrafttreten
 - § 40 Übergangsregelungen“
- ersetzt.

2. § 21 erhält folgende Fassung:

„§ 21

Entscheidung

(1) ¹Die Entscheidung der Schiedsstelle ist vom vorsitzenden Mitglied in dem Termin, in dem die mündliche Verhandlung geschlossen wird, unter Mitteilung der wesentlichen Gründe zu verkünden. ²Die Entscheidung ist vom vorsitzenden Mitglied schriftlich abzufassen und zu begründen. ³Sie ist den Parteien zuzustellen; dies soll binnen zwei Wochen nach Verkündung geschehen.

(2) Die Entscheidungen im schriftlichen Verfahren sind den Parteien zuzustellen.“

3. Dem § 23 Abs. 1 werden folgende Sätze 3 und 4 angefügt:

„³Die in § 9 Abs. 2 genannten Organisationen können in Ausnahmefällen eine von Satz 2 abweichende Vereinbarung mit Genehmigung des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit schließen. ⁴Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die vereinbarte Gesamtentschädigung höher ist, als bei Anwendung der Fallpauschalen-Regelung nach Satz 2.“

4. Es werden folgende Abschnitte III und IV eingefügt:

„Abschnitt III

Förderung von Pflegeeinrichtungen

§ 27

Grundsätze

(1) ¹Der Freistaat Bayern gewährt nach Maßgabe dieses Abschnitts und der allgemeinen haushaltsrechtlichen Bestimmungen Zuwendungen für die Finanzierung betriebsnotwendiger Investitionsaufwendungen bei bedarfsgerechten teil- und vollstationären Pflegeeinrichtungen sowie Einrichtungen der Kurzzeitpflege. ²Die staatliche Förderung erfolgt nach Maßgabe der im Staatshaushalt bereitgestellten Mittel.

(2) ¹Die nach Art. 5, 6 und 7 AGPflegeVG zuständigen Aufgabenträger gewähren nach Maßgabe dieses Abschnitts und ihrer allgemeinen haushaltsrechtlichen Bestimmungen Zuwendungen für die Finanzierung betriebsnotwendiger Investitionsaufwendungen bei bedarfsgerechten Pflegediensten, teil- und vollstationären Pflegeeinrichtungen sowie Einrichtungen der Kurzzeitpflege.

(3) ¹Die staatliche Förderung setzt jeweils eine Beteiligung der nach Art. 5, 6 und 7 AGPfleVG zuständigen Aufgabenträger in gleicher Höhe voraus. ²Die kommunale Förderung kann die in § 31 genannte Förderhöhe übersteigen.

§ 28

Fördervoraussetzungen

(1) ¹Nach den Vorschriften dieses Abschnitts werden bedarfsgerechte Pflegeeinrichtungen, die auf Grund eines Vertrags mit den Pflegekasernen Pflegeleistungen nach dem SGB XI erbringen, gefördert, wenn sie den Qualitätsvorgaben des SGB XI und den darauf beruhenden Vorschriften sowie den fachlichen Zielen des Landes und dem Grundsatz der Vernetzung entsprechen. ²Sind diese Voraussetzungen nicht erfüllt, kann die zuständige Behörde im Förderbescheid angemessene Fristen zur Erfüllung einzelner Voraussetzungen einräumen; für den Fall des Nichteintritts der Voraussetzungen sind sofort fällige und realisierbare Sicherheiten zur Rückführung der Mittel zu stellen.

(2) ¹Pflegedienste haben darüber hinaus ihre Leistungen, gegebenenfalls im Verbund mit anderen, rund um die Uhr zu erbringen und müssen die Betreuungspersonen der Pflegebedürftigen wie diese selbst auch durch Beratung und fachliche Hilfe unterstützen. ²Sie sind verpflichtet, die Pflege durch Fachpersonal oder fachgerecht fortgebildetes Personal in ausreichender Zahl durchzuführen.

(3) ¹Die nach Art. 5, 6 und 7 AGPfleVG zuständigen Aufgabenträger können die Förderung der betriebsnotwendigen Investitionsaufwendungen von weiteren Voraussetzungen abhängig machen, soweit diese zur fachlichen Ergänzung des örtlichen Pflegeangebots erforderlich sind. ²Wenn die pflegerische Versorgung im jeweiligen Einzugsgebiet es aus fachlichen oder wirtschaftlichen Gründen erfordert, können die nach Art. 5, 6 und 7 AGPfleVG zuständigen Aufgabenträger im Einzelfall von fachlichen Anforderungen abweichen.

(4) ¹Die Bewilligung der Fördermittel erfolgt mit der Maßgabe, daß die geförderten Pflegeplätze mindestens 30 Jahre, bei Förderung für Miet- und Pacht aufwendungen mindestens während des Förderzeitraums entsprechend dem Verwendungszweck verwendet werden. ²Bei Änderung des Nutzungszwecks vor Ablauf dieser Frist ist ein zeitanteiliger Betrag zurückzufordern, soweit keine Nutzung für Pflege mehr erfolgt.

§ 29

Art und Gegenstand der Förderung

(1) ¹Teil- und vollstationäre Pflegeeinrichtungen sowie Einrichtungen der Kurzzeitpflege in den Bereichen Altenpflege und Pflege für AIDS-kranke Menschen werden bei Schaffung von Pflegeplätzen durch Neu- oder Umbau mit Investitionspauschalen (Festbeträge) gefördert. ²Das gleiche gilt, wenn durch alleinige Förderung der Erstausrüstung der Inneneinrichtung teilstationäre Pflegeplätze oder Kurzzeitpflegeplätze geschaffen werden.

(2) ¹Teilstationäre Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Kurzzeitpflege in den Bereichen Altenpflege und Pflege für AIDS-kranke Menschen werden für Miet- und Pacht aufwendungen nach § 82 Abs. 2 Nr. 3 SGB XI durch einmalige Festbeträge für bis zu fünf Jahre, längstens bis 31. Dezember 2002, gefördert. ²Eine Förderung von Miet- und Pacht aufwendungen kann nur an Stelle einer Förderung für Neu- oder Umbau erfolgen.

(3) ¹Teil- und vollstationäre Pflegeeinrichtungen sowie Einrichtungen der Kurzzeitpflege in den Bereichen Altenpflege und Pflege für AIDS-kranke Menschen werden für Modernisierungsmaßnahmen, die über Instandsetzungs- und Instandhaltungsmaßnahmen hinausgehen und nicht auf deren Unterlassen beruhen, durch Anteilfinanzierung gefördert. ²Die förderfähigen Gesamtkosten der Modernisierungsmaßnahme müssen mindestens 300 000 DM betragen und dürfen die Kosten eines Umbaus nicht übersteigen.

(4) ¹Teil- und vollstationäre Pflegeeinrichtungen sowie Einrichtungen der Kurzzeitpflege in den Bereichen Behindertenpflege und Pflege für psychisch Kranke werden bei Schaffung von Pflegeplätzen durch Neu- oder Umbau, Erstausrüstung der Inneneinrichtung sowie bei Modernisierungsmaßnahmen durch Anteilfinanzierung gefördert. ²Bei Schaffung von Pflegeplätzen durch Miete und Pacht werden bei teilstationären Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Kurzzeitpflege die Miet- und Pacht aufwendungen bis zu fünf Jahre, längstens bis 31. Dezember 2002, sowie bei vollstationären Pflegeeinrichtungen bis zu zehn Jahre, längstens bis 31. Dezember 2007, durch einmalige Festbeträge gefördert. ³Absatz 2 Satz 2 und Absatz 3 Satz 2 gelten entsprechend.

(5) Die staatliche Förderung von vollstationären Pflegeeinrichtungen erfolgt in der Regel je zur Hälfte durch das Staatsministerium des Innern aus Mitteln des sozialen Wohnungsbaus und durch das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit aus Mitteln der einschlägigen Landespläne oder aus sonstigen einschlägigen Haushaltsansätzen.

(6) Pflegedienste sollen durch Festbeträge gefördert werden.

§ 30

Förderfähige Aufwendungen

(1) ¹Förderfähig sind bei Pflegeeinrichtungen die in § 82 Abs. 2 Nrn. 1 und 3 SGB XI genannten Aufwendungen mit Ausnahme der Aufwendungen für Instandsetzung und Instandhaltung sowie Ersatz-, Erweiterungs- und Ergänzungsbeschaffung der Inneneinrichtung. ²Außerdem können in den Bereichen Behindertenpflege und Pflege für psychisch Kranke in Ausnahmefällen auch die Aufwendungen für den Erwerb und die Erschließung von Grundstücken nach § 82 Abs. 2 Nr. 2 SGB XI gefördert werden. ³Die Förderung von Miet- und Pacht aufwendungen erfolgt zeitlich befristet (§ 29).

(2) Soweit die Förderung durch Festbeträge erfolgt, ist die Förderung für alle förderfähigen Aufwendungen in den Festbeträgen enthalten.

(3) Bei Pflegediensten werden die in § 82 Abs. 2 Nrn. 1 und 3 SGB XI genannten Aufwendungen gefördert.

§ 31

Höhe der Förderung

(1) ¹Die staatlichen Festbeträge in den Bereichen Altenpflege und Pflege für AIDS-kranke Menschen werden in Höhe der kommunalen Festbeträge gewährt. ²Sie betragen für die Förderung von

1. Tagespflegeeinrichtungen

- a) bei Neubau jeweils bis zu 36 000 DM,
- b) bei Umbau jeweils bis zu 12 000 DM,
- c) bei Erstausrüstung der Inneneinrichtung jeweils bis zu 3 000 DM,
- d) für Miet- und Pacht aufwendungen jeweils bis zu 5 400 DM,

2. Nachtpflegeeinrichtungen

- a) bei Neubau jeweils bis zu 40 000 DM,
- b) bei Umbau jeweils bis zu 26 000 DM,
- c) bei Erstausrüstung der Inneneinrichtung jeweils bis zu 5 000 DM,
- d) für Miet- und Pacht aufwendungen jeweils bis zu 5 800 DM,

3. Einrichtungen der Kurzzeitpflege

- a) bei Neubau jeweils bis zu 52 000 DM,
- b) bei Umbau jeweils bis zu 26 000 DM,
- c) bei Erstausrüstung der Inneneinrichtung jeweils bis zu 5 000 DM,
- d) für Miet- und Pacht aufwendungen jeweils bis zu 7 600 DM,

4. vollstationären Pflegeeinrichtungen

- a) bei Neubau jeweils bis zu 45 000 DM,
- b) bei Umbau jeweils bis zu 30 000 DM,

für jeden Pflegeplatz, der geschaffen wird. ³Aufwendungen für die Erstausrüstung der Inneneinrichtung sind bei der Förderung von Neu- und Umbau sowie für Miet- und Pacht aufwendungen in den jeweiligen Festbeträgen enthalten.

(2) Bei der Anteilfinanzierung für Modernisierungsmaßnahmen in den Bereichen Altenpflege und Pflege für AIDS-kranke Menschen entspricht die Höhe der staatlichen Förderung der kommunalen Förderung, beträgt jedoch bei teilstationären Einrichtungen und Einrichtungen der Kurzzeitpflege jeweils höchstens 40 v.H., bei vollstationären Einrichtungen jeweils höchstens 30 v.H. der betriebsnotwendigen, förderfähigen Aufwendungen im Sinn des § 30 Abs. 1.

(3) Bei der Anteilfinanzierung in den Bereichen Behindertenpflege und Pflege für psychisch Kranke entspricht die Höhe der staatlichen Förderung der kommunalen Förderung, beträgt jedoch bei teilstationären Einrichtungen ein-

schließlich Kurzzeitpflege und bei vollstationären Einrichtungen jeweils höchstens 40 v.H. der betriebsnotwendigen, förderfähigen Aufwendungen im Sinn des § 30 Abs. 1. ²Die staatlichen Festbeträge bei der Förderung von Miet- und Pacht aufwendungen in diesen Bereichen werden in Höhe der kommunalen Festbeträge gewährt; sie betragen für die Förderung von teilstationären Einrichtungen bis zu 5 500 DM, Einrichtungen der Kurzzeitpflege bis zu 9 800 DM und vollstationären Einrichtungen bis zu 17 900 DM je Pflegeplatz, der geschaffen wird.

(4) ¹Bei einkommen- und körperschaftsteuerpflichtigen Trägern vermindern sich die Förderbeträge nach den Absätzen 1 bis 3 um jeweils ein Zehntel. ²Die verminderten Förderbeträge werden auf volle Hundert DM gerundet.

(5) ¹Die kommunale Investitionsförderung für Pflegedienste beträgt bis zu 5 000 DM je rechnerischer Vollzeitleistung, die Leistungen der häuslichen Pflegehilfe nach dem SGB XI erbringt, im Kalenderjahr. ²Die Investitionspauschale nach Satz 1 soll so bemessen werden, daß die betriebsnotwendigen Investitionskosten damit vollständig gedeckt sind.

§ 32

Verfahren bei staatlicher Förderung

¹Zuständig für die Bewilligung und die weitere Abwicklung der staatlichen Förderung sind die Regierungen. ²Abweichend von Satz 1 sind, soweit aus Mitteln des sozialen Wohnungsbaus mitgefördert wird, die Landeshauptstadt München sowie die Städte Augsburg, Nürnberg und Würzburg für ihr Gebiet zuständig. ³Der Antrag auf staatliche Förderung ist bei der jeweils zuständigen Bewilligungsstelle einzureichen.

Abschnitt IV

Gesondert berechenbare Investitionsaufwendungen

§ 33

Begriff

(1) ¹Eine gesonderte Berechnung der in § 82 Abs. 3 Satz 1 SGB XI genannten Aufwendungen kann nur erfolgen, soweit diese betriebsnotwendig sind und durch Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand (öffentliche Förderung) oder Zuwendungen Dritter nicht vollständig gedeckt sind. ²Die Träger der Pflegeeinrichtungen sind verpflichtet, insbesondere in Betracht kommende Fördermittel des Staates, der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie sonstiger juristischer Personen des öffentlichen Rechts form- und fristgerecht zu beantragen und die Möglichkeiten der steuerlichen Absetzung und Abschreibung in Anspruch zu nehmen.

(2) Zu den Investitionsaufwendungen im Sinn des Absatzes 1 gehören:

1. Aufwendungen für Herstellung, Anschaffung, Wiederbeschaffung und Ergänzung der zum Betrieb der Pflegeeinrichtung gehörenden Anlagegüter, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist (Abschreibung),

2. tatsächlich gezahlte Zinsen für Fremdkapital, getrennt nach Aufnahme für Gebäude und sonstige Anlagegüter, bis zur Höhe des während der Laufzeit des Darlehens jeweils marktüblichen Zinssatzes, wobei die Tilgungsdauer die Nutzungsdauer der Gebäude nach § 34 Abs. 2 Satz 1 oder die nach Anschaffungs- oder Herstellungskosten gewichtete durchschnittliche Nutzungsdauer der mit dem zugeordneten Darlehen finanzierten sonstigen Anlagegüter nach § 34 Abs. 2 Satz 2 nicht übersteigen darf,
3. Zinsen für mit eigenem Kapital des Einrichtungsträgers finanzierte Aufwendungen nach Nummer 1 bis zur Höhe von 4 v.H. jährlich,
4. Aufwendungen für Instandhaltung und Instandsetzung der Anlagegüter nach Nummer 1 bis zur Höhe von 1 v.H. der Anschaffungs- oder Herstellungskosten, die jährlich an die prozentuale Veränderung des Preisindex für gemischt genutzte Wohngebäude in Bayern anzupassen und fortzuschreiben sind sowie
5. Aufwendungen für Miete, Pacht, Nutzung oder Mitbenutzung von Anlagegütern im Sinn der Nummer 1, die nicht im Eigentum des Einrichtungsträgers stehen,
- soweit diese Aufwendungen nach der Rechtsverordnung gemäß § 83 Abs. 1 Nr. 5 SGB XI nicht den Leistungsaufwendungen oder sonstigen Aufwendungen nach § 82 Abs. 1 Nrn. 2, 4 und 5 SGB XI zuzurechnen sind.

(3) Betriebsnotwendig sind die bei der Anwendung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit gerechtfertigten Investitionsaufwendungen, soweit die damit verbundenen Investitionen für den Betrieb der Pflegeeinrichtung notwendig sind.

§ 34

Laufzeit

- (1) Die gesondert berechenbaren Investitionsaufwendungen sind in gleichen Monats- oder Tagesbeträgen auf die Nutzungsdauer zu verteilen.
- (2) ¹Bei einmaligen Aufwendungen (z. B. Anschaffung, Herstellung) beträgt die Nutzungsdauer bei Gebäuden mindestens 50 Jahre. ²Bei sonstigen Anlagegütern ist die betriebsübliche Nutzungsdauer anzusetzen. ³Bei ständig wiederkehrenden Aufwendungen (z. B. Miete, Pacht, Zinsen) gilt als Nutzungsdauer jeweils der Zeitraum, für den die Kosten anfallen.

§ 35

Verteilung auf die Pflegebedürftigen

- (1) ¹Die gesondert berechenbaren Investitionsaufwendungen sind gleichmäßig auf die Zahl der Pflegeplätze der Pflegeeinrichtung zu verteilen. ²Dabei ist bei Pflegeheimen eine durchschnittliche Auslastung von 95 v.H., bei Einrichtungen der Kurzzeitpflege von 75 v.H. und bei teilstationären Einrichtungen von 60 v.H. zugrunde zu legen.

- (2) ¹Bei Pflegediensten sind die gesondert berechenbaren Investitionsaufwendungen gleichmäßig auf die Pflegestunden des durchschnittlich beschäftigten Pflegepersonals, gerechnet nach Vollzeitstellen, zu verteilen. ²Das durchschnittlich beschäftigte Pflegepersonal ergibt sich aus dem Personalbestand zu den Stichtagen 1. Juni und 1. Dezember des Jahres.

§ 36

Verfahren

- ¹Die Zustimmung zur gesonderten Berechnung ist auf Antrag von der nach Art. 12 Abs. 2 AGPflegeVG zuständigen Behörde zu erteilen. ²Ein erneuter Antrag ist nur zu stellen, soweit sich der gesondert berechenbare Betrag um mindestens 10 v.H. erhöhen soll.

§ 37

Vereinbarung

Die Träger der Pflegeeinrichtungen oder deren Verbände und die zuständigen Sozialhilfeträger oder deren Verbände können mit Zustimmung der nach Art. 12 Abs. 2 AGPflegeVG zuständigen Behörde vereinfachte Regelungen zur gesonderten Berechnung vereinbaren.

§ 38

Bereits bestehende Pflegeeinrichtungen

- ¹Für Pflegeeinrichtungen, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des AGPflegeVG bereits bestehen, gelten die §§ 33 bis 37 entsprechend. ²Eine gesonderte Berechnung der Investitionsaufwendungen kann nur erfolgen, soweit die Aufwendungen nicht bereits durch öffentliche Förderung oder durch die Berücksichtigung in Pflegesätzen und Entgelten abgegolten sind. ³Die nach Art. 12 Abs. 2 AGPflegeVG zuständigen Behörden können mit Zustimmung des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit im Einzelfall Ausnahmen von dem Erfordernis zulassen, daß die Tilgungsdauer eines Darlehens die Nutzungsdauer im Sinn des § 34 Abs. 2 nicht übersteigt, wenn das Darlehen vor dem 1. Juli 1996 aufgenommen wurde.“

5. Der bisherige Abschnitt III wird Abschnitt V und wie folgt geändert:
- a) Der bisherige § 27 wird § 39.
- b) Es wird folgender § 40 angefügt:

„§ 40

Übergangsregelungen

- (1) ¹Die staatliche und kommunale Förderung für vollstationäre Pflegeeinrichtungen nach §§ 27 bis 32 wird ab 1. Juli 1996 gewährt. ²In Einzelfällen kann nach Maßgabe von Art. 14 AGPflegeVG bei der staatlichen Förderung für teilstationäre Einrichtungen und Einrichtungen der Kurzzeitpflege bis läng-

stens 31. Dezember 1995, für vollstationäre Pflegeeinrichtungen bis längstens 30. April 1997 nach den am 31. März 1995 geltenden Förderrichtlinien gefördert werden.

(2) Eine gesonderte Berechnung der Investitionsaufwendungen nach den §§ 33 bis 38 in vollstationären Pflegeeinrichtungen kann ab 1. Juli 1996 erfolgen.

(3) Zuwendungen können auch für Vorhaben bewilligt werden, die vor Erlaß, aber nach Inkrafttreten dieser Verordnung bereits begonnen wurden.“

§ 2

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. April 1995 in Kraft.

München, den 19. Dezember 1995

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. Edmund Stoiber

2030-2-42-F

Verordnung zur Änderung der Fürsorgeverordnung

Vom 23. Dezember 1995

Auf Grund des Art. 86b Abs. 1 des Bayerischen Beamtengesetzes erläßt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

Die **Verordnung über die Gewährung einer ergänzenden Fürsorgeleistung an Beamte und Richter (Fürsorgeverordnung – FürsV)** vom 20. November 1990 (GVBl S. 501, BayRS 2030-2-42-F), geändert durch Verordnung vom 14. Mai 1991 (GVBl S. 137), wird wie folgt geändert:

1. § 2 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Ist der Beamte nicht mit der vollen Arbeitszeit beschäftigt, wird die ergänzende Fürsorgeleistung nach Absatz 1 anteilig, im Verhältnis der gewährten Bezüge zu den vollen Bezügen, gewährt.“

2. In § 3 Satz 1 werden nach dem Wort „Kindergehalt“ die Worte „nach dem Einkommensteuergesetz oder“ eingefügt.

3. In § 7 Satz 2 wird die Jahreszahl „1995“ durch die Jahreszahl „1999“ ersetzt.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1996 in Kraft.

München, den 23. Dezember 1995

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. Edmund Stoiber

7842-6-E

Verordnung zur Änderung der Verordnung über eine Umlage für Milch

Vom 4. Dezember 1995

Auf Grund des § 22 Abs. 1 des Milch- und Fettgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Dezember 1952 (BGBl I S. 811), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. August 1994 (BGBl I S. 2018), in Verbindung mit § 1 Nr. 1 Buchst. a der Zuständigkeitsübertragungsverordnung Landwirtschaft vom 30. November 1987 (GVBl S. 442, BayRS 7801-3-E), geändert durch Verordnung vom 6. März 1990 (GVBl S. 73), erläßt das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten folgende Verordnung:

§ 1

Abweichend von § 2 Abs. 1 der Verordnung über eine Umlage für Milch vom 30. Juni 1983 (GVBl S. 547, BayRS 7842-6-E), zuletzt geändert durch Verordnung vom 8. Dezember 1994 (GVBl S. 1073), beträgt die Umlage für die Erhebungszeiträume des Jahres 1996 0,30 Pf je Kilogramm angelieferter Milch.

§ 2

(1) Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1996 in Kraft und am 1. Januar 1997 außer Kraft.

(2) Die Verordnungen vom 5. Dezember 1985 (GVBl S. 832), 30. November 1989 (GVBl S. 724), 28. November 1990 (GVBl S. 529), 21. Januar 1992 (GVBl S. 16), 7. Dezember 1992 (GVBl S. 819), 22. November 1993 (GVBl S. 1077) und 8. Dezember 1994 (GVBl S. 1073) treten am 1. Januar 1996 außer Kraft.

München, den 4. Dezember 1995

**Bayerisches Staatsministerium
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

Reinhold Bocklet, Staatsminister

605-10-F

**Verordnung
zur Änderung der
Verordnung zur Durchführung des
Gesetzes über den Finanzausgleich
zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden**

Vom 13. Dezember 1995

Auf Grund des Art. 23 Abs. 2 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Februar 1994 (GVBl S. 168, BayRS 605-1-F), geändert durch Gesetz vom 26. Juli 1995 (GVBl S. 393), erlassen die Bayerischen Staatsministerien der Finanzen und des Innern im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit folgende Verordnung:

§ 1

Die **Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (FAGDV 1987)** vom 2. September 1988 (GVBl S. 307, BayRS 605-10-F) wird wie folgt geändert:

1. § 1 erhält folgende Fassung:

„§ 1

(1) Für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen und Zuweisungen nach Art. 7, 7a, 9, 12 und 13b Abs. 1 FAG, für die Festsetzung der Krankenhausumlage nach Art. 10b Abs. 3 FAG sowie für die Ermittlung von Durchschnittszahlen je Einwohner ist die auf der Grundlage der Ergebnisse der letzten Volkszählung fortgeschriebene Einwohnerzahl nach dem Stand vom 31. Dezember des vorvorhergehenden Jahres unter Zugrundelegung des Gebietsstands zu Beginn des Jahres maßgebend.

(2) ¹Für die Zahl der Personen mit Nebenwohnung sind die Ergebnisse der letzten Volkszählung maßgebend. ²Soweit bei Beginn der Berechnung die Ergebnisse der letzten Volkszählung noch nicht vorliegen, ist von den Ergebnissen der vorletzten Volkszählung auszugehen.

(3) Für die nicht in Kasernen untergebrachten Mitglieder der Stationierungstreitkräfte und deren Angehörige ist die jeweils letzte vor Beginn der Berechnung von den Stationierungstreitkräften bekanntgegebene Zahl maßgebend.

(4) Für die Berechnung der Zuweisungen nach Art. 7 FAG werden der Einwohnerzahl 50 v.H. der Zahl der nicht in Kasernen untergebrachten Mitglieder der Stationierungstreitkräfte und deren Angehörige hinzugerechnet.

(5) Nachträgliche Berichtigungen der nach den Absätzen 1 bis 4 festgelegten Einwohnerzahlen werden in dem auf die Berichtigung folgenden Jahr berücksichtigt.“

2. Es wird folgender § 1a eingefügt:

„§ 1a

(1) ¹Die Umlage der Gemeinden nach Art. 1a Abs. 1 Satz 3 Nr. 5 FAG (Solidarumlage) ist in vier Teilbeträgen jeweils bis zum 1. Mai, 1. August, 1. November des jeweiligen Jahres und bis zum 1. Februar des folgenden Jahres an das Zentralfinanzamt München zu entrichten. ²Für den vierten Abrechnungszeitraum ist bis zum 20. Dezember des jeweiligen Jahres ein Abschlag zu leisten.

(2) Auf die Solidarumlage wird der Minderbetrag bei der Schlüsselzuweisung nach Art. 1a Abs. 3 Nr. 2 FAG angerechnet (bereinigte Solidarumlage).

(3) ¹Das Zentralfinanzamt München setzt für jede Gemeinde die nach Anrechnung der Mehrbelastung bei der Gewerbesteuerumlage gemäß Art. 1a Abs. 3 Nr. 1 FAG (Erhöhungsbetrag) auf die bereinigte Solidarumlage zu zahlende Solidarumlage (Solidarumlage netto) fest. ²Die Solidarumlage netto wird mit dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (§ 1 Gemeindefinanzreformgesetz in der jeweils gültigen Fassung) verrechnet. ³Übersteigt die Solidarumlage netto den um die Gewerbesteuerumlage gekürzten Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, so fordert das Zentralfinanzamt München unverzüglich von der Gemeinde den Unterschiedsbetrag an; dieser ist bis zu den in Absatz 1 Satz 1 genannten Terminen an das Zentralfinanzamt München abzuführen. ⁴Übersteigt der Erhöhungsbetrag die bereinigte Solidarumlage, wird der Unterschiedsbetrag mit dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ausgezahlt.

(4) Übersteigen Gewerbesteuererstattungen und Berichtigungsergebnisse die Gewerbesteuererstattungen, so ist § 8 der Verordnung über die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und die Abführung der Gewerbesteuerumlage (BayAVOGFRG) entsprechend anzuwenden.

(5) ¹In Fällen des § 7 BayAVOGFRG wird im betreffenden Abrechnungszeitraum der Erhöhungsbetrag auf die bereinigte Solidarumlage nicht angerechnet. ²Der Ausgleich soll bei der Meldung folgenden Verrechnung erfolgen.

(6) ¹Ist für den vierten Abrechnungszeitraum eine Abschlagszahlung auf den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer nach § 5 Abs. 4 Satz 2 BayAVOGFRG zu leisten, so hat die Gemeinde bis zum 20. Dezember auf die Solidarumlage

einen Abschlag in Höhe der im dritten Abrechnungszeitraum festgesetzten bereinigten Solidarumlage unter Anrechnung von 110 v.H. des im dritten Abrechnungszeitraum abgesetzten Erhöhungsbetrags zu entrichten. ²Der Abschlag der Solidarumlage netto darf weder den nach § 5 Abs. 4 Satz 2 BayAVOGFRG zu zahlenden Abschlag noch die bereinigte Solidarumlage für den dritten Abrechnungszeitraum übersteigen. ³Liegen die Voraussetzungen des Absatzes 3 Satz 4 vor, so wird der Erhöhungsbetrag nur bis zur Höhe der bereinigten Solidarumlage angerechnet. ⁴Die Auszahlung des Unterschiedsbetrags unterbleibt.

(7) ¹Der endgültige Umlagebedarf wird nach Ablauf des Kalenderjahres ermittelt. ²Ein Differenzbetrag zu dem der Berechnung der Solidarumlage zugrunde gelegten Umlagebedarf wird mit dem Umlagebedarf des übernächsten Jahres verrechnet. ³Änderungen bei den übrigen Berechnungsgrundlagen werden im Folgejahr bei der Berechnung der Solidarumlage berücksichtigt.“

3. § 11 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird „Art. 10b Abs. 4 FAG“ durch „Art. 10b Abs. 3 FAG“ ersetzt.

bb) Satz 3 wird aufgehoben.

cc) Der bisherige Satz 4 wird Satz 3.

b) Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) ¹Der endgültige Kommunalanteil wird nach Ablauf des Kalenderjahres ermittelt. ²Ein Differenzbetrag zu dem der Krankenhaushumlage zugrunde gelegten Betrag wird mit dem Kommunalanteil des übernächsten Jahres verrechnet. ³Änderungen bei den Umlagegrundlagen des laufenden Jahres werden im Folgejahr berücksichtigt.“

4. § 15 wird wie folgt geändert:

a) Der bisherige Text wird Absatz 2.

b) Es wird folgender Absatz 1 eingefügt:

„(1) Für die Zuweisungen nach Art. 13b FAG ist die Länge der Gemeindestraßen zu Beginn des Finanzausgleichsjahres und der Kreisstraßen zu Beginn des vorhergehenden Jahres maßgebend.“

5. Dem § 16 Abs. 1 wird folgender Satz 2 angefügt:

„²Die persönlichen und sächlichen Verwaltungskosten können pauschaliert werden.“

6. § 19 erhält folgende Fassung:

„§ 19

¹Das Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung ist zuständig für die Festsetzung der Schlüsselzuweisungen und der Leistungen nach Art. 7, 7a, 10a, 12 und 15 FAG sowie für die Festsetzung der Solidarumlage (§ 1a Abs. 2), der Krankenhaushumlage (Art. 10b Abs. 3 FAG) und der Umlagegrundlagen (Art. 18 Abs. 3 und Art. 21 Abs. 3 FAG). ²Die Regierungen sind zuständig für die Bewilligung von Leistungen nach Art. 9, 13a, 13b Abs. 1 und Abs. 2 Satz 1 sowie für die Festsetzung der örtlichen Beteiligung nach Art. 10b Abs. 2 FAG.“

§ 2

(1) ¹Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1995 in Kraft. ²Abweichend von Satz 1 treten § 1 Nrn. 1 und 4 am 1. Januar 1996 in Kraft.

(2) Abweichend von § 2 Satz 3 FAGDV 1987 ist für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen 1996 von der Sozialhilfestatistik 1993 auszugehen.

München, den 13. Dezember 1995

Bayerisches Staatsministerium der Finanzen

Erwin Huber, Staatsminister

Bayerisches Staatsministerium des Innern

Dr. Günther Beckstein, Staatsminister

2120-1-2-A

Verordnung zur Rückübertragung von Aufgaben nach dem Gesundheitsdienstgesetz

Vom 14. Dezember 1995

Auf Grund von Art. 17 Abs. 1 Nrn. 1 und 3 des Gesetzes über den Öffentlichen Gesundheitsdienst (GDG) vom 12. Juli 1986 (GVBl S. 120, BayRS 2120-1-A), geändert durch § 2 des Gesetzes vom 23. Juli 1993 (GVBl S. 511) in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 des Gesetzes zur Überleitung von Zuständigkeiten vom 23. Juli 1993 (GVBl S. 496, BayRS 1102-7-S) und § 1 der Verordnung über die Einrichtung der staatlichen Behörden (BayRS 200-1-S), erläßt das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit im Einvernehmen mit den Bayerischen Staatsministerien des Innern und der Finanzen folgende Verordnung:

§ 1

(1) Die den kreisfreien Städten Kaufbeuren, Nürnberg und Regensburg nach Art. 4 Abs. 1 GDG übertragenen Aufgaben von Veterinärämtern werden auf das jeweils zuständige staatliche Veterinäramt rückübertragen.

(2) Die der Landeshauptstadt München nach Art. 4 Abs. 1 GDG übertragene Aufgabe der Veterinäruntersuchungsstelle wird auf das Landesuntersuchungsamt für das Gesundheitswesen Südbayern rückübertragen.

§ 2

§ 2 Abs. 2 der **Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über den Öffentlichen Gesundheitsdienst (AVGDG)** vom 9. September 1986 (GVBl S. 316, BayRS 2120-1-1-A), zuletzt geändert durch Verordnung vom 26. Juli 1994 (GVBl S. 888), wird wie folgt geändert:

1. Satz 1 erhält folgende Fassung:

„¹Über das Landkreisgebiet hinaus zuständig sind:

1. Das für den Landkreis Coburg zuständige staatliche Veterinäramt für die kreisfreie Stadt Coburg,
2. das für den Landkreis Roth zuständige staatliche Veterinäramt für die kreisfreie Stadt Schwabach,
3. das für den Landkreis Ostallgäu zuständige staatliche Veterinäramt für die kreisfreie Stadt Kaufbeuren,
4. das für den Landkreis Regensburg zuständige staatliche Veterinäramt für die kreisfreie Stadt Regensburg,
5. das für den Landkreis Fürth zuständige staatliche Veterinäramt für die kreisfreie Stadt Nürnberg.“

2. Es wird folgender Satz 3 angefügt:

„³Das für den Landkreis Passau zuständige staatliche Veterinäramt ist auch zuständig für die zum Gebiet der Stadt Passau gehörende Grenzkontrollstelle Passau-Hafen.“

§ 3

Diese Verordnung tritt am 31. Dezember 1995 in Kraft.

München, den 14. Dezember 1995

**Bayerisches Staatsministerium
für Arbeit und Sozialordnung,
Familie, Frauen und Gesundheit**

Barbara Stamm, Staatsministerin

2242-1-2-K

**Siebente Verordnung
zur Änderung der Verordnung
über den Entschädigungsfonds
nach dem Denkmalschutzgesetz**

Vom 14. Dezember 1995

Auf Grund des Art. 21 Abs. 2 und 4 des Denkmalschutzgesetzes (BayRS 2242-1-K) erläßt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst im Einvernehmen mit den Bayerischen Staatsministerien des Innern und der Finanzen und mit Zustimmung des Bayerischen Landtags folgende Verordnung:

§ 1

§ 2 der Verordnung über den Entschädigungsfonds nach dem Denkmalschutzgesetz (BayRS 2242-1-2-K), zuletzt geändert durch Verordnung vom 21. September 1990 (GVBl S. 442), erhält folgende Fassung:

„§ 2

Die Beiträge des Freistaates Bayern und der Gemeinden zum Entschädigungsfonds werden auf jährlich je 10 Millionen Deutsche Mark, für die Jahre 1996 bis 2000 auf jährlich je 20 Millionen Deutsche Mark festgesetzt.“

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1996 in Kraft.

München, den 14. Dezember 1995

**Bayerisches Staatsministerium
für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst**

Hans Zehetmair, Staatsminister

2032-3-2-1-I

**Zweite Verordnung
zur Änderung der
Verordnung über besoldungsrechtliche Zuständigkeiten
im Geschäftsbereich des
Bayerischen Staatsministeriums des Innern**

Vom 15. Dezember 1995

Auf Grund von Art. 12 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 des Bayerischen Besoldungsgesetzes erläßt das Bayerische Staatsministerium des Innern folgende Verordnung:

§ 1

§ 3 der **Verordnung über besoldungsrechtliche Zuständigkeiten im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern** (BayRS 2032-3-2-1-I), geändert durch Verordnung vom 30. Juni 1983 (GVBl. S. 546), erhält folgende Fassung:

„§ 3

Beihilfen

(1) Die Befugnis, die Beihilfen festzusetzen und anzuordnen, wird übertragen

1. dem Bayerischen Polizeiverwaltungsamt
für die Beamten der Bayerischen Polizei
2. der Bayerischen Versorgungskammer
für ihre Beamten und
für die zu einer Tätigkeit bei der Versicherungskammer Bayern, Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts, beurlaubten Beamten,
3. den Regierungen
für ihre Beamten mit Ausnahme der zu einer Tätigkeit bei der Versicherungskammer Bayern beurlaubten Beamten,
für die Beamten der ihnen nachgeordneten Behörden einschließlich der Finanzbauämter,

für die Richter und Beamten des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs und der Bayerischen Verwaltungsgerichte,

für die Beamten der Landesadvokatur Bayern und der Landesadvokaturen und

für die Beamten aller übrigen, dem Bayerischen Staatsministerium des Innern nachgeordneten Behörden, mit Ausnahme des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz,

soweit der Sitz des Gerichts oder der Behörde in ihrem Bezirk liegt.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für die Gewährung von Beihilfen an Dienstanfänger.“

§ 2

(1) Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Juli 1995 in Kraft.

(2) ¹Soweit sich durch diese Verordnung Zuständigkeiten ändern, geht die Zuständigkeit erst mit der Übernahme der einzelnen Aufgabe auf die künftig zuständige Behörde über. ²Die übernehmende Behörde hat den Übergang der Zuständigkeit dem jeweils betroffenen Bezüge- oder Leistungsempfänger schriftlich mitzuteilen.

München, den 15. Dezember 1995

Bayerisches Staatsministerium des Innern

Dr. Günther Beckstein, Staatsminister

7803-1-E

Verordnung zur Änderung der Schulordnung für die staatlichen Landwirtschaftsschulen

Vom 15. Dezember 1995

Auf Grund von Art. 44 Abs. 2, Art. 45 Abs. 2 Satz 4, Art. 89 und 128 Abs. 1 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) erläßt das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten folgende Verordnung:

§ 1

Die **Schulordnung für die staatlichen Landwirtschaftsschulen** vom 15. Juli 1992 (GVBl S. 362, BayRS 7803-1-E) wird wie folgt geändert:

1. Dem § 1 Abs. 1 wird folgender Satz 3 angefügt:
„³Der dreisemstrige Studiengang in der Abteilung Hauswirtschaft besteht aus dem Fachgebiet „landwirtschaftlich-hauswirtschaftliche Unternehmensführung“ oder dem Fachgebiet „Haushalt und Familie“.“
2. § 3 Abs. 1 Satz 3 wird aufgehoben.
3. § 6 Abs. 2 erhält folgende Fassung:
„(2) Zur Aufnahme in den dreisemstrigen Studiengang
 1. der Abteilung Landwirtschaft ist ferner die Abschlußprüfung in einem anerkannten Ausbildungsberuf der Landwirtschaft oder in einem sonstigen, dem Bildungsziel der Landwirtschaftsschule dienlichen Ausbildungsberuf;
 2. der Abteilung Hauswirtschaft sind ferner die Abschlußprüfung im Ausbildungsberuf Hauswirtschafter/Hauswirtschafterin, im Fachgebiet landwirtschaftlich-hauswirtschaftliche Unternehmensführung zusätzlich ein Jahr einschlägige Berufspraxis erforderlich.“
4. In § 16 Abs. 1 Satz 2 werden nach dem Wort „führt“ die Worte „in der Abteilung Landwirtschaft“ eingefügt.
5. § 24 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:
„¹Während der fachtheoretischen Semester werden in allen Pflichtfächern und Wahlfächern, mit Ausnahme der Pflichtfächer der Fächergruppe „Seminare“ in der Abteilung Landwirtschaft und der Fächergruppe „Seminare und Übungen“ in der Abteilung Hauswirtschaft, schriftliche Schulaufgaben durchgeführt.“
 - b) Absatz 9 wird aufgehoben.
6. In § 25 Abs. 2 Satz 2 werden nach dem Wort „Seminare“ die Worte „bzw. Seminare und Übungen“ eingefügt.
7. § 27 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 2 Satz 2 werden die Worte „weitere Lehrkräfte als“ gestrichen.
 - b) Absatz 3 Nr. 2 erhält folgende Fassung:
„2. in der Abteilung Hauswirtschaft
 - 2.1 Fachgebiet landwirtschaftlich-hauswirtschaftliche Unternehmensführung
 - a) Haushaltsführung und Finanzwesen,
 - b) Ernährung und Gesundheit,
 - c) Lebens- und Arbeitsbereich,
 - d) Berufs- und Arbeitspädagogik,
 - 2.2 Fachgebiet Haushalt und Familie
 - a) Ernährung und Gesundheit,
 - b) Erziehung und Familienbetreuung,
 - c) Haushaltsführung und Finanzwesen,
 - d) Nutz- und Wohngarten.“
 - c) Absatz 4 erhält folgende Fassung:
„(4) Die staatliche Schulschlußprüfung wird
 1. in der Abteilung Landwirtschaft schriftlich durchgeführt. Die schriftliche Prüfung dauert in dem Prüfungsfach nach Absatz 3 Nr. 1 Buchst. a 240 Minuten, in den Prüfungsfächern nach Absatz 3 Nr. 1 Buchstaben b bis d je 120 Minuten. In den Prüfungsfächern nach Absatz 3 Nr. 1 Buchstaben a bis c stehen zwei Themen zur Wahl;
 2. In der Abteilung Hauswirtschaft, Fachgebiet landwirtschaftlich-hauswirtschaftliche Unternehmensführung schriftlich, mündlich und praktisch durchgeführt. Die schriftliche Prüfung dauert in dem Prüfungsfach nach Absatz 3 Nr. 2.1 Buchst. a 240 Minuten, in den Prüfungsfächern nach Absatz 3 Nr. 2.1 Buchstaben b und c je 120 Minuten und im Prüfungsfach nach Absatz 3 Nr. 2.1 Buchst. d 180 Minuten. Im Prüfungsfach nach Absatz 3 Nr. 2.1 Buchst. d findet eine mündliche Prüfung von etwa 30 Minuten Dauer und eine praktische Prüfung in Form einer Arbeitsunterweisung bis höchstens 60 Minuten Dauer statt;
 3. in der Abteilung Hauswirtschaft, Fachgebiet Haushalt und Familie schriftlich durchgeführt. Die schriftliche Prüfung dauert in dem Prüfungsfach nach Absatz 3 Nr. 2.2 Buchst. a 240 Minuten, in den Prüfungsfächern nach Absatz 3 Nr. 2.2 Buchstaben b bis d je 120 Minuten.“

d) Absatz 6 erhält folgende Fassung:

„(6) ¹Die mündliche und praktische Prüfung im Fachgebiet landwirtschaftlich-hauswirtschaftliche Unternehmensführung wird im Fach Berufs- und Arbeitspädagogik von der zuständigen Lehrkraft und einem weiteren Mitglied des Prüfungsausschusses durchgeführt. ²Die Bewertung der Leistung, über die eine Niederschrift zu fertigen ist, erfolgt jeweils durch beide Prüfer, die sich auf eine Note einigen. ³Bei der praktischen Prüfung werden die Aufgaben durch Los zugeteilt. ⁴Die Vorbereitungszeit legt der Prüfungsausschuß fest. ⁵§ 24 Abs. 5 Sätze 2 und 3 gelten entsprechend.“

8. Die Anlagen 2a, 2b und 3 werden durch die Anlagen 2a, 2b und 3 zu dieser Verordnung ersetzt.

§ 2

(1) ¹Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 1995 in Kraft. ²Abweichend von Satz 1 treten in Kraft

1. § 1 Nr. 3
– für die Abteilung Hauswirtschaft am 1. Januar 1996,
2. § 1 Nrn. 7 und 8 (Anlagen 2a und 2b) am 1. September 1996.

(2) Für Studierende, die am 1. Oktober 1995 die Landwirtschaftsschule besuchen, gilt die Schulordnung für die staatlichen Landwirtschaftsschulen in der bis zum 30. September 1995 geltenden Fassung.

München, den 15. Dezember 1995

**Bayerisches Staatsministerium
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

Reinhold Bocklet, Staatsminister

**Studentafel
der Landwirtschaftsschule
Abteilung Hauswirtschaft
dreisemestriger Studiengang
– Fachgebiet landwirtschaftlich-hauswirtschaftliche Unternehmensführung –**

		1. Semester Wochen- stunden	2. Semester Schul- tage	3. Semester Wochen- stunden
	PFLICHTFÄCHER			
1.	Allgemeinbildende Fächer			
1.1	Religion	1	–	1
1.1.2	Rhetorik und Gesprächsführung	2	–	–
2.	Hauswirtschaft			
2.1	Ernährung und Gesundheit	2	–	2
2.2	Lebens- und Arbeitsbereich	3	2	3
2.3	Nutz- und Vorgarten	1	3	1
2.4	Markt und Verbraucher	2	–	–
2.5	Nahrungszubereitung und -verarbeitung	6	3	5
2.6	Arbeitsverfahren im Haushalt	6	–	5
3.	Hauswirtschaftliche und landwirtschaftliche Betriebsführung			
3.1	Haushaltsführung und Finanzwesen	1	–	2
3.2	Bürowirtschaft und EDV	2	–	–
3.3	Grundlagen der landw. Betriebsführung	2	–	2
3.4	Betriebs- und Haushaltsbuchführung	2	–	2
3.5	Recht, Steuer- und Sozialwesen	1	–	2
4.	Berufs- und Arbeitspädagogik			
4.1	Berufs- und Arbeitspädagogik	3	–	4
5.	Seminare und Übungen			
5.1	Praktische Haushalts- und Unternehmensführung	–	3	5
5.2	Haushaltstechnisches Seminar	–	4	–
	Mindestpflichtstunden/Pflichtschultage	34	15	34

Wahlfächer können mit Genehmigung der Regierung eingerichtet werden.

Anlage 2b
(zu § 9 Abs. 1)

**Stundentafel
der Landwirtschaftsschule
Abteilung Hauswirtschaft
dreisemestriger Studiengang
– Fachgebiet Haushalt und Familie –**

		1. Semester Wochen- stunden	2. Semester Schul- tage	3. Semester Wochen- stunden
	PFLICHTFÄCHER			
1.	Allgemeinbildende Fächer			
1.1	Religion	1	–	1
1.2	Rhetorik und Gesprächsführung	2	–	–
2.	Haushalt und Familie			
2.1	Erziehung und Familienbetreuung	3	3	4
2.2	Ernährung und Gesundheit	3	–	4
2.3	Haushaltsführung und Finanzwesen	2	1	3
2.4	Markt und Verbraucher	2	–	2
2.5	Nutz- und Vorgarten	2	3	1
2.6	Nahrungszubereitung	6	3	5
2.7	Haus- und Textilarbeit	6	–	5
3.	Landwirtschaft			
3.1	Grundlagen der landwirtschaftlichen Betriebsführung und Tierhaltung	2	1	2
3.2	Betriebs- und Haushaltsbuchführung	2	–	2
3.3	Steuerfragen	1	–	–
4.	Seminare und Übungen			
4.1	Praktische Haushaltsführung	–	–	3
4.2	Haushaltstechnisches Seminar	–	4	–
	Mindestpflichtstunden/Pflichtschultage	32	15	32

Wahlfächer können mit Genehmigung der Regierung eingerichtet werden.

**Studentafel
der Landwirtschaftsschule
Abteilung Hauswirtschaft
einsemestriger Studiengang**

		Wochenstunden	Gesamtstunden
1.	PFLICHTFÄCHER		
1.1	Familie und Erziehung	3	66
1.2	Wirtschaftslehre des Haushalts	4	88
1.3	Ernährung und Gesundheit	4	88
1.4	Küchenpraxis	6	132
1.5	Haus- und Textilpraxis	6	132
1.6	Grundlagen der Betriebslehre	1	22
1.7	Markt und landwirtschaftliche Produktion	2	44
1.8	Grundlagen der Betriebsorganisation	1	22
1.9	Sozial- und Steuerwesen	1	22
1.10	Hausgartenbau	2	44
	Mindestpflichtstunden/Gesamtpflichtstunden	30	660
2.	WAHLFÄCHER		
2.1	Grundlagen der Buchführung	2	44
2.2	Direktvermarktung	1	22
2.3	Ländliche Gästebeherbergung	1	22
2.4	Religion	1	22

Weitere Wahlfächer können mit Genehmigung der Regierung eingerichtet werden.

2013-2-9-F

Verordnung über die Benutzungsgebühren der staatlichen Vermessungsämter (GebOVerm)

Vom 18. Dezember 1995

Auf Grund des Art. 25 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 des Kostengesetzes erläßt das Bayerische Staatsministerium der Finanzen folgende Verordnung:

Inhaltsübersicht

- § 1 Gebührengegenstand
 - § 2 Gebühren nach dem Zeitaufwand (Zeitgebühren)
 - § 3 Gebühren für die Vermessung und katastertechnische Behandlung von Gebäudeveränderungen
 - § 4 Gebühren für Katasterneuvermessungen
 - § 5 Gebühren für Umlegungen bei Übertragung der Befugnis zur Durchführung auf das staatliche Vermessungsamt
 - § 6 Gebühren für Auszüge aus dem Katasterkartenwerk und dem Katasterzahlenwerk, für Nachweise der Landesvermessung sowie für die Nutzung des Automatisierten Liegenschaftsbuchs
 - § 7 Auslagen
 - § 8 Ermäßigung
 - § 9 Befreiung, Erstattungsverzicht
 - § 10 Schuldner
 - § 11 Fälligkeit
 - § 12 Vorschußpflicht, Zurückbehaltungsrecht
 - § 13 Inkrafttreten, Außerkrafttreten, Übergangsvorschrift
- Anlage

§ 1

Gebührengegenstand

(1) Für folgende Leistungen der staatlichen Vermessungsämter werden Gebühren nach den Vorschriften dieser Verordnung erhoben, soweit nicht besondere Vorschriften entgegenstehen:

1. Katastervermessungen zur
 - a) Festlegung und Sicherung der Eigentums-
grenzen,
 - b) Fortführung des Liegenschaftskatasters (Fort-
führungsvermessungen),
2. Katasterneuvermessungen,
3. Herstellung der Digitalen Flurkarte (DFK) auf Antrag,
4. Umlegungen und Grenzregelungen bei Übertragung der Befugnis zur Durchführung auf das staatliche Vermessungsamt,
5. Abgabe von Auszügen aus dem Katasterkartenwerk und dem Katasterzahlenwerk, von Nachweisen der Landesvermessung sowie Nutzung des Automatisierten Liegenschaftsbuchs,
6. Sachverständigentätigkeit,
7. Sonstige Leistungen auf Antrag.

(2) ¹Die Gebühren nach Absatz 1 Nrn. 1 und 3 bis 7 werden auch erhoben, wenn das Landesvermessungsamt im Zug einer Katasterneuvermessung die Leistung erbringt. ²Den Ansatz dieser Gebühren nimmt das örtlich zuständige Vermessungsamt vor.

§ 2

Gebühren nach dem Zeitaufwand (Zeitgebühren)

(1) ¹Soweit in dieser Verordnung keine andere Regelung getroffen ist, bemißt sich die Höhe der Gebühren nach dem Zeitaufwand. ²Die Zeitgebühren errechnen sich nach der für die Leistung aufgewendeten, für jeden Bediensteten auf halbe Stunden auf- oder abgerundeten Arbeitszeit. ³Nicht berücksichtigt werden

1. die Zeit der An- und Rückreise bei Arbeiten im Außendienst,
2. die Zeit für Arbeiten, die den Gebührenschuldern aus Billigkeitsgründen nicht angerechnet werden kann.

⁴Die gemäß Satz 3 Nr. 2 abzusetzende Arbeitszeit wird gleichfalls auf halbe Stunden auf- oder abgerundet.

(2) Die Gebühr beträgt je Stunde
im Außendienst

1. für Beamte des höheren Dienstes
oder nach ihrer Vergütung mit Beam-
ten des höheren Dienstes vergleich-
bare Angestellte 101 DM,
2. für Beamte des gehobenen Dienstes
oder nach ihrer Vergütung mit Beam-
ten des gehobenen Dienstes vergleich-
bare Angestellte 86 DM,
3. für Beamte des mittleren Dienstes
oder nach ihrer Vergütung mit Beam-
ten des mittleren Dienstes vergleich-
bare Angestellte oder Arbeiter 67 DM,
4. für Beamte des einfachen Dienstes
oder nach ihrer Vergütung mit Beam-
ten des einfachen Dienstes vergleich-
bare Angestellte oder Arbeiter 57 DM,

im Innendienst

5. für Beamte des höheren Dienstes
oder nach ihrer Vergütung mit Beam-
ten des höheren Dienstes vergleich-
bare Angestellte 98 DM,
6. für Beamte des gehobenen Dienstes
oder nach ihrer Vergütung mit Beam-
ten des gehobenen Dienstes vergleich-
bare Angestellte 83 DM,

7. für Beamte des mittleren Dienstes oder nach ihrer Vergütung mit Beamten des mittleren Dienstes vergleichbare Angestellte oder Arbeiter 64 DM,
8. für Beamte des einfachen Dienstes oder nach ihrer Vergütung mit Beamten des einfachen Dienstes vergleichbare Angestellte oder Arbeiter 54 DM.

(3) ¹Die Stundensätze nach Absatz 2 sind mit den nachfolgenden Wertfaktoren, die den Bodenwert (Verkehrswert) im Bereich des Messungsobjekts zum Zeitpunkt der Beendigung der Leistung berücksichtigen, zu multiplizieren:

Nr.	Bodenwert je m ²	Wertfaktor
1.	bis 10 DM	0,7
2.	über 10 DM bis 50 DM	1,0
3.	über 50 DM bis 100 DM	1,3
4.	über 100 DM bis 400 DM	1,7
5.	über 400 DM bis 1 000 DM	2,0
6.	über 1 000 DM	2,5.

²Bei Arbeiten zur Herstellung der Digitalen Flurkarte auf Antrag ist der Wertfaktor 0,5 anzusetzen.

(4) Werden Arbeiten auf besonderen Antrag vorrangig außer der Reihenfolge ausgeführt, erhöhen sich die Stundensätze nach Absatz 2 einschließlich des Wertfaktors nach Absatz 3 um 20 v.H. (Dringlichkeitszuschlag).

§ 3

Gebühren für die Vermessung und katastertechnische Behandlung von Gebäudeveränderungen

(1) ¹Den Gebühren für die Vermessung und katastertechnische Behandlung von Gebäudeveränderungen werden die Baukosten der Gebäudeveränderung zugrunde gelegt. ²Die Gebühren werden wie folgt bemessen:

Nr.	Baukosten	Gebühr
1.	bis 50 000 DM	250 DM
2.	über 50 000 DM bis 250 000 DM	500 DM
3.	über 250 000 DM bis 750 000 DM	900 DM
4.	über 750 000 DM bis 2 Mio DM	1 800 DM
5.	über 2 Mio DM bis 10 Mio DM	3 600 DM
6.	je weitere angefangene 10 Mio DM	3 600 DM.

(2) Bei Gebäudeveränderungen, die nur katastertechnisch behandelt werden, wird die Gebühr nach Absatz 1 um 50 v.H. ermäßigt.

(3) Bei der Behandlung von Gebäudeabbrüchen und Veränderungen in der Beschreibung der Gebäude werden Gebühren nach dem Zeitaufwand nach § 2 Abs. 2 ohne Berücksichtigung des Wertfaktors nach § 2 Abs. 3 angesetzt.

§ 4

Gebühren für Katasterneuvermessungen

¹Die Gebühr beträgt je Hektar des Neuvermessungsgebiets für eine

Katasterneuvermessung mit Feststellung und Abmarkung aller Grundstücksgrenzen

1. im eng bebauten Gebiet	10 000 DM,
2. im bebauten Gebiet	5 000 DM,
3. im nicht bebauten Gebiet	2 000 DM,

Katasterneuvermessung mit Feststellung und Abmarkung der Grundstücksgrenzen des Antragstellers

4. im eng bebauten Gebiet	5 000 DM,
5. im bebauten Gebiet	2 500 DM,
6. im nicht bebauten Gebiet	1 000 DM.

²Angefangene Hektare sind zur Gebührenberechnung auf Zehntelhektar auf- oder abzurunden.

§ 5

Gebühren für Umlegungen bei Übertragung der Befugnis zur Durchführung auf das staatliche Vermessungsamt

¹Die Gebühr für eine Umlegung, bei der die Befugnis zur Durchführung auf das staatliche Vermessungsamt übertragen wird, beträgt 1 v.H. des Gesamtwerts der nach § 59 Abs. 1 des Baugesetzbuchs zuzuteilenden Grundstücke, mindestens aber 12 500 DM je Hektar des Umlegungsgebiets. ²Angefangene Hektare sind zur Gebührenberechnung auf Zehntelhektar auf- oder abzurunden.

§ 6

Gebühren für Auszüge aus dem Katasterkartenwerk und dem Katasterzahlenwerk, für Nachweise der Landesvermessung sowie für die Nutzung des Automatisierten Liegenschaftsbuchs

Die Gebühren für die Abgabe von Auszügen aus dem Katasterkartenwerk und dem Katasterzahlenwerk, für Nachweise der Landesvermessung sowie für die Nutzung des Automatisierten Liegenschaftsbuchs bemessen sich nach dem Gebührenverzeichnis (**Anlage**).

§ 7

Auslagen

(1) Neben den Gebühren werden folgende Auslagen erhoben:

- Entgelte für Post- und Telekommunikationsleistungen, ausgenommen die Entgelte für Briefsendungen und für Telefondienstleistungen in den Tarifbereichen City und Region 50,
- Aufwendungen für besonders teures Verpackungsmaterial (Kartenrollen, Packbretter u. ä.),
- Aufwendungen für Datenträger (Magnetbänder, Disketten u. ä.),
- Aufwendungen für Material, das für die Bezeichnung und Sicherung der Grenz- und Vermessungspunkte verwendet wird,
- anderen Behörden oder anderen Personen für ihre Tätigkeit zustehende Beträge,
- die Umsatzsteuer, die auf die Gebührensumme nach § 2 bzw. § 3 entfällt.

(2) ¹Bei Gebührenfreiheit sind die Auslagen nach Absatz 1 zu erheben, wenn sie mehr als 10 DM betragen. ²Auslagen, die bei richtiger Sachbehandlung nicht entstanden wären, werden nicht erhoben.

§ 8

Ermäßigung

(1) ¹Ist die Schuld (Gebühr und Auslagen ohne Umsatzsteuer) für eine Fortführungsvermessung, die der Grundstücksteilung dient, höher als die Hälfte des Verkehrswerts der dabei abzutrennenden Grundstücksteile und ist die Angelegenheit für den Antragsteller nicht von großer wirtschaftlicher Bedeutung, wird die Schuld auf die Hälfte des Verkehrswerts dieser Grundstücksteile, höchstens jedoch um 50 v.H. ermäßigt. ²Dies gilt nicht für die Fortführungsvermessung von Flächen, die dem öffentlichen Verkehr dienen oder dienen sollen. ³Maßgebend ist der Verkehrswert zum Zeitpunkt der Beendigung der Leistung.

(2) ¹Für Auszüge aus dem Katasterkartenwerk, dem Katasterzahlenwerk, für Sondernutzungen des Automatisierten Liegenschaftsbuchs und für Nachweise der Landesvermessung kann unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit die Schuld ermäßigt werden; die Höhe der Ermäßigung richtet sich nach dem Umfang der Gegenseitigkeit. ²Ermäßigung kann auch gewährt werden, soweit die Auszüge und Nachweise für Lehr-, Studien- oder ähnliche Zwecke verwendet werden.

§ 9

Befreiung, Erstattungsverzicht

(1) Gebühren und Auslagen werden nicht erhoben

1. für die Verschmelzung und Zerlegung von Flurstücken, wenn diese Arbeiten aus katastertechnischen Gründen von Amts wegen vorgenommen werden,
2. für unbeglaubigte Auszüge aus der Flurkarte als Anlage zur Kostenrechnung bei Grenzermittlungen und Grenzwiederherstellungen sowie bei Veränderungen in der Abgrenzung der Nutzungsarten und im Bestand der Gebäude,
3. für die erstmalige Abgabe der auf Antrag oder im Zusammenhang mit einer Leistung nach § 4 zu erstellenden Digitalen Flurkarte und/oder eines entsprechenden Auszugs in analoger Form,
4. für Arbeiten, die der Bodenschätzung dienen,
5. für Arbeiten, die auf Ersuchen eines Grundbuchamts ausgeführt werden,
6. für Arbeiten zur Durchführung des Seßhaftmachungsgesetzes.

(2) Für Arbeiten, die die Vermessungsämter für das Landesvermessungsamt vornehmen oder das Landesvermessungsamt für die Vermessungsämter vornimmt, werden Gebühren und Auslagen nicht erhoben, wenn diese nicht von einem Dritten gefordert werden können.

(3) ¹Ist der Schuldner eine Staatsbehörde, wird auf die Erstattung verzichtet, wenn die Forderung (Gebühr und Auslagen) einen Betrag von 100 DM bei einmaliger Leistung oder einen Jahresbetrag von 100 DM bei fortdauernden Leistungen nicht überschreitet. ²Im übrigen finden Vorschriften, die die Erstattung unter Staatsbehörden ausschließen, auf die Gebühren und Auslagen dieser Verordnung keine Anwendung.

§ 10

Schuldner

(1) Zur Zahlung der Gebühren und Auslagen ist verpflichtet

1. wer die Leistung beantragt hat,
2. wer sich dem Vermessungsamt gegenüber schriftlich zur Tragung der Gebühren und Auslagen bereit erklärt hat,
3. wer für die Zahlung der Gebühren und Auslagen kraft Gesetzes haftet,
4. wer die Gebühren und Auslagen einer früher beantragten Leistung getragen hat, wenn sie aus Verschulden Beteiligten oder Dritter rückgängig gemacht oder abgeändert werden muß,
5. derjenige, in dessen Interesse eine Fortführungsvermessung zur Veränderung in der Abgrenzung der Nutzungsarten oder zur Behandlung von Gebäudeabbrüchen erfolgt.

(2) Gebühren und Auslagen, die durch unbegründete Einwendungen eines Beteiligten oder durch Verschulden eines Beteiligten oder Dritten entstanden sind, können diesem auferlegt werden.

(3) Mehrere Schuldner haften als Gesamtschuldner.

§ 11

Fälligkeit

Die Gebühren und Auslagen werden mit Beendigung der Leistung oder der Zurücknahme des Antrags oder zum vereinbarten Termin fällig.

§ 12

Vorschußpflicht, Zurückbehaltungsrecht

¹Leistungen, die auf Antrag vorgenommen werden, können von der Zahlung eines angemessenen Vorschusses abhängig gemacht werden. ²Urkunden, Schriftstücke, Karten, Zeichnungen und Datenträger können bis zur Bezahlung der geschuldeten Gebühren und Auslagen zurückbehalten werden.

§ 13

Inkrafttreten, Außerkrafttreten, Übergangsvorschrift

(1) ¹Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1996 in Kraft. ²Gleichzeitig tritt die **Verordnung über die Benutzungsgebühren der staatlichen Vermessungsämter (GebOVerM)** vom 30. Oktober 1992 (GVBl S. 568, BayRS 2013-2-9-F), zuletzt geändert durch Verordnung vom 13. Februar 1995 (GVBl S. 101), außer Kraft.

(2) ¹Soweit Zeitgebühren anfallen, gelten für Leistungen, die vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung erbracht wurden, die bisherigen Stundensätze. ²Soweit Anträge auf Grenzermittlungen zur erstmaligen Feststellung und Sicherung der Eigentums Grenzen zwischen Grundstücken, die außerhalb des Ortsgebiets liegen und land- oder forstwirtschaftlich genutzt werden, vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung gestellt wurden, ist der Wertfaktor 0,5 anzusetzen. ³Für Leistungen im Rahmen der Flurkartenherstellung nach § 4 der GebOVerm vom 30. Oktober 1992 gelten bei Vereinbarungen, die vor dem 1. April 1995 getroffen wurden, die vereinbarten Beträge. ⁴Im übrigen gelten die neu festgesetzten Gebühren.

(3) Für Umlegungen und Grenzregelungen, bei denen die Befugnis zur Durchführung auf das staatliche Vermessungsamt übertragen worden ist, gelten die zum Zeitpunkt der Übertragung (Abschluß der Vereinbarung) geltenden Gebühren.

München, den 18. Dezember 1995

Bayerisches Staatsministerium der Finanzen

Erwin Huber, Staatsminister

Gebührenverzeichnis (GebVz)Anlage

Nr.	Gegenstand	Gebühr
1.	Auszüge aus dem Katasterkartenwerk	
1.1	Auszüge aus Flurkarten in analoger Form – Originalmaßstab –	
1.1.1	Erstfertigung – nicht transparent – im Format bis einschließlich – DIN A 4 (624 cm ²) – DIN A 3 (1248 cm ²) – Flurkartengröße (2181 cm ²) 1. bis 10. Exemplar, je Exemplar 11. und jedes weitere Exemplar größer als Flurkartenformat	25 DM 35 DM 45 DM 20 DM 30 DM je angefangene 1000 cm ²
1.1.2	Mehrfertigung – nicht transparent – im Format bis einschließlich – DIN A 4 (624 cm ²) – DIN A 3 (1248 cm ²) – Flurkartengröße (2181 cm ²) größer als Flurkartenformat	2 DM 4 DM 8 DM 6 DM je angefangene 1000 cm ²
1.1.3	bei transparentem Material	200 v.H. von Nr. 1.1.1 und gegebenenfalls Nr. 1.1.2
1.2	Schätzungskarten	nach Nr. 1.1 oder Nr. 1.3.1 oder Nr. 1.3.2 zuzüglich zur Erstfertigung 20 DM für jede verwendete S-Pause
1.3	Sonderkarten auf der Basis analoger Karten	
1.3.1	<u>Vergrößerungen</u>	
1.3.1.1	Erstfertigung – nicht transparent – im Format bis einschließlich – DIN A 4 (624 cm ²) – DIN A 3 (1248 cm ²) – Flurkartengröße (2181 cm ²) größer als Flurkartenformat	45 DM 70 DM 90 DM 45 DM je angefangene 1000 cm ²
1.3.1.2	Mehrfertigung – nicht transparent –	nach Nr. 1.1.2
1.3.1.3	bei transparentem Material	200 v.H. von Nr. 1.3.1.1 und gegebenenfalls Nr. 1.1.2
1.3.2	<u>Verkleinerungen</u>	
1.3.2.1	Erstfertigung – nicht transparent –	45 DM für jede ganz oder ausschnittsweise verkleinerte Karte einschließlich Montage zuzüglich Gebühr nach Nr. 1.1.1
1.3.2.2	Mehrfertigung – nicht transparent –	nach Nr. 1.1.2

Nr.	Gegenstand	Gebühr
1.3.2.3	bei transparentem Material	45 DM für jede ganz oder ausschnittsweise verkleinerte Karte einschließlich Montage zuzüglich 200 v.H. der Gebühr nach Nr. 1.1.1 und gegebenenfalls Nr. 1.1.2
1.3.3	<u>Höhenflurkarten, Höhenlinienkarten</u>	
1.3.3.1	Höhenflurkarten – nicht transparent – einschließlich Vergrößerungen und Verkleinerungen der Höhenlinienpause	nach Nr. 1.1 oder Nr. 1.3.1 oder Nr. 1.3.2 zuzüglich zur Erstfertigung 20 DM für jede verwendete Höhenlinienpause
1.3.3.2	Höhenlinienkarten – nicht transparent – Erstfertigung im Format bis einschließlich – DIN A 4 (624 cm ²) – DIN A 3 (1248 cm ²) – Flurkartengröße (2181 cm ²)	10 DM 15 DM 20 DM
1.3.3.3	Höhenlinienkarten – nicht transparent – Mehrfertigung	nach Nr. 1.1.2
1.3.3.4	bei transparentem Material	200 v.H. von Nr. 1.3.3.1 oder Nr. 1.3.3.2 und gegebenenfalls Nr. 1.3.3.3
1.3.4	<u>Hofplan</u>	nach Nr. 1.1 und gegebenenfalls Nr. 1.2 zuzüglich 50 DM für das erste Flurstück und 10 DM für jedes weitere Flurstück
1.4	Auszüge aus der Digitalen Flurkarte	
1.4.1	<u>Abgabe auf Datenträger</u>	
1.4.1.1	Grundgebühr zusätzlich je Flurstück – für das 1. bis 50. Flurstück – für das 51. bis 500. Flurstück – ab dem 501. Flurstück	160 DM 10 DM 5 DM 2 DM
1.4.1.2	Abgabe auf Grund einer Vereinbarung einschließlich künftiger Aktualisierungen a) erstmalige Abgabe der Daten b) Abgabe von Daten, die bereits einmal zur Verfügung standen	nach Nr. 1.4.1.1 jährlich 20 v.H. der Gebühr nach Nr. 1.4.1.1, mindestens 160 DM
1.4.1.3	Rohdigitalisierungen	50 v.H. der Gebühr nach Nr. 1.4.1.1, mindestens 160 DM
1.4.2	<u>Abgabe in analoger Form</u>	
1.4.2.1	Im Regemaßstab 1:1 000 bis zum Format DIN A 3	nach Nr. 1.1
1.4.2.2	Sonstige Maßstäbe bis zum Format DIN A 3	200 v.H. von Nr. 1.1
1.4.2.3	Formate größer als DIN A 3	nach Zeit- und Materialaufwand, mindestens 80 DM

Nr.	Gegenstand	Gebühr
2.	Auszüge aus dem Katasterzahlenwerk	
2.1	Spann- und sonstige Streckenmaße	
	– für das erste Maß	10 DM
	– für jedes weitere Maß	1 DM
2.2	Koordinaten	
2.2.1	Abgabe in Listenform	
	– für den ersten Punkt	10 DM
	– für jeden weiteren Punkt	2 DM
2.2.2	Abgabe auf Datenträger	
	Grundgebühr	80 DM
	zusätzlich je Punkt	
	– für den 1. bis 50. Punkt	1 DM
	– ab dem 51. Punkt	0,50 DM
2.2.3	Abgabe ganzer Numerierungsbezirke auf Datenträger ohne Vereinbarung	
	je Numerierungsbezirk	150 DM
2.2.4	Abgabe ganzer Numerierungsbezirke auf Datenträger einschließlich künftiger Aktualisierungen auf Grund einer Vereinbarung	
	a) erstmalige Abgabe der Daten	nach Nr. 2.2.3
	b) Abgabe von Daten, die bereits einmal zur Verfügung standen	jährlich 20 v.H. der Gebühr nach Nr. 2.2.3, mindestens 150 DM
2.3	Vermessungsrißkopien u. ä.	
	Kopien von Vermessungsrissen aller Art, Punktnummernkarten, Katasterfestpunktübersichten und dergleichen – nicht transparent –	
	im Format bis einschließlich	
	– DIN A 4 (624 cm ²)	30 DM
	– DIN A 3 (1248 cm ²)	60 DM
	– größer als DIN A 3	90 DM
3.	Erzeugnisse des Bayerischen Landesvermessungsamts	
	Die Gebühren für die Abgabe von Erzeugnissen des Bayerischen Landesvermessungsamts bemessen sich nach der Bekanntmachung über Verlag, Vertrieb und Preise von Erzeugnissen des Bayerischen Landesvermessungsamts (VVP-LVA) in der jeweils geltenden Fassung	
4.	Automatisiertes Liegenschaftsbuch (ALB)	
4.1	Nutzung des ALB in großem Umfang auf Grund einer Vereinbarung	
4.1.1	Bereitstellung der Flurstücksgrunddaten (Erstausstattung)	
	je Flurstück	
	– für das 1. bis 20 000. Flurstück	0,50 DM
	– für das 20 001. bis 100 000. Flurstück	0,30 DM
	– ab dem 100 001. Flurstück	0,20 DM

Nr.	Gegenstand	Gebühr
4.1.2	Bereitstellung der Eigentümergrunddaten (Erstausstattung) je Flurstück – für das 1. bis 20 000. Flurstück – für das 20 001. bis 100 000. Flurstück – ab dem 100 001. Flurstück	0,40 DM 0,20 DM 0,10 DM
4.1.3	Aktualisierung von Flurstücks- und Eigentümergrunddaten a) bei gegenseitigem Datenaustausch auf elektronisch lesbarem Datenträger b) bei gegenseitigem Datenaustausch ohne Verwendung eines elektronisch lesbaren Datenträgers c) ohne gegenseitigen Datenaustausch	jährlich 20 v.H. der Gebühr nach Nr. 4.1.1 bzw. Nr. 4.1.2 jährlich 40 v.H. der Gebühr nach Nr. 4.1.1 bzw. Nr. 4.1.2 jährlich 50 v.H. der Gebühr nach Nr. 4.1.1 bzw. Nr. 4.1.2
4.1.4	Bei Abschluß einer Vereinbarung mit einer Laufzeit zur Aktualisierung der Daten von mindestens 10 Jahren entfallen die Gebühren für die Erstausstattung. Die jährlichen Gebühren für die Aktualisierung sind dann erstmals im Jahr der Erstausstattung fällig.	
4.2	Nutzung des ALB ohne Vereinbarung je Flurstück – für das 1. Flurstück – für das 2. bis 100. Flurstück – ab dem 101. Flurstück	10 DM 2 DM 1 DM
5.	Sonstige Leistungen Sonstige Leistungen auf Antrag, die nicht in den Nrn. 1 bis 4 genannt sind	nach Zeit- und Materialaufwand

2220-4-1-K

Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des Kirchensteuergesetzes

Vom 18. Dezember 1995

Auf Grund des Art. 26 des Kirchensteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 1994 (GVBl S. 1026, BayRS 2220-4-K) erläßt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst im Benehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen folgende Verordnung:

§ 1

Die **Verordnung zur Ausführung des Kirchensteuergesetzes (AVKirchStG)** – BayRS 2220-4-1-K) – wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Abs. 1 Satz 3 und § 4 Abs. 1 werden jeweils die Worte „einschließlich des Landes Berlin“ gestrichen.

2. § 6 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„²Dabei ist, wenn in den beteiligten Ländern unterschiedliche Umlagesätze oder Rechtsvorschriften für die Festsetzung der Kirchensteuer gelten, die nach Art. 8 Abs. 2 gekürzte Maßstabsteuer zu zwölfteln und die Kircheneinkommensteuer anteilig entsprechend den für das Land des jeweiligen Wohnsitzes (gewöhnlichen Aufenthalts) geltenden Vorschriften festzusetzen.“

b) Absatz 2 Satz 2 wird aufgehoben; die bisherige Satzbezeichnung 1 entfällt.

c) Es wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) ¹Für Speicherkonten (Kirchensteuerekonten), die bei Wohnsitzwechsel im Zeitpunkt der Kontoabgabe (Wegzug) oder bei Überweisung der Steuerakten (Zuzug) nicht ausgeglichen sind (z. B. auf Grund von Stundungen, Aussetzungen der Vollziehung, Niederschlagungen), ist für die Erstattung oder Verrechnung von Guthaben bzw. Erhebung von Rückständen der neue Steuergläubiger zuständig. ²Insbesondere Stundungen, Aussetzungen der Vollziehung und Niederschlagungen werden übernommen.“

3. § 7 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 2 werden die Worte „aus der Sollkarte“ durch die Worte „aus dem Speicherkonto (Kirchensteuerkonto) und die für eine zutreffende Festsetzung notwendigen Daten (insbesondere über Kirchenein- und -austritt)“ ersetzt.

b) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Bei Zuzug eines Umlagepflichtigen aus einem Land, in dem die Kircheneinkom-

mensteuer durch das Finanzamt verwaltet wird, ist das für die Einkommensteuerveranlagung im Freistaat Bayern neu zuständig gewordene Finanzamt verpflichtet, dem gemeinschaftlichen Steuerverband (Kirchensteueramt) im Freistaat Bayern einen Auszug aus dem Speicherkonto (Kirchensteuerkonto) des Umlagepflichtigen für alle Kalenderjahre, für die das bisherige Finanzamt die Kircheneinkommensteuer noch nicht festgesetzt hat, sowie die für eine Festsetzung notwendigen Daten (insbesondere über Kirchenein- und -austritt) zu übermitteln.“

4. In § 9 Abs. 2 werden die Sätze 3 und 4 aufgehoben.

5. § 10 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 3 wird aufgehoben.

bb) Der bisherige Satz 4 wird neuer Satz 3 und erhält folgende Fassung:

„³Sinngemäß ist zu verfahren, wenn ein Ehegatte während des Kalenderjahres der gleichen umlageerhebenden Gemeinschaft beiträgt.“

b) Absatz 2 wird aufgehoben; die Absatzbezeichnung im bisherigen Absatz 1 entfällt.

6. In § 11 Satz 1 wird nach dem Wort „Kircheneinkommensteuer“ das Komma durch einen Punkt ersetzt. Der Satzteil „auch wenn ein Ehegatte einer anderen umlageerhebenden Gemeinschaft angehört“ wird gestrichen.

7. § 12 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 1 werden in der Klammer nach dem Wort „Kapitalertragsteuer“ ein Komma und das Wort „Körperschaftsteuer“ eingefügt.

b) Absatz 2 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„²Kirchenlohnsteuer, die von seinem Arbeitslohn für die Religionsgemeinschaft des Ehegatten einbehalten wurde, wird von dessen umlageerhebender Gemeinschaft angerechnet.“

8. § 13 wird wie folgt geändert:

a) Der bisherige Absatz 1 wird Absatz 3 und das Wort „acht“ durch das Wort „zwanzig“ ersetzt; der bisherige Absatz 3 wird Absatz 1.

b) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Gehören nicht dauernd getrennt lebende Ehegatten verschiedenen umlageerhe-

benden Gemeinschaften an, so werden die Vorauszahlungen für jeden Ehegatten nach Maßgabe der nach § 8 Abs. 2 gekürzten, zuletzt veranlagten Einkommensteuer oder der voraussichtlichen Jahreseinkommensteuer unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Einkünfte und der zu erwartenden Kirchenlohnsteuerabzugsbeträge des betroffenen Ehegatten anteilig festgesetzt.“

9. In § 14 Abs. 1 Satz 1 werden die Worte „und der Lohnzettel“ gestrichen.
10. § 14 Abs. 3 wird aufgehoben.
11. In § 15 Abs. 1 wird das Wort „ganzen“ gestrichen.
12. § 15 Abs. 2 erhält folgende Fassung:
„(2) Ein für die Kirchenlohnsteuer festgesetzter Pauschbetrag ist mit zwei Dritteln auf die Römisch-Katholische Kirche und mit einem Drittel auf die Evangelisch-Lutherische Kirche aufzuteilen.“
13. In § 17 Abs. 2 Satz 2 wird „§ 32 Abs. 4 bis 7“ durch „§ 51a“ ersetzt.
14. § 18 Abs. 3 wird aufgehoben.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1996 in Kraft.

München, den 18. Dezember 1995

**Bayerisches Staatsministerium
für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst**

Hans Zehetmair, Staatsminister

215-2-11-I

Zweite Verordnung zur Änderung der Kehr- und Überprüfungsgebührenordnung

Vom 18. Dezember 1995

Auf Grund des § 24 des Schornsteinfegergesetzes – SchfG – vom 15. September 1969 (BGBl I S. 1634, ber. S. 2432), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Juli 1994 (BGBl I S. 1624) in Verbindung mit § 1 Abs. 1 der Ersten Zuständigkeitsverordnung zum Schornsteinfegergesetz (BayRS 215-2-8-I), erläßt das Bayerische Staatsministerium des Innern folgende Verordnung:

§ 1

In § 1 Abs. 2 Satz 1 der **Verordnung über die Gebühren und Auslagen der Bezirkskaminkehrermeister (Kehr- und Überprüfungsgebührenordnung – KÜGebO** – vom 21. Dezember 1993 (GVBl S. 1098, BayRS 215-2-11-I), geändert durch Verordnung vom 13. Dezember 1994 (GVBl S. 1075), werden die Worte „1,05 Deutsche Mark“ ersetzt durch die Worte „1,08 Deutsche Mark“.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1996 in Kraft.

München, den 18. Dezember 1995

Bayerisches Staatsministerium des Innern

Dr. Günther Beckstein, Staatsminister

2035-16-I

**Verordnung
zur Sicherstellung der Personalvertretung
bei der Eingliederung
der staatlichen Gesundheitsämter
in die Landratsämter**

Vom 19. Dezember 1995

Auf Grund des Art. 91 des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes (BayPVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. November 1986 (GVBl S. 349, BayRS 2035-1-F), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Mai 1995 (GVBl S. 171), erlassen das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit und das Bayerische Staatsministerium des Innern im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen folgende Verordnung:

§ 1

Vom Zeitpunkt der Eingliederung der staatlichen Gesundheitsämter in die Landratsämter bis zum Ablauf der regelmäßigen Amtszeit der Personalräte am 31. Juli 1998 gelten nachfolgende Regelungen zur Sicherstellung der Personalvertretung der staatlichen Beschäftigten an den Gesundheitsämtern.

§ 2

¹Die örtlichen Personalräte bei den Landratsämtern werden jeweils um ein Mitglied der ehemaligen Personalräte bei den staatlichen Gesundheitsämtern erweitert. ²Im Fall der Verhinderung des hinzutretenden Mitglieds werden dessen Aufgaben durch ein Ersatzmitglied des ehemaligen Personalrats beim Gesundheitsamt wahrgenommen. ³Soweit der ehemalige Personalrat beim Gesundheitsamt aus mehreren Personen besteht, bestimmt dieser aus den ehemaligen ordentlichen Mitgliedern das hinzutretende Mitglied und ein Ersatzmitglied.

§ 3

¹Das nach § 2 hinzutretende Mitglied erlangt die Rechtsstellung eines einfachen Personalratsmitglieds; etwaige Freistellungen erlöschen. ²Es hat Stimmrecht bei allen gemeinsamen Angelegenheiten (Art. 38 Abs. 1 BayPVG) und ein beratendes Teilnahmerecht bei allen Gruppenangelegenheiten (Art. 38 Abs. 2 und 3 BayPVG).

§ 4

In Angelegenheiten, in denen die Stufenvertretung nach Art. 80 Abs. 2 Satz 1 BayPVG zu beteiligen ist, gilt § 3 für das Verfahren nach Art. 80 Abs. 2 Satz 2 BayPVG entsprechend.

§ 5

Werden nach Inkrafttreten dieser Verordnung die in § 2 genannten Personalvertretungen nach den Art. 27 und 28 Abs. 2 BayPVG während der regelmäßigen Amtszeit neu gewählt, so finden die §§ 1 bis 4 keine Anwendung mehr.

§ 6

¹Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1996 in Kraft. ²Sie tritt mit Ablauf des 31. Juli 1998 außer Kraft.

München, den 19. Dezember 1995

**Bayerisches Staatsministerium
für Arbeit und Sozialordnung,
Familie, Frauen und Gesundheit**

Barbara Stamm, Staatsministerin

Bayerisches Staatsministerium des Innern

Dr. Günther Beckstein, Staatsminister

2187-1-1-1-I

**Verordnung
über die Verwendung des Tronc
der Spielbanken in Bayern
(TroncV)**

Vom 19. Dezember 1995

Auf Grund des Art. 6 Abs. 3 des Gesetzes über Spielbanken im Freistaat Bayern vom 26. Juli 1995 (GVBl S. 350, BayRS 2187-1-1) erläßt das Bayerische Staatsministerium des Innern im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen folgende Verordnung:

§ 1

Die dem Tronc zugeführten Zuwendungen der Besuchenden der Spielbanken im Sinn des Art. 6 Abs. 1 des Gesetzes über Spielbanken im Freistaat Bayern sind nach den Vorschriften dieser Verordnung zu verwenden.

§ 2

(1) Zur Verwendung für gemeinnützige Zwecke ist vom Troncaufkommen aller Spielbanken der Betrag an den Staatshaushalt abzuführen, der sich nach Leistung einer angemessenen Vergütung einschließlich der vom Arbeitgeber für die Spielbankbediensteten zu erbringenden Arbeitgeberleistungen (z. B. Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung, Leistungen für die betriebliche Altersversorgung) als Überschuß errechnet.

(2) Als angemessen gilt die Vergütung, die in den zwischen dem Freistaat Bayern und den vertragsschließenden Gewerkschaften abgeschlossenen Tarifverträgen in ihrer jeweils gültigen Fassung festgesetzt wird.

(3) ¹Die Abführung für gemeinnützige Zwecke erfolgt monatlich. ²Am Ende des Kalenderjahres wird die Höhe der Abführung jeweils endgültig festgesetzt. ³Ein sich ergebender Ausgleich ist in den ersten drei Monaten des darauffolgenden Kalenderjahres zu verrechnen; sofern entsprechende Überschüsse im Sinn des Absatzes 1 nicht zur Verfügung stehen, erfolgt die Verrechnung zum nächstmöglichen Monatsende.

(4) Der für gemeinnützige Zwecke bestimmte Betrag ist als zweckbestimmte Einnahme im Haushalt des Freistaates Bayern zu vereinnahmen und den im Haushaltsplan bestimmten gemeinnützigen Zwecken zuzuführen.

§ 3

(1) Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1996 in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die **Verordnung über die Verwendung des Tronc der öffentlichen Spielbanken in Bayern (Troncsatzung)** vom 12. März 1990 (GVBl S. 74, BayRS 2187-1-1-1-I) außer Kraft.

München, den 19. Dezember 1995

Bayerisches Staatsministerium des Innern

Dr. Günther Beckstein, Staatsminister

210-3-I

Berichtigung

Das **Bayerische Gesetz über das Meldewesen (Meldegesetz – MeldeG)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Oktober 1995 (GVBl S. 754, BayRS 210-3-I) wird wie folgt berichtigt:

In Art. 25 Abs. 3 Satz 1 muß es statt „Absatz 3 Sätze 2 und 3“ richtig „Absatz 2 Sätze 2 und 3“, in Art. 28 Abs. 1 Satz 5 statt „Art. 25 Abs. 4“ richtig „Art. 25 Abs. 3“ und in Art. 30 Abs. 1 Satz 3 statt „Art. 25 Abs. 3 Sätze 2 und 3“ richtig „Art. 25 Abs. 2 Sätze 2 und 3“ heißen.

München, den 5. Dezember 1995

Bayerisches Staatsministerium des Innern

Im Auftrag

Lenhard, Ministerialdirigent

Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Max Schick GmbH, Druckerei und Verlag
Karl-Schmid-Straße 13, 81829 München
Postvertriebsstück – Gebühr bezahlt

Herausgeber/Redaktion: Bayerische Staatskanzlei, Franz-Josef-Strauß-Ring 1, 80539 München

Das Bayerische Gesetz- und Verordnungsblatt wird nach Bedarf ausgegeben, in der Regel zweimal im Monat.

Die Herstellung erfolgt aus **100 % Altpapier**.

Herstellung und Vertrieb: Max Schick GmbH, Druckerei und Verlag, Karl-Schmid-Straße 13, 81829 München, Tel. 0 89 / 42 92 01/02, Telefax 0 89/42 84 88, Bankverbindung: Postgiroamt München, Kto. 25 05 60-800, BLZ 700 100 80

Bezug: Das Bayerische Gesetz- und Verordnungsblatt wird im Namen und für Rechnung des Herausgebers von der Max Schick GmbH ausgeliefert. Bestellungen sind ausschließlich an die Max Schick GmbH zu richten. Ausgaben, die älter sind als 5 Jahre, sind im Einzelverkauf nicht erhältlich. Abbestellungen müssen bis spätestens 31. Oktober eines Jahres mit Wirkung vom Beginn des folgenden Kalenderjahres bei der Max Schick GmbH eingehen. Reklamationen wegen fehlerhafter oder nicht erhaltener Exemplare müssen spätestens 1 Monat nach deren Erscheinungsdatum schriftlich oder per Telefax beim Verlag eingehen. Nach dieser Frist ist eine gebührenfreie Ersatzlieferung nicht mehr möglich.

Bezugspreis für den laufenden Bezug jährlich DM 46,20 (unterliegt nicht der gesetzlichen Mehrwertsteuer), für Einzelnummern bis 8 Seiten DM 3,00, für weitere 4 angefangene Seiten DM 0,70, ab 48 Seiten Umfang für je weitere 8 angefangene Seiten DM 0,70 + Versand.

ISSN 0005-7134